



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Der jugoslawische Zerfallsprozess aus der
Perspektive der Entwicklungsökonomie.

Eine theoretische Enquete.

Verfasser

Zoran Gajic

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid: Internationale Entwicklung

Betreuerin / Betreuer: Mag. Dr. Cengiz Günay

Die Diplomarbeit ist meinen Eltern, Angela und Dragan Gajic, die mich stets mit aller Hingabe gefördert haben, mit großem Dank und Anerkennung gewidmet.



Abb. 1: Flagge Jugoslawiens



Abb. 2: Karte Jugoslawiens

Inhaltsverzeichnis

	Inhaltsverzeichnis	1-3
I	Einführung	4-13
1.1	Problemstellung	4-5
1.2	Kontext des Themengebietes für die Studienrichtung Internationale Entwicklung	5-7
1.3	Theoretische Einbettung und wissenschaftliche Methodik	7-9
1.4	Forschungsfragen	10-11
1.5	Hypothesen	11-13
II	Das Werden Jugoslawiens	14-29
2.1	Die Gründung des I. Jugoslawien und seine Folgen	14-19
2.2	Sozialer Wandel, Modernisierung und Protoindustrialisierung – Eine Annäherung an das moderne Weltsystem	20-27
2.3	Die Neugründung Jugoslawiens unter kommunistischem Banner	28-29
III	Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens bis 1974	30-39
3.1	„Sozialistische Marktwirtschaft“ als Motor für wirtschaftliche Entwicklung?	30-34
3.2	Orientierung am Westen	34-36
3.3	Die Goldenen Sechziger Jahre	36-39
IV	Das Absterben Jugoslawiens	40-54
4.1	Die Wirtschaftslage verschlechtert sich	40-44
4.2	Dezentralisierung des Wirtschafts- und Finanzsystems, Reorganisation und Reformblockaden	44-52
4.3	Das Ende des slawischen Vielvölkerstaates	52-54

V	Ethnizität, Sprache, Kultur und Religion – endogene Verschuldungsfaktoren oder Instrumente des Nationalismus und Separatismus?	55-63
5.1	Übergang und Transformation	55
5.1.1	Ethnizität	55-57
5.1.2	Sprache	57-58
5.1.3	Kultur	58-59
5.1.4	Religion	59-61
5.1.5	Nationalismus und Separatismus	62-63
VI	Das Konzept des „failed state“	64-79
6.1	Schwacher Staat	64-66
6.2	Der „failed state“	67-70
6.3	Jugoslawien, ein failed state?	71-72
6.3.1	Staatsordnung und Staatsstruktur	72-73
6.3.2	Eliten und Korruption	73-74
6.3.3	Handlungsschwäche	74-75
6.3.4	Staatssicherheit	75-77
6.3.5	Externe Akteure	77-79
VII	The Modern World-System	80-90
7.1	Die Beschaffenheit des Weltwirtschaftssystems	80-83
7.2	Struktur und Charakteristiken des Wallerischen Weltsystemansatzes	83
7.2.1	Zentrum	83-84
7.2.2	Semiperipherie	85-86
7.2.3	Peripherie	86-89
7.2.4	„Strukturelle Abhängigkeit“	90

VIII	Jugoslawiens Verhältnis zum modernen Weltsystem	.	.	.	92-111
8.1	Jugoslawien, auf das moderne Weltsystem projiziert	.	.	.	92
8.2	Szenario 1: Jugoslawien als Zentrum	.	.	.	93-97
8.3	Szenario 2: Jugoslawien als (Semi)Peripherie	.	.	.	97-101
8.4	Die Neugestaltung Südosteuropas	.	.	.	101-111
IX	Rückblick, Ergebnisse und zukünftiger Ausblick	.	.	.	112-117
9.1	Rückblick und Zusammenfassung	.	.	.	112-117
9.2	Zukünftige Aussichten der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken mit Hinblick auf die soziale Stabilität sowie des wirtschaftlichen Wachstums	.	.	.	117
	Bibliographie	.	.	.	118-124
	Abbildungsverzeichnis	.	.	.	124
	Glossar	.	.	.	125
	Curriculum Vitae	.	.	.	126
	Abstract	.	.	.	127

I Einführung

1.1 Problemstellung

Kein anderes Land in Europa wies eine so bunt gewürfelte kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt auf, wie dies im ehemaligen Jugoslawien der Fall war. Die Erinnerungen an den slawischen Vielvölkerstaat sind allerdings auch mit negativen Konjugationen, wie etwa Desintegration, Krise, Sezession oder Krieg behaftet. Klischees wie Rückständigkeit, Balkanmentalität, Apathie, Fremdartigkeit und fehlende Leistungsmotivation prägen das Bild der in Südosteuropa lebenden Menschen. Dieser Teil Europas wird auch noch in der Gegenwart von vielen als Antonym, der von uns verstandenen Zivilisation, als Randzone, als eine vom „Zentrum“ abweichende Aberration, als kulturelle und wirtschaftliche „Peripherie“ empfunden. Dies liegt sicherlich in den bereits seit Jahrhunderten bestehenden stereotypen Glauben, der nicht vorhandenen „Anpassungsfähigkeit“, Unruhestifterei, Zügellosigkeit, geringen Leistungsbereitschaft und der fehlenden Weltoffenheit der Südosteuropäer. Tatsächlich haben in keinem anderen Teil Europas nach den II. Weltkrieg so viele Menschen, so viel Gewalt, Leid und Elend erleben müssen, wie die Bewohner des ehemaligen Vielvölkerstaates.

1991/92 wurde mit der Ausrufung der Unabhängigkeit der Teilrepubliken, das Ende des Landes eingeleitet und der Weg für einen nicht mehr aufhaltbaren Bürgerkrieg geebnet. Im Jahre 2006 hörte mit dem Ausscheiden Montenegros der jugoslawische Staat endgültig zu existieren auf.

Gleichwie aus der Literatur herausgefiltert werden kann, galten die damaligen Republikspräsidenten und ihre Schergen als Drahtzieher des jugoslawischen Dramas, da diese eine mehr oder minder gut funktionierende Völkergemeinschaft zerstörten und demnach entscheidende Impulse für einen Bürgerkrieg legten, der unrühmlich in die Geschichte eingehen sollte. Zum einen trieben sie die Nationalisierung und Ethnisierung stetig voran, zum anderen trugen sie die Hauptlast für ethnische Säuberungen und Völkermord.

Wie allerdings sieht die ganze Wahrheit um die Ereignisse in Jugoslawien aus? Ist es tatsächlich so, dass hauptsächlich endogene Faktoren für die Peripherisierung des Vielvölkerstaates verantwortlich gemacht werden können? Weiterhin hört man in den Medien und kann von renommierten Experten erfahren, dass die Dimensionen Religion, Kultur, Ethnizität und der daraus entstandene Nationalismus Hauptgründe waren, die das

jugoslawische Projekt beendet haben. Samuel P. Huntingtons „Kampf der Kulturen“ bildet in diesem Zusammenhang die Spitze kulturalistischer Überlegungen, indem er den Jugoslawienkrieg gar als Glaubenskrieg pervertiert (vgl. Huntington 1993: 37 f.).

Waren aufkommender Nationalismus und die Auflösung Jugoslawiens nicht einfach nur ein Produkt materieller Unzufriedenheit, eine Kreation eines schwachen Staates, ein Ergebnis eines seit drei Jahrzehnten andauernden Wirtschaftsabschwungs, oder möglicherweise auch ein Resultat der Einverleibung Jugoslawiens in das „moderne Weltsystem“?

Die oft vertretene Meinung, ausschließlich der Nationalismus mit seinen Begleiterscheinungen habe an der Desintegration Schuld, greift viel zu kurz, könnten diese eventuell auch andere Ursachen, die für die jugoslawische Staatsauflösung verantwortlich waren, verschleiern. Die Arbeit soll daher als Kontrast zur üblichen Lehrmeinung verstanden werden. Sie soll mit falschen Klischees und Vorstellungen aufräumen und die tatsächlichen Hintergründe und Ursachen für die Peripherisierung und Auflösung des Vielvölkerstaates, die hauptsächlich in der Staatsschwäche und der Abhängigkeit des Landes von den kapitalistischen Zentren vermutet werden, untersuchen und reflektieren.

1.2 Kontext des Themengebietes für die Studienrichtung Internationale Entwicklung

Gerade aus Sicht der Internationalen Entwicklung ist die von neoliberalen Ideologen und der Bourgeoisie erfolgreich initiierte Weltwirtschaftsordnung und die damit einhergehenden schwerwiegenden Konsequenzen für den ehemaligen sozialistischen Vielvölkerstaat, aber auch im Allgemeinen, ein sehr bedeutendes Thema. Entspringt doch der Gedanke für das forschungsleitende Interesse aus den Asymmetrien und Divergenzen im kapitalistischen Weltsystem der Gegenwart. Die interdisziplinäre Untersuchung soll hauptsächlich wirtschaftliche Verbindungen des ehemaligen Jugoslawiens zu den kapitalistischen Zentren, wenn diese vorhanden waren, reflektieren. Neben der Untersuchung endogener Faktoren, soll aufgezeigt werden, dass die allmählich schleichende Zerstörung des Vielvölkerstaates ein fester Bestandteil der kapitalistischen Ideologie war. Denn wie die Forschung, wie auch unsere Lehre, die Internationale Entwicklung, seit langem weiß, braucht der Kapitalismus, um zu existieren und zu expandieren, unberührte Wirtschaftsäume, die er sich friedlich oder erzwungen einverleibt. Seien sie nun als Ressourcenbereitsteller, Produktionsstandorte oder neue Märkte dienlich.

Wie bereits kurz signalisiert, bilden die jugoslawische Staatsschwäche und die Eingliederung in das „moderne Weltsystem“ die Grundpfeiler meiner Untersuchung. Aktuell ist dieser Gedanke auf keinen Fall. Fluten theoretischer und empirischer Analysen zur jugoslawischen Staatlichkeit sowie zur politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes sind erschienen. Die Thematik um den jugoslawischen Staatenzerfall erfreut sich größter Beliebtheit und gilt bereits als „Klassiker“ moderner Transitionsforschung. Die Diplomarbeit erhebt auch keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit um der Erklärung zur Auflösung des südslawischen Vielvölkerstaates. Die Verwertungsmöglichkeit dieser Arbeit für die Internationale Entwicklung besteht eher darin, Wallersteins Weltsystemanalyse auf Jugoslawien als Analyseeinheit schematisch darstellbar machen zu können, um so die vorhandenen Charakteristiken und Disparitäten zu bestimmen, die möglicherweise für den Zerfall des Landes verantwortlich waren.

Demgegenüber werden die Konzepte des „schwachen Staates“ und „Staatsversagens“ abgebildet und in Relation zur jugoslawischen Staatsstruktur gesetzt. Staatsschwäche und Staatsversagen sind Phänomene, die sozioökonomische Realitäten schaffen und vorwiegend Schwellen- und Entwicklungsländer betreffen. Diese Theorien gehen davon aus, dass ein schwacher Staat sozioökonomische Unterentwicklung fördert. Ja, dass sogar ein totaler Zusammenbruch droht, wenn der Staat seine sozioökonomischen Funktionen nicht mehr erfüllen kann. Machtverlust, Ungleichheitsverhältnisse und Abhängigkeit bedingen sich also einander und sind daher unverzichtbare Untersuchungseinheiten objektiver Entwicklungsforschung.

Die Desintegration und Demontage Jugoslawiens stand von Beginn an im Zentrum meines Interesses. Die Thematik der Transition in den ehemaligen sozialistisch geprägten Ländern Ost- und Südosteuropas begleitete mich während meines gesamten Studiums wie ein roter Faden. In Folge war es mir auch ein großes und ehrliches Anliegen, eine Arbeit verfasst zu haben, die dieses Thema auch weiter ausführt. Konkomitierend kenne ich die sozioökonomische und politische Realität im ehemaligen Vielvölkerstaat sehr gut, da ich neben einer „österreichischen“ auch eine „jugoslawische Identität“ vorweisen kann und dort eine lange Zeit meines Lebens verbracht habe. Dieser Umstand machte es mir möglich, tiefer und wirklicher in die ehemalige jugoslawische Gesellschaft vorzudringen. Diese Gegebenheit ermöglichte es mir auch, die Thematik aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten und nicht nur aus der Perspektive eines „westlichen Analytikers“, der keinen persönlichen Bezug

zu den Entwicklungen im ehemaligen Vielvölkerstaat vorweisen kann und die Ursachen und Folgen eurozentristisch interpretiert.

Die ganze Wahrheit um das jugoslawische Drama wird wohl niemand kennen. Aber gerade die Lehre der Internationalen Entwicklung hat die Aufgabe, Divergenzen zu analysieren, Realitäten an den Tag zu legen und dementsprechende Konzepte und Lösungen anzubieten, um vorhandene und zukünftige Disparitäten und Ungerechtigkeiten in der menschlichen Entwicklung, wie sie in Jugoslawien vorhanden waren, für zukünftige Generationen, vor allem für jene in den Entwicklungsländern, zu minimieren. Dahingehend soll diese Diplomarbeit mithelfen, ein besseres Verständnis um die Auflösung des jugoslawischen Staates aufzubringen. So eine Sichtweise könnte als zusätzliches Potential zur Schärfung des Bewusstseins und des kritischen Gedankens im Studienfach Internationale Entwicklung beitragen.

1.3 Theoretische Einbettung und wissenschaftliche Methodik

Methodisch wurde eine qualitative Inhaltsanalyse angestrengt. Die Vorgangsweise der Untersuchung des Themenkomplexes „Der jugoslawische Zerfallsprozess aus der Perspektive der Entwicklungsökonomie. Eine theoretische Enquete“ setzte sich somit aus meiner möglichst objektiven Auswahl der zum Thema geeigneten Literatur und Daten, ihrer Analyse sowie der Auswertung und Interpretation des Forschungsergebnisses zusammen. In der Herangehensweise an dieser Thematik hängenden interdisziplinären Grundlagenforschung stützte ich mich auf ein breitgefächertes Quellenspektrum.

Die Literatur, die ich für die Arbeit verwendet habe, setzte sich, neben den bedeutenden Werk Wallersteins, aus marxistischen Ansätzen, Staatslehren und aktuellen Analysen über die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen in Jugoslawien zusammen.

Um eine einigermaßen ausgeglichene Sichtweise zu ermöglichen, wurde die Geschichtsanalyse neben der bekannten „westlichen Literatur“, sowohl mit Werken von Autoren aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie mit renommierten Fernsehdokumentationen ergänzt. In der Arbeit wurde mit allen Kräften angestrengt, keine bestimmte Volksgruppe oder Region hervorzuheben oder wiederum zu diffamieren. Vielmehr wurden die Ursachen und Folgen aus der Perspektive des jugoslawischen Gesamtstaates mit seinem bunt zusammen gewürfelten Volks-, Religions- und Kulturgemeinschaften erfasst und durchleuchtet.

Hierbei bot mir eine interdisziplinäre Herangehensweise die Möglichkeit, die Thematik aus mehreren Blickwinkeln zu analysieren und logisch miteinander zu verflechten. Folglich leitet sich die Diplomarbeit aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen, wie etwa den Sozial- und Humanwissenschaften ab, durch die ich die Peripherisierung und das Absterben Jugoslawiens, mit den dazugehörigen Mechanismen, Formen und Begleiterscheinungen erklären möchte. Abseits vom interdisziplinären Zusammenführen mehrerer wissenschaftlicher Disziplinen und unterschiedlichen Gesichtspunkten habe ich mich zudem auf die interpretative Sozialforschung eingelassen und persönliche Erfahrung sowie eigenes und fremdes Wissen eingebracht. Folgend wurde Datenmaterial aus dem Internet herangezogen, um eventuelle Wissenslücken auszufüllen.

Der Zeitraum der Literaturrecherche erstreckte sich neben einer kontinuierlich parallel verlaufenden Verschriftlichung bis zur endgültigen Fertigstellung der Arbeit. Der reflektierte Untersuchungszeitraum und die damit einhergehende aufzuzeigende Historie setzen mit der Gründung des Vielvölkerstaates 1919 ein und enden mit der Auflösung Jugoslawiens im Jahre 2006.

Die Auswertung der mir zur Verfügung stehenden Literatur und die anschließende Verfassung der Diplomarbeit betragen in etwa acht Monate. Für die Fertigstellung und das Einreichen des Forschungsprojekts kann der Juni 2012 angegeben werden. Die Kosten dieser interdisziplinären Untersuchung werden mit € 0,- beziffert.

Die wissenschaftstheoretische Einbettung der Themenstellung gliedert sich in vier Basisteile: Sie beginnt mit dem historischen Einblicken in den Dimensionen Ökonomie, Politik und Staat und endet mit den Theorien des „failed state“ und „modernen Weltsystems“. Berücksichtigt werden in der Analyse die Faktoren: Wirtschaftspolitik, Staatsfunktionen, Wohlfahrt, Abhängigkeitsverhältnisse und die Intensität der Wechselwirkung der nationalen Ökonomie Jugoslawiens mit dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem.

Der erste Teil wird die politische und wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens in der Historie sinnvoll strukturieren und beschreiben. Hierbei sollen Dynamiken, Wechselwirkungen und Kennzeichen eruiert und vermittelt werden, die durch eine Fülle an qualitativem Datenmaterial untermauert werden. Aus der historischen Analyse sollten dann Erkenntnisse über die Ursachen der schleichenden Demontage des Vielvölkerstaates gewonnen werden, die als vergleichende Untersuchungseinheiten in das Konzept des failed state und Wallersteins Weltsystemtheorie einfließen.

Im zweiten Segment der Arbeit werden die Bereiche Sprache, Kultur, Ethnizität und Religion angeschnitten, um zu überprüfen, ob diese Faktoren möglicherweise ausschlaggebend für das Absterben Jugoslawiens waren, oder ob diese sozioökonomischen Realitäten von den Eliten einzig nur als Instrumente benutzt wurden, um die Völker, im Sinne der Einverleibung in das kapitalistische Weltsystem, zu nationalisieren, zu spalten und das Land zu zerschlagen.

Obwohl ein „gescheiterter Staat“ im Sinne der Lehre objektiv gar nicht wahrgenommen werden kann, soll mit dem Staatenkonzept des „failed state“ dennoch der Versuch unternommen werden, die jugoslawische Staatstruktur mit seinen Funktionen und Monopolen zu spezifizieren und charakterisieren, um zu rekonstruieren, inwieweit es sich um einen „schwachen“ oder gar um einem „gescheiterten Staat“ handelte. Um einer möglichen Klärung näher zu kommen, folgt eine Diskussion, die mehrere Realitäten, wie etwa Staatsordnung und Staatsstruktur, Korruption, Handlungsschwäche, Staatssicherheit und externe Akteure berücksichtigt.

Im vierten Teil wird die von mir gewählte Entwicklungstheorie klären, ob Jugoslawien in seinem Bestehen als abhängige (Semi-)Peripherie oder kapitalistisches Zentrum einzustufen ist. Meine Abhängigkeitstheorie, der Wallersteinische Weltsystemansatz, soll aufschlüsseln, welche Position der Vielvölkerstaat bis zu seinem Zerfall in der kapitalistischen Weltwirtschaft einnahm und welche Reaktionen und Folgen diese Bindung für das Land hatte. Der theoretische Referenzrahmen wird durch eine Entwicklungs- und Abhängigkeitstheorie, die umstrittene „Weltsystem-Theorie“ Immanuel Wallersteins untermauert, die neben dem Konzept des failed state das Fundament meiner Diplomarbeit bildet. Die Analyseeinheit wird das von den kapitalistischen Zentren abhängige Jugoslawien der Jahre 1919 bis 2006 sein.

Dennoch darf der theoretische Rahmen nicht als starres, unveränderbares Konstrukt betrachtet werden. Vielmehr bedingt sich die Weltsystemtheorie Wallersteins mit anderen - nicht von neoliberalen Ideologen indoktrinierten Konzepten und Ansätzen – um ein gewisses Maß an „wissenschaftlicher Objektivität“ garantieren zu können.

Die eingebetteten Haupttheorien sowie die mit ihr verflochtenen Ansätze und Ideen gelten als Fundamente dieser Untersuchung. Zum einen sollen meine Behauptungen mit dem Konzept der Staatsfunktion und der Abhängigkeitstheorie theoretisch überprüft werden, andererseits sollten sie mir als Orientierungspunkte dienen.

Welche Auswirkung die Zentrum-Peripherie-Verbindung auf Jugoslawien hatte und ob sich meine Thesen verifizieren lassen, das beantwortet der Schlussteil dieser wissenschaftlichen Arbeit.

1.4 Forschungsfragen

Meine gewählte Thematik lässt sich inhaltlich durch die Formulierung der folgenden zwei Fragenkomplexe umschreiben:

Häufig wird die Meinung vertreten, sozioökonomische Faktoren, wie etwa Religion, Kultur und Ethnizität und folgend die Interessen und Ansprüche, die daraus heraus wuchsen, seien am Zerfall des Vielvölkerstaates verantwortlich. Wie allerdings sieht die Realität nun wirklich aus? Können diese endogenen Faktoren hauptverantwortlich dafür gewesen sein, Jugoslawien ins Chaos gestürzt zu haben oder waren doch vielleicht nicht wirtschaftliche Verteilungskämpfe und ökonomische Sachzwänge bedeutende Motive, die die Auflösung des Vielvölkerstaates voran trieben? Welche Rolle spielten in diesem Zusammenhang die politischen und sozioökonomischen Eliten in den Teilrepubliken? Und waren es nicht geradezu diese Eliten, die die genannten Realitäten instrumentalisierten, um Ängste und Konflikte zu schüren, damit eigene, vor allem kapitale Interessen befriedigt werden konnten?

Wenn von einem „gescheiterten Jugoslawien“ die Rede ist, welche Charakteristiken müssten erfüllt sein, um diese Behauptung auch verifizieren zu können? In welchem Ausmaß trugen die Strukturen des „schwachen Staates“, wenn sie tatsächlich vorhanden waren, zur endgültigen Demontage Jugoslawiens bei? Wurde nicht gerade die Schwächung und in Folge das Scheitern des Staates durch eben diese von den Eliten angestifteten Spannungen und Konflikte herbeigeführt und nicht umgekehrt? Anhand welcher Indikatoren ließen sich all diese Eingriffe ablesen?

Wenden wir die Weltsystemtheorie auf Jugoslawien an, wie könnte das Verhältnis des Vielvölkerstaates zu den kapitalistischen Zentren definiert werden? Ab welchem Zeitpunkt und unter welchen Kennzeichen ließe sich die Integration des Landes in die kapitalistische Welthandelsstruktur bestimmen, und wie könnte ein Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Entwicklung Jugoslawiens und der Entwicklung der Weltwirtschaft hergestellt werden? War das Land in seinem Bestehen, bezogen auf Wallersteins Abhängigkeitstheorie als Peripherie, Semi-Peripherie oder gar als kapitalistisches Zentrum einzustufen, welche Indikatoren stehen uns hierbei zur Verfügung?

Gesetzt dem Fall, Jugoslawien fungierte als Peripherie, wie und in welcher Form gelang den Akteuren des Neoliberalismus, genauer genommen den global agierenden Konzernen, Finanzinstitutionen, lobbyierenden Regierungen und wirtschaftlichen Eliten, die Souveränität Jugoslawiens zu unterwandern und zu deformieren? Welche Vorteile konnten sich die kapitalistischen Zentren von der Schaffung einer „Randzone Jugoslawien“, gar von einer endgültigen Zerschlagung Jugoslawiens erwarten? Aus welchen Gründen blieb es nicht nur bei einer Desintegration des Landes, sondern warum musste der Vielvölkerstaat zerstört werden?

1.5 Hypothesen

Häufig wird das Ende Jugoslawiens mit differierenden ethnischen, kulturellen oder religiösen Anschauungen, als gleich unterschiedlichen Interessenslagen der Menschen, oft aber auch mit wirtschaftlicher Unterentwicklung und „balkanischer Mentalität“ begründet. Den wenigsten Menschen ist allerdings bewusst, dass das Absterben des Landes tatsächlich durch andere Faktoren begünstigt wurde.

Nach dem Tod Titos 1980 entstand ein politisches Vakuum, das rasch durch innerparteiliche Machtkämpfe und Intrigen gefüllt wurde. Die neuen Player waren allerdings nicht mehr treue Kommunisten, die an das jugoslawische Projekt glaubten, sondern Eliten, die ihre eigenen, vor allem finanziellen und machtpolitischen, Interessen verfolgten.

Bei der Zerschlagung des Landes spielten diese Eliten eine wesentliche Rolle; diese trieben jahrelang die Dezentralisierung der staatlichen Institutionen voran und formulierten persistent nationalere Politiken, da es ihnen ein Anliegen war, Produktionskapazitäten zu erhöhen, den Handel auszuweiten und folglich Profit zu erwirtschaften, was mit einer sozialistischen Wirtschaftspolitik und ihren marktwirtschaftlichen Einschränkungen freilich undenkbar gewesen wäre.

Die allmähliche Dezentralisierung der Institutionen und Entscheidungen auf regionaler Ebene machte eine bundesstaatliche Koordination des Bundeshaushaltes unmöglich und führte zu einer enormen Schwächung des Staates und zu einer Verarmung weiterer Bevölkerungsteile. Dem schwachen Staat fielen die sozialen Kompetenzen und Instrumente aus der Hand. Fehlende staatliche Fürsorge, ökonomische Verteilungskämpfe und Arbeitsplatzverlust führten dann folglich zur Rebellion. Optimale Voraussetzungen für Nationalismus, Separatismus und Bürgerkrieg.

Der Staatszerfall wurde allerdings nicht ausschließlich durch endogene Faktoren begünstigt, sondern hauptsächlich durch exogene Interessen und Aktionen ausgelöst, um das Land, im Sinne einer neoliberalen Weltordnung, als wirtschaftliche Peripherie den westlichen Kapitalzentren einzuverleiben. Die Weigerung der weiteren Öffnung des nationalen Marktes und die Ablehnung der Privatisierung von Staatseigentum mussten früher oder später zu einer bedenklichen Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Zentren führen. Das Resultat war nicht nur ein Ende Jugoslawiens, sondern auch eine Abstufung der neuentstandenen Kleinstaaten in sozioökonomische Randzonen.

Die Einverleibung Jugoslawiens in das moderne Weltsystem hatte leichtes Spiel: die Existenz der sozialistische Republik war in vielerlei Hinsicht bereits sehr früh von den internationalen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig.

Schon vor der Gründung des Königreichs Jugoslawien hatten die einzelnen südosteuropäischen Regionen mit Staatsverschuldung, internationaler Wirtschaftskrise, Plünderung der nationalen Ressourcen, schleichender Kapitalabhängigkeit, gewaltigen Migrationsbewegungen sowie sozialen und armutsbedingten Spannungen zu kämpfen. Unübersehbar waren auch die Stellungen der südosteuropäischen Regionen im modernen Weltsystem. Slowenien und Kroatien galten als Peripherien der österreichisch-ungarischen Krone. Im Gegensatz dazu standen die Randzonen Serbien, Montenegro, Bosnien und Mazedonien in Abhängigkeit zum Osmanischen Reich, aber auch zeitgleich in Interdependenz zum internationalen Finanzkapital.

Mit der zweiten Gründung Jugoslawiens, diesmal unter kommunistischer Flagge, und der gleichzeitigen Abkehr von der Sowjetunion, der im „Bruch Titos mit Stalin“ im Jahre 1948 ihren Höhepunkt fand, war das kleine Land, um sich ökonomisch weiterzuentwickeln, neben den sozialistischen Verbündeten, als gleich auf Partner aus dem Westen angewiesen, was zu einer immer intensiveren Exportorientierung des Landes führte. Mit der Gründung der Bewegung der „Blockfreien Staaten“ vergrößerte sich der jugoslawische Exportmarkt auf eine unendliche Größe, was zu einer bis dahin noch nicht gekannten Einbindung in das moderne Weltsystem führte.

In den siebziger und achtziger Jahren kam es dennoch zu einer ersten Welle der Desintegration; die Auslöschung des sozialistischen Staates war gleichwohl nicht erst mit der Implosion der Sowjetunion einhergegangen, sondern war einer neoliberalen Politik vorausgegangen, die durch so genannte „Strukturanpassungsprogramme“ Einzug ins ökonomische und soziale Leben der jugoslawischen Bevölkerung fand. Dabei dienten der internationale Währungsfond und die Weltbank den neoliberalen Playern als zerstörerische und beeinflussende Instrumente, um den staatlichen Kollaps in Jugoslawien, wie auch in unzähligen anderen Schwellen- und Entwicklungsländer, herbeizuführen.

Im Zuge des schleichenden Wegfalls der Exportmärkte und einer Verschlechterung der „Terms of Trade“, sowie die in den Jahren 1973/79 eintretenden „Ölschocks“, die eine weitreichende Kreditaufnahme von internationalen Finanzorganisationen erzwang, begann die Wirtschaft Jugoslawiens zunehmend, zu erlahmen. Spätestens mit den Prämissen der Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank, die eine allumfassende Liberalisierung der Ökonomie herbeiführten, sowie mit der erdrückend steigenden Zinslast der aufgenommenen Kredite, die zu einer weiteren massiven Verschuldung des Staates und in Folge zu ökonomischen Verteilungskämpfen führte, wurde das Ende des gemeinsamen südslawischen Staates eingeleitet.

Dabei war die Zerschlagung Jugoslawiens anfänglich gar nicht konzipiert. Denn auch ein schwacher peripherer Staat sorgt für den sicheren ökonomischen Wertetransfer in die Zentren. Er gilt als Garant einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, indem er den freien Wettbewerb und die damit verbundene kapitale Akkumulation absichert.

Der Verlauf der endgültigen Teilung Jugoslawiens könnte möglicherweise eine Eigendynamik angenommen haben, die gepaart mit Separatismus und Kapitalinteressen einzelner, dem fortlaufenden sozialen Wandel, der durch die Implosion des internationalen Sozialismus verstärkt wurde und der aufdrängenden Anerkennung einzelner EG-Staaten einher ging.

II Das Werden Jugoslawiens

2.1 Die Gründung des I. Jugoslawien und seine Folgen

Wie nie zuvor liegen das ehemalige Jugoslawien und die Transformationsländer Ost- und Südosteuropas im Interesse der gegenwärtigen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, und das zu Recht. Der Südosten Europas ist nicht irgendeine beliebige Region auf der Erde. Südosteuropa erlebte, in Gegensatz zu vielen anderen Welträumen, lange Perioden exzessiver Gewaltanwendung, rasche und folgeschwere Transformationen und das Aufeinanderprallen unterschiedlichster Kulturen und Zivilisationen. Das historische Bild dieser Region zeugt sowohl von großen Kriegen, Flucht-, Zwangs-, und Wanderbewegungen sowohl von langen Phasen enormer sozioökonomischer und politischer Instabilität.

Die europäische Region erlebte allerdings auch goldene Epochen. Südosteuropa gilt als sogenannte Wiege der europäischen Kultur und modernen Zivilisation. Hier entwickelte sich die erste Zivilisation Europas, die nicht nur unseren Kontinent, sondern die ganze Welt durch die Jahrhunderte hindurch bis zum heutigen Tage prägte und prägt. Hier entschieden die mittelalterlichen Glaubenskriege zwischen Christen und Christen sowie zwischen Christen und Muslimen die zukünftige religiöse Prägung und die kulturelle Gestalt auf drei Kontinenten. Und es war auch das politisch instabile Südosteuropa, das den I. Weltkrieg einläutete, was folglich zu einer politischen und wirtschaftlichen Neuausrichtung des Weltsystems führte.

Der Begriff Südosteuropa ist nur ein weiteres Schlagwort unter einer Reihe von Sammelbezeichnungen. Häufiger im Gebrauch sind die Begriffe Balkan oder Balkanhalbinsel, die allerdings aufgrund negativer Konnotationen nicht in die Arbeit einfließen werden. Bereits die Abgrenzung zu anderen Regionen macht die Definition, wo Südeuropa nun eigentlich liege, unmöglich. Denn wo sind die kulturellen und sozialen Differenzen, gleichfalls die geologischen Grenzen auszumachen? Politische, administrative, kulturelle und wirtschaftliche Grenzen sind vom Menschen konstruierte Gebilde, die auf keinen physikalischen und geologischen Gesetzen beruhen. Geographische Grenzen und Einteilungen werden mutwillig durch den Lauf ihrer Geschichte verändert und je nach politischer Lage modifiziert. Bereits die geographische Raumkonstruktion in Ost- und Westeuropa ist problematisch. Solche Grenzziehungen suggerieren uns die Struktur einer (nord)westlich entwickelten Zivilisation,

mit einigen wenigen Zentren und einer (süd)östlich rückständigen, nachahmenden Gesellschaft, die den Zentren dienenden Peripherien.

In diesem Zusammenhang meint Harald Roth, dass die „Erfindung Osteuropas“, das Werk der westeuropäischen Aufklärung und ohne die gleichzeitige Erfindung Westeuropas als der Heimstätte von Zivilisation und Aufklärung überhaupt nicht zu verstehen ist. [...] Die Mission des Westens sei es, seine Zivilisationen auszustreuen, die des Ostens, diese anzunehmen. (Roth 2009: 3 f.)

De facto ist ganz Südosteuropa, außer in den Gebieten Griechenlands, Albaniens, Ungarns und Rumäniens, größtenteils von Slawen beheimatet. Als Slawen werden Menschen bezeichnet, die eine slawische Sprache beherrschen und slawischer Herkunft sind. Der genaue Ursprung dieser Menschengruppe ist nicht bekannt. Es wird allerdings vermutet, dass die Slawen ganz allgemein aus dem heutigen Gebiet, um die Flüsse Prypjat, Dnjestr, Dnjepr und der Weichsel, in der Nähe des Uralgebirges stammen. Im Falle der Südslawen wird angenommen, dass diese sich im 6. Jahrhundert von der Hauptgruppe abspalteten und nach Südosteuropa wanderten. Der Migrationshintergrund für die slawischen Wanderbewegungen könnte möglicherweise der Awareneinfall in Ost- und Südosteuropa sein (vgl. Kirsten/Stier/Wühr 1991: 42 f., 50 f.). Nach der Vertreibung der Awaren und der Illyrischen Stämme siedelte sich ein Teil der wanderten Slawen in den südosteuropäischen Regionen an, die sie als gleich eifrig bewirtschafteten. Durch die Jahrhunderte hindurch erwachsen aus den kleinen Siedlungen und Stämmen slawische Fürstentümer und Königreiche, die etwa in den späteren Nationalstaaten Serbien, Bulgarien oder Montenegro aufgingen.

Bereits lange vor der Gründung des jugoslawischen Königreichs gab es panslawische Bestrebungen, die eine gemeinsame slawische Sprache, kulturelle Einheit, gar eine gemeinsame slawische Nation forderten. Seit dem 17. Jahrhundert wurde die Gemeinsamkeit der Slawen in politischen, historischen und epischen Werken verarbeitet. Ab dem 19. Jahrhundert intensivierte sich allmählich das Interesse für die eigene Kultur, der Sprache und der Geschichte und so erwuchs ein immer größeres Nationalbewusstsein in den Köpfen der europäischen Slawen (vgl. Suppan 1996: 53 f.). Hierbei erwuchs das Bedürfnis nach Halt und Sicherheit innerhalb eigener Staatsgrenzen auf der Grundlage der Selbstbestimmung. So fand der „1. Slawenkongress“ bereits im Jahre 1884 statt, dem weitere Slawenkongresse folgten (der letzte fand 2005 in Minsk statt). Auf dem 1. Kongress, der in Prag stattfand, wurde nicht nur die blau-weiß-rote panslawische Flagge beschlossen, sondern die ersten Grundgedanken für die späteren slawischen Vielvölkerstaaten Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien formuliert. „Wie überall in Europa wurde die „Erfindung der Nation“

maßgeblich durch Intellektuelle, Wissenschaftler, Politiker und Kirchenvertreter in Szene gesetzt.“ (Calic 2010: 25) Der Gedanke an die nationale Eigenständigkeit resultierte aus der unfreien Herrschaft durch Osmanen und Habsburger. Angetrieben wurde die Idee einer eigenen Slawennation durch die Gründung des Königreiches Italien 1861 und durch das Recht auf Selbstbestimmung, die durch die bürgerlich-liberalen Revolutionen in Frankreich hervorgingen.

Die Wiener Oktoberrevolution 1848, die der französischen Februarrevolution desselben Jahres folgte, kann als Wendepunkt der k. u. k. Politik betrachtet werden. Die Oktoberrevolution galt als Aufbruch politischer bürgerlicher Partizipation, die ebenso das Recht auf ökonomische, sprachliche und kulturelle Selbstbestimmung vorsah.

Der „II. Serbische Aufstand“ führte zum Sieg über die Osmanen und zur Gründung der Fürstentümer Serbien und Montenegro auf ehemals osmanischem Territorium. Die vom Berliner Kongress (1878) nun anerkannten Königreiche gaben den in der österreichisch-ungarischen Monarchie emanzipierenden Volksgemeinschaften weiteren Antrieb auf das Recht zur Selbstbestimmung. Die habsburgerischen Kronländer Kroatien und Slowenien erhielten zwar durch den „Österreichischen-Ungarischen Ausgleich“ (1867) und den folgenden „Ungarisch-Kroatischen Ausgleich“ mehrere Autonomierechte, waren allerdings bis zum Ende des I. Weltkriegs immer noch Bestandteile der Doppelmonarchie.

Serbische, kroatische und slowenische Politiker, Studenten, Intellektuelle, Literaten und Kapitalisten verständigten sich allmählich auf ein gemeinsames Programm, das eine realistische Gründung eines eigenen südslawischen Staates vorsah (vgl. ebd.: 54 f.). Wie bei allen Nationalstaatenbildungsprozessen entwickelten sich, wie auch in den Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens, eine Bandbreite unterschiedlichster Parteien mit spezifischen Charakteristiken und Merkmalen. Die Palette reichte von bürgerlich-elitären, nationalistischen bis hin zu sozialrevolutionären Gruppierungen und Parteien. Die politischen Forderungen waren allerdings alle ähnlich: das Recht auf Souveränität.

Krieg, soziale Spannungen und Transformation, aber auch die Aufbruchstimmung ins neue Zeitalter, aufkeimender Massennationalismus und die Forderung nach Selbstbestimmung der Völker, ferner eine sich anbahnende Niederlage des Habsburgerreiches im I. Weltkrieg, machten das Projekt „slawischer Nationalstaat“ immer wahrscheinlicher (vgl. Despot 2010: 291 f.).

1917 wird mit der Unterzeichnung der „Deklaration von Korfu“ der erste Grundstein für einen eigenen slawischen Staat in Südosteuropa gelegt. Ihr eigentlicher Durchbruch gelang der panslawischen Bewegung mit der Gründung des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“, welches am Abend des 1. Dezembers 1918 Wirklichkeit wurde. Die in Serbien, Kroatien und Slowenien gebildeten Nationalräte, die einen gemeinsamen südslawischen Nationalstaat propagierten, konnten sich letztendlich gegen die „Jugoslawischen Komitees“ durchsetzen, die sich für ein föderalistisches, für ein ohne von Belgrad zentralistisch gelenktes Jugoslawien, einsetzten. Zwei Jahre später erhielt das Land dann eine eigene Staatsverfassung. Aufgrund der zentralistischen Konzeption blieben die slowenischen und kroatischen Volksvertreter der „Verfassungsgebenden Versammlung“ jedoch fern (vgl. Roth 2009: 208).

Im Jahre 1918 lebten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens etwa 12,5 Mio. Menschen unterschiedlichster Konfessionalität. Neben den drei großen Volksgruppen der Serben, Kroaten und Slowenen waren viele andere Volksgemeinschaften in diesem Teil Europas angesiedelt. Das bunte „Volksgemisch“ war Resultat von Migrationsbewegungen unterschiedlichen Ursprungs. Die Hauptgründe für die Migrationsbewegungen waren etwa Vertreibung durch Kriegsereignisse, Hungersnot oder ökonomische Interessen (vgl. Calic 2010: 21, 84). Auch in sozioökonomischer Hinsicht war der jugoslawische Staatsbildungsprozess kompliziert. Neben der Existenz unterschiedlicher Volksgruppen erbe das Königreich unterschiedliche Agrar-, Steuer-, und Währungssysteme. Das wirtschaftliche Entwicklungsgefälle vergrößerte sich, umso weiter man in den Süden schaute (vgl. ebd.: 84). Die unterschiedliche Bevölkerungsverteilung, strukturelle Ursachen und die Frage um einen zentralistisch oder föderalistisch geführten gemeinsamen Slawenstaat sollten nicht nur in den Anfängen Jugoslawiens bestehen bleiben. Sie blieben bis zum Zusammenbruch des Landes erhalten und schufen großes Misstrauen unter den Eliten und in Teilen der Bevölkerung. Dieses Misstrauen machte sich nicht nur in unzähligen Verfassungsreformen bemerkbar, die das Projekt Jugoslawien durch dezentralistischen Maßnahmen deformierten. Dieses Misstrauen schwappte als gleich in Argwohn und Neid über, die den Weg für die späteren Sezessionskriege mitebneten (vgl. Gelhard 1992: 62).

Der I. Weltkrieg war nicht alleine Resultat eines Attentats auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger durch eines jungen serbischen Studenten, der fest an ein vereinigt, von den Serben dominiertes Jugoslawien glaubte. Der erste globale Krieg war mehr Ergebnis eines

bereits seit Jahrzehnten andauernden schwelenden politischen und wirtschaftlichen Konflikts, der ganz Europa betraf. Der Krieg wurde durch soziale Spannungen innerhalb der Großreiche, mit einhergehenden Nationalstaatsbildungsprozessen und imperialistischer Expansionspolitik herbeigerufen. Demgegenüber waren die jeweiligen südosteuropäischen Länder aufgrund der Gebietsaufteilungen und den neuen Grenzziehungen nach den „Balkankriegen“ 1912/13 unzufrieden. Auch die Furcht eines erstarkten Serbien und des allmählich starken Einflusses Russlands in Südosteuropa, sowie die Rivalitäten Österreich-Ungarns mit Italien wegen Albanien, machten in den Augen der Herrscher einen Krieg unausweichlich.

Alle Staaten des frühen Jugoslawiens mussten nach dem I. Weltkrieg mit einer enorm hohen Anzahl von Todesopfern und Krieginvaliden rechnen. Der I. Weltkrieg forderte auf Seiten Serbiens allerdings die meisten Todesopfer, mit etwa einer halben Million Kriegstoten. Insgesamt kamen etwa 600.000 Mio. Jugoslawen um (vgl. Suppan 1996: 30). Hunderttausende wurden zu Kriegsinvaliden, Millionen von Menschen wurden zu Flüchtlingen und/oder verloren ihre Existenz. Die gesamte Infrastruktur Jugoslawiens wurde dem Erdboden gleich gemacht. Daher forderte der Vielvölkerstaat nach dem I. Weltkrieg 7 Mrd. Goldfranc Kriegsreparation, was etwa die Hälfte der serbischen Ökonomie vom Jahre 1914 entsprach (vgl. Calic 2010: 98).

Die am 18. Januar 1919 initiierten Pariser Vorortverträge sahen einen Zusammenschluss ehemaliger Regionen und Gebietszuwächse für das neu geschaffene Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen vor. Der neuerschaffene Nationalstaat bestand einerseits aus den ehemaligen Kronländern der Österreich-Ungarischen Monarchie, die das heutige Slowenien, Kroatien und das damals okkupierte Bosnien, umfasste. Auf der anderen Seite setzte sich Jugoslawien, aus den 350 Jahre, von den Osmanen beherrschten Territorien Serbien, Montenegro und Mazedonien zusammen. Hinzu kamen große Gebietsgewinne; Die österreichische Südsteiermark ging an Slowenien, Kroatien erhielt das ungarische Zwischenmurgebiet (Medjimurje). Aus dem westlichen Teil des ungarischen Banats und der östlichen Baranja wurde die Vojvodina gegründet, die Serbien zugeschlagen wurde. Bereits im Jahre 1913 konnte Serbien das „Vardar-Mazedonien“ durch den Sieg über Bulgarien in Anspruch nehmen. Sozusagen wird Jugoslawien aus der Zerschlagung der Österreich-Ungarischen Doppelmonarchie und des Osmanischen Reiches heraus gegründet (vgl. Billing 1992: 7). Endgültig legitimiert wurden die neuen Grenzziehungen durch den „Vertrag von Sevres“, der dann ebenfalls vom Osmanischem Reich und den Vereinigten Staaten akzeptiert wurde.

In Serbien wurden die letzten Spuren des 350 Jahre lang herrschenden Osmanischen Reichs beseitigt. Dabei wurden alle Moscheen und osmanischen Kulturgüter ausnahmslos zerstört, Religionsfreiheit wurde aber gewährt und nicht unterdrückt. Der neugegründete Staat sollte sich nicht an vergangene Kulturen und Zivilisationen erinnern, sondern sich an Werten des westlichen Nationalstaatenmodells orientieren. Dabei ist die Zerstörung von „fremden Kulturgut“ ein typisches Merkmal des Nationalstaatenbildungsprozesses, das auch in anderen Ländern zu beobachten ist.

Technischer Fortschritt, Emanzipation, Liberalismus und ein sich rasant ausbreitendes Bürgertum kam für die südosteuropäischen Bevölkerungen einem Transitionsschock gleich. Der soziale Wandel brachte die traditionellen Werte und die soziale Ordnung zur Erschütterung. Hierbei wurden alte patriarchale Sozialstrukturen aufgebrochen, im Gegensatz dazu, erfolgte ein allmählicher Wandel zu protodemokratischen Staatsstrukturen. Die Frage die sich aus diesen Umbrüchen ergab, war jene, wie eine neue sozialkulturelle und nationale Identität geschaffen werden könnte. Die Antwort war eine „Zivilisierung“ der Landbevölkerung, im Sinne der westeuropäischen Aufklärung und in der Semantik eines starken Nationalstaates.

Wie kurz angeschnitten, hatte die Gründung Jugoslawiens aber nicht nur seine Befürworter. Denn die Parteienlandschaft des Vielvölkerstaates war von Beginn an regionalstaatlich ausgeprägt und gegen ein von Belgrad zentralistisch gelenkten Staat gerichtet. Dieses Prinzip sollte sich auch bis zum Zusammenbruch des Landes nicht ändern.

Auch ethnisch war die neue jugoslawische Bevölkerung völlig heterogen. Der Volkszählung vom Jahre 1921 nach zu folgen war die Bevölkerungsstruktur des neu gegründeten Königreichs sehr ungleichmäßig aufgebaut und zerstrickt: So beheimatete der neue Staat knapp 9 Mio. „Serbokroaten/Kroatoserben“ (Serben, Kroaten, Muslime, Montenegriner und Makedonier), 1 Mio. Slowenen, 439.657 Albaner, 505.790 Deutsche, 467.658 Ungaren sowie eine Vielzahl an weiteren Minderheiten (vgl. Roth: 2009: 208; Suppan 2006: 31 f.).

1922 werden die alten Territorialeinheiten Jugoslawiens aufgelöst und durch 33 „oblasti“ (Bezirke) ersetzt. Die alten Verwaltungsgrenzen Serbiens hingegen blieben erhalten, die dazu gewonnen Gebiete wurden mit der alten regionalen Struktur zusammengeschlossen (vgl. Roth: 2009: 208). Die unwillkürliche geographische Einteilung nach dem I. Weltkrieg, als gleich die heterogene Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur sollten sich in Zukunft nicht als positive Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Vielvölkerstaates erweisen.

2.2 Sozialer Wandel, Modernisierung und Protoindustrialisierung – Eine Annäherung an das moderne Weltsystem

Vor dem II. Weltkrieg war das Königreich Jugoslawien (bis 1941), das unter der Führung der Dynastie der Karadjordjevici nach den Pariser Vorortverträgen im Jahre 1919 gegründet wurde, bis auf wenige Industriezentren im Norden des Landes, agrarisch geprägt und hatte ein kapitalistisches Wirtschaftssystem.

Die jugoslawische Bevölkerung betrieb zum größten Teil Subsistenzwirtschaft und kam für den Hauptanteil der Steuereinnahmen auf. Außer in Slowenien (66 % in der Landwirtschaft) erwirtschafteten rund 82,4-85 % der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt im Primärsektor, nur 8,8-10 % waren in der Industrie beschäftigt (vgl. Ruppert/Haas 1981: 45; Suppan 1996: 32; Becker/Weissenbacher 2009: 84).

Die Basiserwerbszweige der Menschen waren Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht und Fischerei. Hauptsächlich wurden bis zum II. Weltkrieg Rohstoffe, Genussmittel und landwirtschaftliche Produkte exportiert. Vor allem Schweinefleisch, Geflügel und Eier waren zu den wichtigsten agrarischen Absatzprodukten des Königreichs geworden.

Jugoslawien besaß und besitzt reichhaltige Bodenvorkommen wie etwa Kohle oder Eisenerz. Darüber hinaus verfügt das Land über wichtige Ressourcen wie Gold, Silber, Kupfer, Blei, Zink, Chrom, Mangan, Kupfer und Bauxit (vgl. Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft 1967: 15). Dagegen wurden komplexe Industriekomponenten, Landwirtschaftsmaschinen, chemische Produkte, Luxusgüter und Eisen importiert (vgl. Suppan 1996: 1013 ff.).

Aufgrund der arbeitsintensiven Produktionsmitteln, der großen Zerstörung der Infrastruktur durch die Besatzungsmächte des I. Weltkrieges und der verhältnismäßig wenigen Industrie- und Landwirtschaftsmaschinen, die Überschüsse und damit Exporte unmöglich machten, hatte das Königreich gesamtwirtschaftlich betrachtet, im Gegensatz zum hoch industrialisierten Tschechien, miserable Startbedingungen. Obwohl der Vielvölkerstaat über ausreichende Bodenressourcen verfügte, fehlten dem Land die Voraussetzungen, diese zu fördern, weiterzuverarbeiten und zu transportieren.

Das Land musste Rohstoffe zur Weiterverarbeitung exportieren, bevor es dann deren Halbfertigprodukte Eisen und Stahl zu hohen Kosten wieder einfuhrte. Auch Maschinen, Werkzeug und technische Anlagen wurden für teure Devisen importiert. [...] Rückständige Technik, fehlende Qualifikation, Kreditmangel, hohe Steuerlast und unrationelle Betriebsführung trugen dazu bei, das in Jugoslawien weniger, schlechter und teurer fabriziert wurde als in den west- und mitteleuropäischen Staaten. (Calic 2010: 105 f.)

Ohne gehobenen Bildungsstand machte eine rasche Industrialisierung wenig Sinn. In der Bildungsstruktur der zwanziger Jahre klafften die Unterschiede zwischen Norden und Süden weit auseinander. Jeder zweite Jugoslawe konnte nicht lesen oder schreiben. Während die Analphabetenrate (über 12 Jahre) in den zwanziger Jahren in Slowenien bei 9 % und Slawonien und Kroatien bei 32,2 % lag, waren über 80 % der Menschen in Bosnien-Herzegowina und Mazedonien Analphabeten (vgl. Calic 2010: 91). Die Analphabetenrate deckte sich dabei mit den Beschäftigten in der Landwirtschaft. Das lässt den Schluss nahe, dass einzig die städtische Bevölkerung über Bildung verfügte.

Slowenien, Slawonien, Dalmatien und Kroatien waren ehemalige Kronländer der Habsburger-Monarchie und konnten demnach auf das traditionelle wohlhabende Bürger- und Bauerntum setzen. Das sich in den nördlichen Regionen etablierende Kapital setzte auf die vorindustrialisierten Kapazitäten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, im Gegensatz zu Serbien und Bosnien, die aus osmanischen Bauerngesellschaften bestanden und keine industriellen Produktionsmitteln vorweisen konnten (vgl. Suppan 1996: 35). Daher hatte der Norden bessere Marktvorteile, die es der dort etablierten wirtschaftlichen Elite ermöglichten, Profite zu erwirtschaften. Im Süden Jugoslawiens fehlte eine solche ökonomische Sphäre.

So war die Innenpolitik zwangsläufig von zähen Dauerkonflikten über Wirtschaft und Währungsreform sowie Steuerrecht überschattet, durch das sich Kroatien und Slowenien von Belgrad strukturell benachteiligt fühlten. Der kroatische Ökonom Rudolf Bicancic beklagte, dass die ehemals österreichisch-ungarischen Landesteile mehr als 80 Prozent der Steuerleistung erbrachten, während Serbien und Montenegro mehr als 70 Prozent der Investitionen in die Infrastruktur einstrichen. [...]. Die bittersten Auseinandersetzungen provozierte die privilegierte Stellung der Serben in Regierung, Militär, Bürokratie, Polizei und vielen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen. Von allen 656 Ministern der kurzlebigen jugoslawischen Kabinette waren 452 Serben, dagegen nur 137 Kroaten, 49 Slowenen und 18 bosnische Muslime. In der Armee und der Staatsverwaltung sah es auch nicht viel anders aus. (Calic 2010: 91 f.)

Einer raschen Modernisierung des primären Sektors stand auch die alte Agrarverfassung im Wege, die die unterschiedlichen Ordnungsprinzipien und Agrarwirtschaftssysteme, wie etwa das „Zadruga-“ (Hauskommunion) und das „Kmetstvo-System“ im Norden sowie das osmanisch geprägte „Ciftlik-System“ im Süden des Landes begünstigte. Die ungleichen Bodenrechtssysteme führten zu unregelmäßigen Steuerabgaben, unterschiedlichen Abgabehöhen, sowie zu einer niedrigen Agrarproduktivität und in Folge dessen zu einer Unmöglichkeit einer konzeptuellen Planung und Steuerbarkeit des agrarischen Bereichs und der gewerblich-industriellen Entwicklung (vgl. Suppan 1996: 1013; Becker/Weissenbacher 2009: 84). Das familiäre Zadruga-System, welches den Kern einer traditionellen südslawischen Familie sowie die soziale Ordnung im agrarischen Bereich bildete, hörte mit der fortschreitenden Expansion des internationalen Kapitals, der Zurückdrängung

patriarchaler Strukturen sowie neuen Erwerbstätigkeiten in Industrie und Gewerbe auf zu existieren. Das Kmetstvo-System, vor allen in Kroatien antreffend, das die Bauern zu Abgaben von 1/5 bis 1/3 ihres Ertrages verpflichtete sowie das Ciftlik-System in Bosnien-Herzegowina, welches Nicht-Muslime zur Abgabe eines Drittels ihres Ernteertrages aufbürdete, waren also Gründe für die zunehmend niedrigere Agrarproduktivität (vgl. Suppan 1996: 1013 f.).

„Die Bodenreform von 1919 hob die Leibeigenschaft im Süden auf und schaffte die semi-feudalen Gutsherrschaftsbeziehungen im Norden ab.“ (Becker/Weissenbacher 2009: 84) Die wesentlichen Ziele der Reform, nämlich die Vereinheitlichung der Steuerabgaben, die Zuteilung von Ackerland an die Landbevölkerung, sowie die Etablierung eines stabilen Bauern und Pächterstandes, die regelmäßige Erträge garantierten, wurde erreicht (vgl. ebd.: 39).

[Aber] weder produzierte der landwirtschaftliche Export Gewinne, die in der Industrie hätten investiert werden können, noch entstand eine breitere Binnennachfrage nach Fertigprodukten auf dem Lande. Die Menschen waren schlicht zu arm, um sich mit Waren zu versorgen, die sie nicht selbst produzierten. Die Industrialisierung setzte in den südslawischen Ländern daher später, langsamer und in anderen Branchen ein als im Rest Europas. [...]. Einen Industrialisierungsschub sollte es nicht vor den 1930er Jahren geben, der Umschlag zur Hochindustrialisierung fand erst nach 1945 statt. Ursächlich war ein Bündel struktureller Faktoren: die rückständige Verkehrsinfrastruktur, die den Aufbau überregionaler Märkte behinderte, der chronische Kapitalmangel und das niedrige Bildungsniveau, nicht zuletzt die starke Konkurrenz aus den entwickelten Regionen der Habsburger Monarchie. (Calic 2010: 31 f.)

Wie in anderen Ländern führte der Wiederaufbau des Landes dennoch zur Erholung der nationalen Ökonomie. Die Beschäftigung im industriellen Sektor wuchs, einhergehend mit dem Wachstum des tertiären Bereichs. Nachfrage und Preise sowie die Staatsverschuldung stiegen. Es wurde mehr Geld gedruckt, was zu neuen Investitionen, aber auch zur Geldentwertung, führte. Zwischen 1918 und 1923 wurden auf diese Wirtschaftsweise 31 % aller Fabriken und 40 % aller Arbeitsplätze in der Industrie geschaffen. Bis zum Abend des II. Weltkrieges wurden 2193 Fabriken errichtet, 47 % davon in Slowenien, 37 % in Slawonien und Kroatien, 24 % in Serbien und nur 14 % in Mazedonien. Am stärksten entwickelten sich hierbei die mechanisierte Textilindustrie und die Lebensmittelbranche (vgl. ebd.: 106).

Die protoindustriellen Betriebe sollten allerdings nicht als leitende multinationale Unternehmen betrachtet werden. Die Fabriken waren eher kleine handwerkliche oder landwirtschaftliche Betriebe mit bis zu 25 Arbeitern, die nur teils mit technischen Produktionsmitteln ausgestattet waren. Die Arbeitsbedingungen waren miserabel, Arbeitsrecht- und Hygienevorschriften gab es nicht und oft wurden Kinder als kostengünstige Arbeitskräfte eingesetzt.

Die jugoslawische Industrialisierung schuf überschüssige Produktionskapazitäten, da der Binnenmarkt nicht sehr ausgeprägt war, die erhoffte Nachfrage ausblieb und die Produkte aufgrund ihrer schlechten Qualität am internationalen Markt nicht bestehen konnten (vgl. ebd.: 98, 106). Von einem „take-off“, im Sinne eines wirtschaftlichen Entwicklungsschubes, kann nicht gesprochen werden (vgl. Faschingeder 2004: 68 f.; Rostow 1960)

Trotz miserabler Startbedingungen, und das in jeder Hinsicht, verbesserten sich die Lebensbedingungen bis zum Jahre 1925 nachhaltig, obwohl die Nachfrage nach Konsumgütern anfangs eher sehr schwach ausgeprägt war. Einfache Güter konnten nichts desto trotz zu erschwinglichen Preisen erworben werden. Es fand eine Ausbreitung hygienischerer Bauweise statt, Haustiere und Menschen lebten nun getrennt voneinander, Kochherde und Betten mit Eisengestell hielten in den bäuerlichen Häusern Einzug. „Intensive Anbaumethoden und zeitgemäße Gerätschaften hielten Einmarsch. [...] Ernährung und Gesundheit verbesserten sich. Pünktlichkeit und Disziplin wurden als Tugenden anerkannt.“ (Calic 2010: 108) Trotz vieler sozioökonomischer Verbesserungen war ein jugoslawischer Wohlfahrtsstaat bis zum Ende des II. Weltkrieg nicht existent, wenn, dann nur in extrem schwach ausgeprägter Form vorhanden.

Die Kredit- und Handelspolitik der kapitalistischen Zentren zielte auf kapitalintensive Investitionsmöglichkeiten und auf die Ausbeutung seiner Peripherien (vgl. Hornberg 1964: 4). Wenden wir uns dem Mittelalter zu, so wurden bereits zu jener Zeit die ersten Silberminen in Serbien und Bosnien erschlossen und ausgeplündert (vgl. Wallerstein 2004: 49).

So verschuldete sich etwa Serbien aufgrund seiner Befreiungskriege und der Finanzierung von Getreideernten durch unvorteilhafte Verträge mit der k. u. k. Monarchie und steckte alsbald in der Pleitefalle (vgl. Hornberg 1964: 59; Suppan 1996: 47). „Zwischen 1880 und 1914 wuchsen die Verbindlichkeiten von 16, 5 Mio. auf 903,8 Mio. Francs.“ (Calic 2010: 37) Bereits sehr früh hatte sich das imperialistische, überwiegend das französische, britische und österreichische Finanzkapital in Stellung gebracht (vgl. Hornberg 1964: 59).

Französische Kapitalisten waren in erster Linie an Kreditvergaben interessiert (vgl. Hornberg 1964: 142 ff.). Es wurde im Kupfer- und Kohlebergbau sowie in Bauxit-, Gold- und Magnesitabbau investiert. Ebenso wurden französische Devisen in der Holz-, Zement-, und der chemischen Industrie eingesetzt. Zum anderen war französisches Kapital im Schiffs-, Waggon- und Flugzeugbau sowie an einigen Elektrizitätswerken beteiligt (vgl. Suppan 1996: 1020).

Britische Investitionen fanden ihren Weg im Bergbau (Zink, Blei, Chrom) und waren in der Holz-, Zement- und Zuckerindustrie sowie im Schiffsbau und in der Maschinenindustrie vertreten. Auf der anderen Seite beuteten die Briten die Ölvorkommen des Landes aus, um vorrangig Petroleum zu gewinnen.

Auf der anderen Seite war das österreichische Finanzkapital, wie auch in der Gegenwart, überwiegend im Aktien- und Kapitalmarkt sowie in Banken angelegt. Nur 7 von 21 privaten jugoslawischen Großbanken arbeiteten mit nationalem Kapital, 7 mit österreichischen, 5 mit ungarischen und 5 mit tschechischen Devisen (vgl. Hornberg 1964: 142 ff.; Suppan 1996: 1020). Ebenso fanden sich österreichische Geldmittel in der Holz- und Textilverarbeitung, im Kohlebergbau, in der Maschinenproduktion, im chemischen und elektrotechnischen Gewerbe sowie in der Lederindustrie (vgl. Suppan 1996: 1020).

Allmählich griffen die Strukturen des Weltwirtschaftsystems in Südosteuropa, wenn sie nicht schon seit 500 Jahren ein fester Bestandteil waren. Kumulativ ging es in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts um die Expansion des internationalen Finanzkapitals und der Positionierung und Sicherung des Absatzmarktes und Investitionen, im Sinne der neoklassischen Theorie.

Mit der ansteigenden Exportorientierung und der Dominanz ausländischen Finanzkapitals wurde die jugoslawische Volkswirtschaft zunehmend in den europäischen Wirtschaftsmarkt gedrängt und von diesem immer abhängiger. Einer der Hintergründe für die rasche Integration Jugoslawiens in die europäische Handelsstruktur war die handelspolitische Neuorientierung der nach dem I. Weltkrieg neu entstandenen Nationalstaaten.

Der Historiker Arnold Suppan geht hingegen noch einen Schritt weiter und meint, dass seit der Gründung Jugoslawiens sich das gesamte südslawische Wirtschaftsleben auf Preisbewegungen, Währungsveränderungen, Produktions- und Konsumverschiebungen in den verschiedenen Teilen der Weltwirtschaft einstellen und seine Außenhandelspolitik nach den Mechanismen des Weltmarkts ausrichten musste. Der Jugoslawischen Volkswirtschaft genügte daher keineswegs eine Verbesserung und Anpassung der agrarischen und industriellen Produktion sowie eine Regulierung der öffentlichen und privaten Verschuldung an das Ausland, sondern sie musste auch auf die mannigfaltigen Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen reagieren; auf Freihandel, Meistbegünstigung und Handelsverträge ebenso wie auf Kontingentierungen, Präferenzzölle und Clearingsabkommen. Dabei ging es jeweils um das Finden eines neuen Standortes in der Weltwirtschaft. (ebd.: 1072)

Infolge einer weltweiten Überproduktion, die durch die Agrarkrise von 1925 verkörpert wurde, fielen die Agrarpreise, im Gegensatz zu den Gewerbecprodukten, stetig. So kam es in weiten Teilen der Bevölkerung zur Massenverelendung. Um zumindest die Reproduktionskosten decken zu können, ließ sich die Landbevölkerung auf andere

Erwerbsmöglichkeiten ein, was zu einer niedrigen Landwirtschaftsproduktion und in Folge zum Konsumrückgang führte (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 84). 2/3 der Menschen in der Landwirtschaft waren somit auf Zusatzerwerb angewiesen. So kam über die Hälfte der Industriearbeiter aus dem primären Sektor.

Obwohl mehrere Reformen unternommen wurden, um die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen, kamen die agrarischen Erzeugnisse dennoch nicht mit dem stetigen Bevölkerungswachstum in Einklang. Ein Ausweg, der Armut zu entgehen, war die Stadtflucht oder die Auswanderung. Etwa 200.000 Menschen emigrierten zwischen 1921-1939 nach Amerika oder Mitteleuropa (vgl. Calic 2010: 101 ff.).

Bereits vor der großen ökonomischen Krise der dreißiger Jahre erfolgten im Königreich die ersten Bankenzusammenbrüche und mit ihnen einhergehend eine hausgemachte Wirtschaftskrise. Ausgelöst wurde die Krise durch fallende Kursstürze, die wiederum durch Unterbilanzen im Staatsbudget, der Passivität der Handels- und Zahlungsbilanz, den Börsenspekulationen der Exporteure und politischen Indifferenzen verursacht wurden. Das Hauptproblem stellte allerdings die anhaltende Staatsverschuldung dar, die durch fortlaufend neue Kredite und Anleihen gedeckt wurde. Demgegenüber wurde auf Grund der hohen Dividenden, die bei Krediten aktive Zinssätze von 24 % erzielten, ausländisches Kapital angelockt, was zur Behinderung inländischer Investitionen führte (vgl. Suppan 1996: 1023 f.). 1929 setzte eine weltweite Depression ein, die schwere volkswirtschaftliche Schäden in den kapitalistischen Zentren verursachte, aber auch die Volkswirtschaften in den Peripherien maßgeblich deformierte. Die globale Krisenerscheinung war geprägt von Überproduktion und Deflation, und folgend kam es zum Anstieg der Arbeitslosigkeit und letztendlich zur Massenverelendung in weiten Teilen der Bevölkerung.

Aufgrund der Furcht vor Inflation griff die jugoslawische Regierung zu einem harten Stabilitätspakt und vernachlässigte kreditfinanzierte Investitionen, was zu einem Rückgang der Binnennachfrage führte. Hingegen wurde zu Mitteln gegriffen, die charakteristisch für diese Zeit waren; nämlich zur Importsubstitution und zum Subventionismus. Dies galt vor allem für die kapitalistischen Zentren; denn diese schirmten durch Importsubstitution und Einfuhrbeschränkungen ihre Ökonomien und schotteten sich gegen die Importe der südosteuropäischen Staaten ab.

1932 war der Wert des jugoslawischen Außenhandels, [...], um rund 70 Prozent gegenüber 1929 gefallen. Gleichzeitig verschlechterten sich die terms of trade, da die Agrarpreise schneller sanken als die der Industriegüter. [...] Jugoslawien musste seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Rohstoffe auf dem Weltmarkt billig abgeben, jedoch Fertigprodukte unverhältnismäßig teuer einkaufen. (Calic 2010: 120)

1934 waren Produkte aus dem primären Sektor nur mehr halb soviel wert wie 1926 (vgl. ebd.). Zwei Jahre später war die Beteiligung des ausländischen Kapitals an Aktiengesellschaften mit 2.439 Mio. Dinar bereits deutlich höher als die Währungsdeckung der jugoslawischen Nationalbank (vgl. Suppan 1996: 1020). Mitte der dreißiger Jahre waren 651.000 Arbeitslose registriert, das Einkommen fiel auf mehr als 70 %. So waren „in Belgrad 1930 48 % der Arbeiterwohnungen feucht, 69 % ohne sanitäre Einrichtung, 87 % baufällig“ (Calic 2010: 108, 120). In vielen Ländern, so wie auch in Jugoslawien, wurden die Sozialausgaben gekürzt, Löhne eingefroren und die Kurzarbeit eingeführt, da die europäischen Banken ihre Kredite allmählich einforderten.

Indes war der Süden viel stärker betroffen als der hochindustrialisierte Norden, da die Agrarpreise im Gegensatz zu den Preisen industrieller Produktion viel rascher in den Keller sackten (vgl. ebd.: 121). Durch die stark ausgeprägten regionalen Disparitäten und wirtschaftlichen Verteilungskämpfe radikalisierten sich sozioökonomische Spannungen und verkleinerten dadurch den ohnehin schwachen Konsens der Eliten für ein zentralistisch regiertes Jugoslawien.

Bis zum II. Weltkrieg versuchte die Regierung mit der Einbeziehung von Reformen, die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise abzuschwächen. Jugoslawien führte Monopole ein und gründete Staatsbetriebe auf der Basis von Investitions- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen. Die Schwerindustrie und Rüstung wurden gefördert, Preise subventioniert, der Agrarsektor durch Tilgung von Schulden stabilisiert (vgl. ebd.: 120 ff.). Allerdings waren nach Daten der Volkszählung 1931 nur 10,9 % der Einwohner Jugoslawiens in der Industrie beschäftigt (vgl. Ruppert/Haas 1981: 45).

Schon lange war Jugoslawien im Blickfeld rivalisierender Großreiche und Kapitalisten geraten. Als Exporteur landwirtschaftlicher Erzeugnisse und bedeutender Ressourcen, sehr wohl als auch wichtiger Absatzmarkt, war das Land als wirtschaftliche Randzone unverzichtbar geworden.

Für Deutschland erlangte das Königreich vor allem mit dem im Jahre 1934 initiierten „Neuen Plan“ große Bedeutung. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten sah man sich bewogen, Jugoslawien im Rahmen des „Neuen Plans“ wirtschaftlich auszubeuten. Im Rahmen eines Handelsvertrages von 1934 verpflichtete sich Deutschland, jugoslawische Landwirtschaftsprodukte zu einem höheren Preis als den Weltmarktpreisen einzukaufen. Im Gegenzug wurden in Kompensationsprozessen deutsche Exportwaren ausgetauscht (vgl. Suppan 1996: 115).

Zielsicher gelang es dem Reich, sukzessive zum wichtigsten Handelspartner des Vielvölkerstaates aufzusteigen. Nahm Deutschland zwischen 1931 und 1935 erst 14,1 Prozent der jugoslawischen Exporte ab, waren es 1936 bereits 25,44 Prozent und 1939 sogar 45,9 Prozent. Jugoslawien begab sich in eine gefährliche wirtschaftliche und damit auch politische Abhängigkeit. (Calic 2010: 132)

Im Zuge der Kriegsvorbereitung des nationalsozialistischen Deutschland 1938 spricht man bereits vom „Wirtschaftsraum Großdeutschland-Südost“. Im Austausch von Agrargütern und rüstungsrelevanten Ressourcen, wie etwa Kupfer oder Eisenerz, erhielt Jugoslawien Waffen und Flugzeugtechnik. „Um die Ressourcen vor dem Zugriff künftiger Feindstaaten zu sichern, sollten die Länder Südosteuropas dem Dreimächtepakt beitreten.“ (ebd.: 133)

Bei dem Dreimächtepakt, der vom Deutschen Reich, dem Kaiserreich Japan und dem Königreich Italien geschlossen wurde und mit dem Königreichen Ungarn, Rumänien, und Bulgarien, sowie der Slowakischen Republik erweitert wurde, handelt es sich um einen Vertrag, der militärische Kooperation versprach, aber auch politische und geographische Interessen und Einflussphären absicherte. 1941 trat Jugoslawien dem Pakt unter den immer stärker werdenden politischen Druck Nazideutschlands bei (vgl. Billing 1992: 8). Angesichts eines Staatsstreiches blieb die Mitgliedschaft jedoch auf zwölf Tage beschränkt. Jugoslawien wurde aufgelöst und unter den Achsenmächten Bulgarien, Italien, dem rasch gegründeten deutschen Satellitenstaat „Unabhängiger Staat Kroatien“ und dem Deutschen Reich aufgeteilt. Bulgarien annektierte Mazedonien, das italienische Albanien besetzte Montenegro, Italien annektierte Dalmatien und Hitlerdeutschland Slowenien (vgl. Roth: 2009: 210).

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise waren, neben verheerenden sozioökonomischen Folgen, die Umstrukturierung der kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsweise und eine Radikalisierung der politischen Landschaft, die den Aufstieg der faschistischen und kommunistischen Parteien begünstigte und die bürgerlich-liberalen Kräfte enorm schwächte. Sozialökonomische Spannungen wurden instrumentalisiert, indem religiöse Fragen in den Mittelpunkt der Probleme geschoben und die nationale Zugehörigkeit in Frage gestellt wurden. Diese Veränderungen gingen nicht nur in Jugoslawien vor sich, sondern in ganz Europa und in vielen anderen Teilen der Welt. Das Ergebnis dieser Transformation ist bekannt; der II. große Krieg auf globaler Ebene und der verlustreichste Konflikt in der Geschichtsschreibung mit Abermillionen von Toten und Kriegsinvaliden.

Und Jugoslawien? Jugoslawien hörte mit seiner Kapitulation am 17. April 1941 zu existieren auf.

2.3 Die Neugründung Jugoslawiens unter kommunistischem Banner

Kommunismus und Faschismus erfreuten sich immer größerer Beliebtheit in Europa, umso größer das Elend unter der Bauern und Arbeitern wuchs. So „[...] zog der Zweite Weltkrieg eine bedeutsame Ausdehnung eines regierenden Staatssozialismus in Osteuropa [...] nach sich.“ (Becker/Weissenbacher 2009: 16) In Jugoslawien konnte sich die kommunistische Idee aufgrund des rasant anwachsenden verarmten Proletariats und der gebildeten Schicht in den Städten, andererseits wegen des immer größer wachsenden Massenelendes unter der bäuerlichen Bevölkerung, schnell verbreiten (vgl. ebd.). Aber auch die bolschewistische Revolution von 1917 beeindruckten viele Jugoslawen. Seit je her hatten russische Ideen und Vorstellungen Einfluss – denn Russland wurde und wird von einigen Ländern Südosteuropas, wie etwa Griechenland, Mazedonien oder Serbien, als großer Bruderstaat betrachtet. Die rasant wachsende jugoslawische KP gewann bei den ersten freien Wahlen bereits 12,5 % der Wählerstimmen und wurde drittstärkste Fraktion in der Skupstina (Parlament). 1921 wurde sie in die Illegalität gedrängt, gewann jedoch trotzdem stetig an Zulauf.

Von einer „Wirtschaft Jugoslawiens“ im II. Weltkrieg kann nicht gesprochen werden. Die Regionen Südosteuropas waren einzig für die Ressourcenbereitstellung und Waffenproduktion Hitlerdeutschlands von Bedeutung. So wurden Bauxit aus Dalmatien, Eisenerz aus Bosnien-Herzegowina sowie Blei und Zink aus Serbien ausgebeutet. Zwischen 1941 und 1944 wurden Industriegüter aus Kroatien in der Höhe von 328,4 Mio. und von Serbien 91,2 Mio. Reichsmark zwangsweise abgeführt, Bergwerke, Infrastruktur und rüstungsrelevante Betriebe unter Kontrolle gestellt. 420.000 Menschen wurden deportiert und der Zwangsarbeit zugeführt. Die Nationalbank wurde ihrer Reserven beraubt. Über 2,5 Mrd. Reichsmark wurde von Jugoslawien für die Finanzierung der Wehrmacht und Besatzungskosten abgepresst. Die Löhne sanken bis zum Ende des Krieges auf 4/5 seines ursprünglichen Werts, auf der anderen Seite stiegen die Lebenshaltungskosten zwischen 1941 und 1943 um über 2700 %. Hierbei bewirkte die Inflation eine Umschichtung des jugoslawischen Volksvermögens. Während sich die Schulden der Landbevölkerung verringerten, schmolz das Gesparte der Mittelschichten und Stadtbewohner, Geld war von einem auf den anderen Tag nichts mehr wert. Um an Lebensmittel heranzukommen, verkaufte die Stadtbevölkerung alles Tauschbare zu Spottpreisen (vgl. Calic 2010: 155 f.). Neben der wirtschaftlichen Not waren die Folgen des Terrors spürbar: Völkermord, ethische

Säuberungen, Deportation, Zwangskonvention und Zwangskollektivierung, Zwangsarbeit und ein Niedergang der schon ohnehin nicht ausgeprägten Industrie und Wirtschaftsstruktur.

Zweifellos war der Sieg der JKP über Hitlerdeutschland im Jahre 1945 nicht ohne die Hilfe der jugoslawischen Bevölkerung, vor allem der Landbevölkerung möglich gewesen. Die jugoslawischen Partisanen wurden von ihnen gepflegt und mit Nahrung ausgestattet. Im Gegenzug wurden sie vor Übergriffen deutscher, bulgarischer und italienischer Besatzer, oder auch paramilitärischer Gruppen verteidigt. Die Mitglieder der kommunistischen Partisanen rekrutierten sich hauptsächlich aus Bauern, Kommunisten, Sozialrevolutionären, Patrioten oder Menschen, die nichts mehr zu verlieren hatten. Bis zum Ende des Weltkrieges gewann die JKP 800.000 Menschen als Partisanen, 305.000 Kämpfer mussten dabei ihr Leben lassen (vgl. ebd.: 168 f.). Der jugoslawische Sozialismus war also nicht im Sinne Marx ein Ergebnis klassischer Klassenkämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern ein Effekt nationalen Widerstandes. Nach dem II. Weltkrieg wird es den Partisanenführer Josef Broz, „Tito“, für viele Jahre gelingen, eine Union nach streng sozialistischem Vorbild zu etablieren, in der mehr oder minder alle Republiken als gleichberechtigte Partner existieren sollten und in der wenig Platz für Nationalismus und Separatismus mehr war. Wie ich noch aufzeigen werde, sollte sich die Realität anders gestalten, wie von Tito erhofft.

Die Nachwirkungen des II. Weltkrieges waren unübersehbar; Von den etwa 15 Mio. Jugoslawen, mussten etwa 1,7 Millionen Menschen ihr Leben lassen, 3 Mio. Menschen verloren ihr Obdach (vgl. Hofbauer 2001: 2; Calic 2010: 169, 184). Andere Quellen sprechen von etwa 500.000 toten Serben, 200.000 Kroaten und 100.000 Bosniaken, bzw. insgesamt 1 Mio. Toten (vgl. Roth 2009: 210). Nach der „Eigenbefreiung“ Jugoslawiens und der Anerkennung der KP durch eine Volksbefragung, war die sozialistische Idee nun Realität geworden. „Jedes der Völker erhielt einen eigenen Staat, dies war den Kommunisten wichtig. Jugoslawien bestand fortan aus sechs Republiken: Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Makedonien. Innerhalb Serbiens entstanden zwei autonome Gebiete, die Vojvodina und Kosovo.“ (Calic 2010: 181) Die neuen Teilrepubliken waren jedoch alles andere als homogene Einheiten. So machten die Kroaten 78 % und die Mazedonier nur 66 % der Bevölkerung in ihren jeweiligen Republiken aus. Institutioneller Föderalismus und die Schaffung des „Jugoslawen“ waren jedoch Kernstück und Grundvoraussetzung eines rekonstruierten Nationalstaates, unter kommunistischen Banner, „Brüderlichkeit und Einheit“ die heiligen Wörter einer neuen Solidarität (vgl. ebd.).

III Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens bis 1974

3.1 „Sozialistische Marktwirtschaft“ als Motor für wirtschaftliche Entwicklung?

Neben einer raschen Industrialisierung und Modernisierung des primären und sekundären Sektors (vgl. Ruppert/Haas 1981: 47) sah das Jugoslawienmodell eine Etablierung einer homogenen, gleichgestellten, von Nationalismen befreiten, und freien Gesellschaft im Sinne einer marxistisch-stalinistischen Ideologie vor. Abseits der Etablierung eines sozialistischen Wirtschaftsmodells waren sozialkulturelle Normen und sozialistische Werte tragende Grundpfeiler einer kommunistischen Konzeption. Sozialistische Werte waren etwa marxistische Weltauffassung, Weltoffenheit, Humanismus, Solidarität, Moral und Familie (vgl. Furtak 1975: 9 ff.).

Die Rahmenbedingungen einer klassenlosen Gesellschaft sollten sich allerdings nur zum Teil verwirklichen. Denn nach marxistischer Auffassung gingen Jugoslawiens Produktionsverhältnisse nicht aus der Transformation einer bürgerlichen Gesellschaft hervor, sondern gründeten sich auf der Basis einer Agrargesellschaft. Der Staat hätte erst sozialistisch ausgeformt werden müssen, um die Grundlage einer klassenlosen Gesellschaft bilden zu können, was in Jugoslawien nicht der Fall war (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 86). Trotz „nicht-marxistischer Bedingungen“ galt es, die vom Krieg verursachten Schäden wieder zu richten, ebenfalls verfolgte man nun strikt das Paradigma, sich wirtschaftlich zu entwickeln. Denn fast 300.000 Agrarbetriebe und ein Drittel der jugoslawischen Industrie wurden durch den Krieg systematisch vernichtet, unzählige Straßen, Schienen und Brücken völlig zerstört (vgl. Calic 2010: 184).

Nachahmen und Aufholen wurden zu tragenden Leitbildern der Nachkriegszeit, aber nicht nur für die kapitalistisch geprägten Staaten. Hierbei wurde das jugoslawische Wirtschaftswachstum von der JKP mit einhergehenden technischen Fortschritt, Modernisierung und Wohlstand verglichen, die mit den Instrumenten der Planwirtschaft und Industrialisierung bewerkstelligt werden sollten (vgl. Furtak 1975: 13).

Auffassung gründete sich einerseits auf die Geschichte Europas (und insbesondere Englands), andererseits aber auch auf den Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht. Der Glaube an die Industrialisierung wurde ergänzt durch die aus den traumatischen Erfahrungen von Weltwirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg entstandene Überzeugung, dass der Staat eine zentrale Rolle im Entwicklungsprozess zu spielen habe. [...]. Trotz unterschiedlicher Ansätze ließ sich der weltumspannende Konsens auf eine einfache Formel bringen: Entwicklung = Wirtschaftswachstum = staatlich initiierte/unterstützte Industrialisierung. (Fischer et al. 2004: 17)

Aufgrund der Verbundenheit zur kommunistischen Ideologie, und angesichts des Zweifels an die kapitalistische Marktwirtschaft, initiierte die KP Jugoslawiens eine Zentralverwaltungswirtschaft nach Vorbild der Sowjetunion. Bereits einige Monate nach Ende der Kampfhandlungen erfolgte eine unübersehbare Wende in der jugoslawischen Wirtschaftspolitik. Es galt durch Modernisierungsmaßnahmen, eine nachholende importsubstituierende Industrialisierung in Gange zu setzen (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 83).

Die Kommunisten verfolgten ein umfassendes Fortschrittsprojekt, das sie aus der Analyse der bürgerlichen Ökonomie und Gesellschaft entwickelten, als Antithese der kapitalistischen Marktwirtschaft. Kern der Ideologie bildete die sozialistische Theorie von Wachstum und Arbeit. Sie verfolgten drei große Ziele: zum ersten, Beschäftigung und Wohlstand zu genießen ohne jene negativen sozialen Begleiterscheinungen, die der Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert produzierte. Zum zweiten sollte der Teufelskreis wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von ausländischen Mächten durchbrochen werden. Drittens sollte die sozialistische Gesellschaft besser, gerechter, humaner und glücklicher sein. (Calic 2010: 183)

1945 besaßen nur 43,8 % der Landwirtschaftshaushalte einen Eisenpflug und 18,2 % einen Pflug aus Holz, 34 % besaßen nicht einmal die einfachsten Landwirtschaftgeräte (vgl. Calic 2010: 184; Becker/Weissenbacher 2009: 84). Die enorme Zerstörung der Infrastruktur, als gleich die technische Rückständigkeit im primären Sektor machte also eine Reform unausweichlich. Es wurde das "Gesetz über die Agrarreform und Kolonisierung" (Zakon o Agrarnoj reformi i kolonizaciji) erlassen, das die Verstaatlichung von Boden und die Enteignung der Großgrundbesitzer vorsah (Narodna Skupstina 1945). 1944 wurden bereits 80 % des Privateigentums in Schlüsselsektoren beschlagnahmt. So gewann der Staat 1,6 Mio. Hektar zurück (vgl. Calic 2010: 184 f.). Das Land wurde größtenteils an Bauern, aber auch an heimkehrende Widerstandskämpfer sowie KP-Mitglieder umverteilt – aufgeteilt wurde nach Kriterien, wie Größe der Bauernfamilie, Anbaumöglichkeiten und Verdienst um das Land oder die Partei. Maximal durften allerdings nur zehn Hektar pro Familie ausgegeben werden (vgl. Hofbauer 2001: 3). Zwei Jahre später erfolgte eine weitere Bodenreform, die eine Zwangskollektivierung großer Teile der Landwirtschaft vorsah. Hierbei wurden 300.000 Hektar beschlagnahmt (vgl. Calic 2010: 185).

„Unter dem Moto „Wiederaufbau ohne Rast!“ (Nema odmara dok traje obnova!) begann jetzt das große Aufräumen und Reparieren.“ (ebd.: 184) Ernten wurden eingeholt, Wälder wieder aufgeforstet. Die Wirtschafts- (wie etwa Straßen, Brücken, oder Schienen) und Sozialinfrastruktur (wie bsp. Wohn-, und Krankenhäuser, Schulen und Kulturstätten) sowie die Industrie wurden wieder aufgebaut. Ab November 1946 begann die Verstaatlichung von Industrie, Bankwesen und Großhandel. Dabei traf die Verstaatlichung in erster Linie Großgrundbesitzer, Kirchen, Banken und Unternehmer (vgl. Furtak 1975: 13 f.).

Das jugoslawische Wirtschaftskonzept war anfangs eine Adaption des sowjetisch induzierten Modells, das eine staatlich erzwungene Industrialisierung forcierte. Der industrielle Sektor sollte die überschüssigen Arbeitskräfte aus dem landwirtschaftlichen Bereich absorbieren, die Nachfrage nach Konsumgütern ankurbeln und das Wachstum der Ökonomie in Gange setzen. So verließen zwischen 1945 und 1953 1,5 Mio. Menschen den primären Bereich, um sich in der Stadt anzusiedeln, 800.000 wurden zu Pendlern und Nebenerwerbstätigen (vgl. Ruppert/Haas 1981: 58 ff.; Calic 2010: 185). Das Konzept des „Wiederaufbaues ohne Rast“ sollte die Transition beschleunigen, das Bildungsniveau heben, soziale Sicherheit bieten und den Wohlstand sowie die Volksgesundheit erhöhen.

Schon kurz nach dem Weltkrieg kam es zu großen Uneinstimmigkeiten zwischen dem südslawischen Vielvölkerstaat und den kapitalistischen Zentren, aber auch zu Streitigkeiten mit seinem großen Bruder UDSSR, denn das Land ging fortan einen eigenen „sozialistischen Weg“, der mit der Zeit auch marktwirtschaftliche Prinzipien zuließ (vgl. Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft 1967: 9). Jugoslawiens Sonderweg führte jedoch bereits nach kurzer Zeit zu einer schweren politischen Krise, die infolge in eine wirtschaftliche Katastrophe münden sollte.

Das Land arbeitete mit Griechenland, Bulgarien und Albanien an einem gemeinsamen Staatenbund. So wurde in der Griechischen Revolution von 1946 die revolutionäre KP offen unterstützt, was einem Schlag ins Gesicht der Briten gleichkam (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 85; Roth 2009: 211). Denn am Rande der Konferenz von Jalta (1945) wurde den antikommunistischen Briten der Mittelmeerraum zugesprochen, die nun um ihre Interessen bangten. Die Griechische Revolution war eine Antwort auf faschistoide Kräfte, die eine von den kapitalistischen Zentren geduldete Militärdiktatur errichten wollten. Zur größten Erregung kam es, als Jugoslawien zwei Divisionen nach Albanien schicken wollte, um die griechischen Kommunisten zu unterstützen (vgl. Furtak 1975: 16 f.).

Für Stalin waren die Idee einer Vereinigung aller südosteuropäischen Länder zu einem Block, eine Beleidigung an seiner Person als auch an seinem Führungsanspruch und ein Verrat an den gemeinsamen sozialistischen Idealen (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 85; Roth 2009: 211). Weder die kapitalistischen Zentren noch die Sowjetunion waren mit Jugoslawiens Emanzipation einverstanden, doch die Jugoslawen ließen sich nicht einschüchtern. In Wirklichkeit war man verärgert, dass die Sowjetunion während des II. Weltkriegs keine Waffen lieferte. Zudem war man verstört, als die UdSSR im Streit mit Italien um Triest sich nicht auf die Seite Jugoslawiens schlug. Der Versuch der Sowjetunion, sich das Monopol der jugoslawischen Rohstoffe und Absatzmarktes zu sichern, machte eine weitere Zusammenarbeit unmöglich (vgl. Furtak 1975: 16 f.). Da zu heißt es:

Die ersten Friktionen zwischen den befreundeten Ländern gehen schon in der Zeit des Krieges zurück, [...] als die Rote Armee schließlich 1945 nach Nordjugoslawien vorgestoßen sei, hätten die Aktivitäten der sowjetischen Dienste zugenommen, das Anwerben von Jugoslawen, besonders von Kommunisten in empfindlichen Positionen, wurde augenfällig und systematisch betrieben. (Becker/Weissenbacher 2009: 85)

Bereits 1945 ließ Tito verlautbaren, das Land wolle nicht „zum Spielball irgendeiner Politik der Interessensphären werden und von niemanden mehr abhängig sein.“ (Calic 2010: 190 zit. Tito 1945) Im Jahre 1948 eskalierte die Krise zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion. Der Vielvölkerstaat wurde aus der „KomInform“, einem supranationalen Staatenbündnis kommunistischer Parteien, dessen Sitz zur damaligen Zeit in Belgrad lag, ausgeschlossen. Es wurde ein Lieferboykott verhängt, auch von mit der Sowjetunion verbündeten Staaten. Die Folgen des „Tito-Stalin-Bruchs“ war ein Gütermangel, der mit der Verbindung einer Missernte im Jahre 1950, zur zwangsläufigen Öffnung des Landes Richtung Westen führte (vgl. Furtak 1975: 18).

Die ideologische Abkehr von der Sowjetunion förderte auf der anderen Seite pluralistische Strukturen. Gewisse Freiräume, etwa in der marxistischen Lehre, in der Kultur oder Literatur wurden nun gewährt, die Hand in Hand mit der Dezentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Staatsstrukturen einhergingen. Jugoslawien verstand sich zunehmend als sozialistischer Staat, der durch einen demokratischen Überbau legitimiert werden sollte. Das Land sah sich aber auch zunehmend als ideologischer Gegenpol zum sowjetischen Staatssozialismus und seiner politischen Einflussphäre (vgl. ebd.: 18 f.).

Hierbei waren zwei politökonomische Prinzipien vorherrschend, die diese staatliche Struktur mitprägen sollten; jenes Prinzip, welches die Dezentralisierung von politischen und ökonomischen Entscheidungen festlegte und jene Maxime, die die Einbindung, also die Partizipation, der Arbeiterschaft im Produktionszyklus vorsah (vgl. Bundeskammer der

Gewerblichen Wirtschaft 1967: 9). In diesem Zusammenhang führte die jugoslawische Regierung modellhaft die Arbeiterselbstverwaltung ein, die im Jahre 1957 Wirklichkeit wurde. Dabei galt die Arbeiterselbstverwaltung als „wirtschaftliches Kennzeichen des jugoslawischen Sozialismus.“ (Hofbauer 2001: 2) Im Gegensatz zu allen übrigen sozialistischen Staaten Europas war die spezifische Form der Arbeiterselbstverwaltung kein staatlich kollektiver Besitz, sondern einzig in den Händen der Arbeiter selbst.

Die umfangreiche Einbindung der Arbeiter und Angestellten in das politische und wirtschaftliche Leben verursachte allerdings die ersten sozialen Spannungen und Konflikte, da sie Diskrepanzen in der sozialen Stellung der Beschäftigten erzeugte. In diesem Zusammenhang meint Woodward, „dass der soziale Status Einkommen, soziale Leistungen sowie politische Rechte garantierte, welche die Mitbestimmung in der Produktion und Verteilung ermöglichte.“ (Woodward 2003: 76)

Mit Stalins Tod 1953 erfolgte eine Ära der Entspannung, wobei die Freundschafts- und Wirtschaftsbeziehungen wieder aufgenommen wurden. Denn mit der Wiederannäherung an die Sowjetunion glaubte Tito, die Unabhängigkeit des Landes auch in Zukunft gewährleistet sehen zu können.

3.2 Orientierung am Westen

Die Staatsstruktur Jugoslawiens, die mit der „freien Marktwirtschaft“ in Symbiose existierte, galt in der Zeit des Ost-West-Konflikts als liberalste Version unter den weltweit unterschiedlichen sozialistischen Staatssystemen (vgl. Furtak 1975: 22, 40 f.; Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft 1967: 9). Die Aufbauökonomie Jugoslawiens genoss wegen ihrer anfänglichen Effizienz sowohl in der nördlichen wie auch in der südlichen Hemisphäre hohes Ansehen und galt bis Ende der sechziger Jahre als Alternativmodell für die nachholende Entwicklung eines modernen Industriestaates. Hierbei wies das Land in den sechziger Jahren hohe Wachstumsraten des Bruttonationalprodukts (Hofbauer 2001: 2), effiziente Sozialprogramme, steigende Löhne und infolge eine hohe Lebensqualität auf, was neidvolle Blicke auch aus den westlichen Zentren auf sich zog. „Für manche war es ein System, das den Kapitalismus adaptieren könnte, manche sahen darin einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, andere einen Weg nachkapitalistischer Entwicklung. Wieder andere betrachteten es als sozialistisches Hoffnungsprojekt.“ (Becker/Weissenbacher 2009: 75)

Die Tragödie um das Ende Jugoslawiens ist nur mit den untrennbaren Veränderungen in der Staatenstruktur und im modernen Weltsystem selbst zu verstehen. Die Desintegration des Landes ging mit der Integration im kapitalistischen Weltsystem einher und endete zeitgleich mit der Auflösung der globalen Bipolarität und einer Neuordnung der kapitalistischen Welthandelsstruktur.

Das Land hat sich schon sehr früh als Exportnation in Stellung gebracht und war aufgrund des Bruches mit der Sowjetunion, was auch ein Ende von „solidarischen Wirtschaftshilfen“ einschloss, hauptsächlich auf kapitalistische Partnerländer angewiesen. Hierbei war die Dependenz Jugoslawiens zu den kapitalistischen Zentren nur kurze Zeit von einer Art ideologischer und politischer Ungebundenheit geprägt, wie dieses Kapitel nun zeigen wird.

Bereits mit der Verfassung von 1963 war die Einführung der Marktwirtschaft beschlossene Sache. „Der Markt und nicht der Plan sollte der wichtigste ökonomische Mechanismus sein“ (ebd.: 91). Jugoslawien öffnete sich dem modernen Weltsystem, in dem Exportunternehmen und Banken größere Freiheiten eingeräumt und die Löhne den Marktbedingungen angepasst wurden. Die Kreditvergabe wurde vereinfacht, die Produktion auf die Weltwirtschaft fokussiert, auf der anderen Seite wurde der Warenimport liberalisiert (vgl. Furtak 1975: 26, 42 f.; Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft 1967: 10 ff.).

Angesichts der Annäherung zu den kapitalistischen Zentren und hinsichtlich seiner politisch neutralen Position auf der Weltbühne konnte Jugoslawien die Vorteile beider großen Weltsysteme ausschöpfen; das Land war mit dem „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ assoziiert, was den Nutzen mit sich brachte, modernste Militärausrüstung und Maschinen zur industriellen und agrarischen Produktion aus den sozialistischen Ländern günstig importieren zu können (vgl. Roth 2009: 212). Der RWG war ein wirtschaftlicher Zusammenschluss sozialistischer Staaten, der unter der Führung der Sowjetunion gegründet wurde. Grundstruktur und Ziel des Wirtschaftsbündnisses war die Spezialisierung der Arbeitsaufgaben, die Standardisierung der Produktionsmittel und der Handel zwischen seinen Mitgliedern. Den Gegensatz zum RGW bildete die unter der Führung der USA stehende Organization for European Economic Cooperation (ab 1961 OECD). Das Konzept sah und sieht Demokratie und freie Marktwirtschaft vor und war ein wirtschaftlicher Zusammenschluss westlicher Staaten, um das vom II. Weltkrieg erschütterte Westeuropa wiederaufzubauen. Dagegen konnte der Staat auf Zollbegünstigungen, zuträgliche Kredite und großen Investitionen aus den kapitalistischen Zentren vertrauen (vgl. ebd.). So trat die föderalistische Republik dem „Allgemeinem Zoll- und Handelsabkommen“ bei und war

zudem Mitglied beim „Internationalen Währungsfonds“, als auch mit dem „Europäischen Freihandel“ assoziiert, was dem Land für ein Jahrzehnt internationalen politischen Einfluss und wirtschaftlichen Nutzen einbringen sollte (vgl. Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft 1967: 20).

Warum sollten ausländische Unternehmen und internationale Finanzkapital gerade in Jugoslawien Fuß fassen? Logischerweise aufgrund der Markterschließung, der nationalen Ressourcen, der Kostenersparnis und der Gewinnmaximierung. Andere Gründe waren etwa die Umgehung von Arbeits- und Umweltauflagen, niedrige Produktionskosten (Arbeit, Produktionsmittel, Infrastruktur) und Steuern sowie die geographische Nähe zu den kapitalistischen Zentren (vgl. Hornberg 1964: 4 ff.).

[...] Jugoslawien versprach enteignetes ausländisches Kapital in gewissen Umfang zu entschädigen und erhielt 1949 den ersten US-amerikanischen Kredit, die Rückgabe seiner Goldreserven, und eine kleine Weltbankleihe. Ein Handels- und Investitionsabkommen mit Großbritannien wurde abgeschlossen, US-amerikanische Lebensmittellieferungen bannten die Versorgungskrise. (Becker/Weissenbacher 2009: 85)

„Bis 1953 bekam Jugoslawien aus unterschiedlichen Töpfen 553,8 Millionen Dollar Hilfen. Allein aus dem UNO-Wiederaufbauprogramm erhielt es über 419 Millionen Dollar – den höchsten Betrag von allen europäischen Empfängern.“ (Calic 2010: 184) Es ging in der Zeit des bipolaren Kräftemessens ja auch darum, Jugoslawien vom sowjetischen Einfluss fern zu halten. Die USA glaubten, mit den Finanzhilfen einen Keil zwischen den sozialistischen Ländern treiben zu können. Dem war allerdings nicht so. Zwar orientierte sich Jugoslawien ökonomisch immer stärker an den europäischen Wirtschaftszentren, doch politisch verfolgte Tito auch weiterhin seinen Vorstellungen und Zielen.

Es kann also festgestellt werden, dass im sozialistischen Vielvölkerstaat sowohl kapitalistische als auch sozialistische Produktionsweisen nebeneinander existierten. Generell kann von einer auf Wohlstandswachstum orientierten Industrialisierung gesprochen werden, denn das jugoslawische Wirtschaftswunder baute und basierte von Beginn an auf Importsubstitution, bei gleichzeitiger Exportorientierung.

3.3 Die Goldenen Sechziger Jahre

Mit der Gründung der G-77 befand sich Jugoslawien am Zenit seiner politischen Größe. Die SFRJ war Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, die gleichzeitig die „Gruppe der 77“ in

der UNO mitartikulierten. 1963 gründete der autoritär herrschende Tito mit Jawaharlal Nehru (indischer Ministerpräsident von 1947-1964), Achmed Sukarno (Präsident und Diktator Indonesiens von 1967-1998) und Gamal Abdel Nasser (ägyptischer Staatspräsident von 1954-1970) die „Bewegung der blockfreien Staaten“. Die Bewegung der Blockfreien war ein staatenübergreifendes Bündnis, welches sich im bipolaren Konflikt meist neutral verhielt, die Überwindung der Blöcke forderte und sich für die Dekolonisation, ferner für die politische und ökonomische Gleichberechtigung und Emanzipation aller Staaten einsetzte. Die Gründung des Bündnisses erfolgte aus dem bipolaren Machtkampf zwischen der Sowjetunion und den USA. Im Falle einer wirtschaftlichen Gleichberechtigung und Zusammenarbeit blieb diese Vision allerdings nur auf den verfassten Erklärungen liegen (vgl. Fischer et al. 2004: 61). Dennoch war es ein höchstes Prestige, die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Blockfreien zu vertreten. Jugoslawien avancierte zum politischen global player, seine Außen- und Friedenspolitik wurde von der ganzen Welt geschätzt.

Die sechziger Jahre waren auch ein Jahrzehnt der Glanzleistungen in Sport und der optimalen Förderung von Bildung, Kunst und Kultur. Es war ein Jahrzehnt der Blüte des Kinos, wobei das Land als Mekka des europäischen Films galt. Sportstadien, Theater und Kulturhäuser wurden gegründet, gleichfalls fanden Radio, Fernseher und Telefon immer öfters Einzug in den jugoslawischen Haushalten.

Die Glaubensgemeinschaften konnten gleichwohl von der Transition profitieren. Ihnen wurden wieder mehr Freiheiten gewährt, denn die Säkularisierung kannte nach ihrer Etablierung keine Antagonisten mehr. Obwohl Religion mit dem atheistisch geprägten Realsozialismus nicht vereinbar war und in vielen sozialistischen Staaten unterdrückt wurde, wurde sie in Jugoslawien seit den sechziger Jahren geradezu ausnahmslos toleriert. Ganz im Gegenteil, die Errichtung von Kirchen und Moscheen wurde sogar aus staatlichen Mitteln finanziert. Denn Religion sah man als Element der Kultur und Tradition und damit als Bestandteil des sozialistischen Jugoslawismus an. Trotz religiöser Toleranz reagierte die JKP auf fundamentalistische Strömungen, wie ich noch aufzeigen werde, besonders sensibel und aufmerksam. Bereits bei kleinsten Anzeichen radikal-religiöser Tendenzen wurde alles unternommen, um diese im Keim zu ersticken.

Politisch pluralistisches Denken wurde ebenfalls geduldet und war innerhalb der Grenzen der marxistischen Ideologie sogar erwünscht. Intellektuelle genossen, wie sonst in keinem anderen sozialistischen Land, so viele wissenschaftliche und literarische Freiheiten. Unzählige

Schulen, Bildungsstätten und Fakultäten wurden gegründet, die Bildung und Ausbildung im großen Maße gefördert, sodass sich das Fachkräftereservoir und die Akademikerschicht ebenso vergrößerten. Konnte nach dem II. Weltkrieg nur jeder Zweite schreiben, so waren 1961 nur mehr 20 % Analphabeten existent. 1981 konnten bereits 97 % der 8-14jährigen lesen und schreiben (vgl. Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft 1967: 7; Calic 2010: 221). Staatliche Eingriffe führten auch zu tiefgreifenden Veränderungen in den sozialen Rollenbildern und der Tradition; die sechziger Jahre in Jugoslawien waren auch eine Zeit der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Kontraste, eine Zeit, treibend zwischen Tradition und Moderne (vgl. Ruppert/Haas 1981: 59). Berufs- und Familienstrukturen änderten sich grundlegend. Zunehmende Emanzipation, Individualismus und sozialistische Werte förderten zunehmend die Frauenselbständigkeit und Frauenerwerbstätigkeit. So waren 1964 29 % aller Beschäftigten, Frauen. Dagegen fand eine Ausbreitung städtischer Lebensformen statt. Starke Urbanisierungsimpulse förderten die Abwanderung in die Stadt. Im Jahre 1960 lebten nicht einmal mehr 20 % der Bevölkerung in Orten über 20.000 Einwohner (vgl. Calic 2010: 209, 219).

Jugoslawien galt als Vorzeigemodell eines nachholenden Entwicklungsstaates. Das jugoslawische Staatsmodell und Wirtschaftswunder beeindruckte nicht nur Schwellen- und Entwicklungsländer, sondern auch kapitalistische Zentren im höchsten Maße.

Hierbei entschied sich das Land für das Entwicklungsinstrument des Fünfjahresplanes, gepaart mit dem Instrument der freien Marktwirtschaft. Im Gegensatz zur Marktwirtschaft wurde die Planwirtschaft von einer zentralen Instanz geplant und durch Zuordnung von vorhandenen Ressourcen und Kapazitäten realisiert. Der erste nach dem Vorbild der Sowjetunion entwickelte Fünfjahresplan, 1947-52, sah den Aufbau einer gigantischen Maschinen-, Elektro-, und Waffenindustrie vor. Es sollte vermehrt Eisen und Kohle gefördert, der Agrarbereich sollte modernisiert werden. Die herrschenden regionalen Disparitäten sollten durch die Ansiedlung von Unternehmen in wirtschaftsschwachen Regionen, die hauptsächlich im Süden des Landes lagen, ausgeglichen werden (vgl. ebd.: 196).

Bis Anfang der sechziger Jahre galt für viele der Kommunisten, das sozialistische Projekt Jugoslawien als vollendet. In nur einem Jahrzehnt wurde das Land elektrifiziert, industrialisiert und modernisiert. So wuchs zwischen 1954 und 1964 das reale Bruttosozialprodukt im Durchschnitt um 8,6 % im Jahr, die realen Einkommen um 5,25 %, die Industrieproduktion um sage 12,25 %. In diesem Zweig lag Jugoslawien sogar vor der

Wirtschaftsmacht Japan. Bis 1965 hat sich die Industrieproduktion mehr als versechsfacht (vgl. Furtak 1975: 42 ff.; Calic 2019: 206). Der Wohlstand und Konsum verbesserten sich ab den sechziger Jahren stetig, die Sparquote betrug etwa 30 %, die Inflationsrate lag bei mageren 1,5 % (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 90; Calic 2010: 197). Es schien kein Ende des wirtschaftlichen Wachstums zu geben.

Möglich war das jugoslawische Wirtschaftswunder durch mehrere Umstände: erstens sprang die Weltkonjunktur an, die durch enorme Arbeitsplatz-, Produktions- und Produktivitätszuwächse, sowie erhöhte Konsum- und Investitionsausgaben gekennzeichnet war.

Zweitens erhöhte und verbesserten sich mit dem Aufbau einer nationalen Leicht- und Schwerindustrie die Warenproduktion und damit auch der Absatz. Jugoslawien schuf eine eigene Auto-, Flugzeug-, und Waffenindustrie (vgl. Ruppert/Haas 1981: 52). Zastava (kaufte und kauft Lizenzen von Fiat), Gorenje oder Ikarus etwa sind vielen auch noch heute ein Begriff. Tatsächlich konnte das Land mit Exportschlagern, wie etwa der Produktion von Waffen, Autos, LKWs oder Haushaltsgeräten, im Weltmarkt punkten. Gar die USA bestellten in den achtziger Jahren 100.000 „Yugos“ (Zastava).

Ein dritter Pfeiler der jugoslawischen Ökonomie war der Tourismus. Der Tourismus, ein starkes Zugpferd der Wirtschaft, war vor allem in Kroatien beheimatet - 1960 nahm der Staat durch den kroatischen Tourismus satte 275 Mio. US-\$ Steuern ein, das waren ganze 10 % aller jugoslawischen Devisen (vgl. Calic 2010: 215).

Zwar schaffte das Land den Übergang zum Industriestaat, doch woher kam das viele Geld, um diese Transition auch finanzieren zu können? Die Staatseinnahmen und Exporte stiegen stetig, doch diese fielen sehr bescheiden aus, um die gesamte wirtschaftliche Entwicklung auch finanzieren zu können. Der einzige Weg war also die Aufnahme von Auslandskrediten. Der Aufbau des Landes erfolgte also aus Schulden heraus, sozusagen auf Pump.

Und trotz der vielen Verbesserungen, Innovationen und positiven Entwicklungen verkleinerte sich das Nord-Süd-Entwicklungsgefälle kaum. Ganz im Gegenteil, die regionalen Disparitäten und die Abhängigkeit von den Zentren und den Bedingungen des Weltmarktes verstärkten sich sogar. Strukturelle Schwierigkeiten vergrößerten die Negativeffekte.

IV Das Absterben Jugoslawiens

4.1 Die Wirtschaftslage verschlechtert sich

Eine große Anzahl von Historikern sind der Auffassung, dass mit dem Tode Titos im Jahre 1980 und dem damit einhergehenden Wegfallen einer autoritären, integrativen, wie ebenfalls verehrten Herrschaftsperson die Föderation zu zerbröckeln anfang. Tatsächlich war er bemüht, die Volksgemeinschaften in einem gemeinsamen Nationalstaat zu befrieden. Kleinste Anzeichen nationalistischer Tendenzen erstickte der Marschall auf Lebenszeit bereits im Keim. Die schrecklichen Ereignisse im II. Weltkrieg, sollten dabei in Vergessenheit geraten, bestehende Feindseligkeiten und Aggressionen zwischen den Volksgruppen totgeschwiegen werden (vgl. Gelhard 1992: 61-62).

Andere Kenner der jugoslawischen Politszene behaupten allerdings, dass es unter der Fassade des Vielvölkerstaates schon immer bröckelte. Die Untersuchung kam als gleich zum selben Resultat, dass die Impulse für den Zusammenbruch schon früher hergeleitet wurden. Nämlich mit wirtschaftlichen und politischen Veränderungen im modernen Weltsystem, die von den kapitalistischen Zentren initiiert wurden.

Ende der sechziger Jahre veränderte sich das moderne Weltsystem nachhaltig, denn es schlug die Stunde der „Chicagoer Schule“. Es handelte sich hierbei um ein neues kapitalistisches Wirtschaftskonzept, entwickelt an der Chicagoer Universität, das eine neue Weltwirtschaftsordnung vorsah, die auf der Grundlage des vollkommenen freien Marktes basieren sollte. Denn nach der konzeptuellen Ausrichtung des neuen Wirtschaftsprogramms hatte das keynesianistische Nachkriegsmodell, das in den kapitalistischen Zentren vorherrschend war, schon lange ausgedient. „Hintergrund für diesen konjunkturellen Umschwung war eine Krise des Fordismus, dem Akkumulationsregime der Nachkriegszeit [...].“ (Weissenbacher 2005: 110, vgl. Fischer et al. 2004: 36)

Hierbei bezeichnet Weissenbacher [...] den Fordismus als historische Gestalt des Kapitalismus in der langen Expansionsphase von 1950-73, als sich Produktivität, Wirtschaftswachstum, Unternehmergewinne, steigende Reallöhne und expandierender Massenkonsum zu einer dynamischen Synthese verbanden. [...]. Außenhandel und Direktinvestitionen konzentrierten sich allerdings auf die Binnenmärkte der Industrieländer. Die Bedeutung der „Dritten Welt“ als Absatzmarkt ging zurück. [...]. Die exportorientierten Entwicklungsregime wichen einer importsubstituierenden Industrialisierung. [...]. Sowohl diese binnenorientierte Entwicklung in den Zentren als auch das Gegenstück Importsubstitution in der Peripherie brachten Wohlstandsgewinne. Der Erfolg dieser Strategien war aber von der positiven Konjunktorentwicklung abhängig und endete mit der expansiven Phase der Konjunktorentwicklung Ende der 1960er. (Weissenbacher 2005: 110 f.)

Fallende Profitraten und Überproduktion in den kapitalistischen Metropolen führten zu einer Weltwirtschaftskrise und einem Ende des keynesianistischen Wirtschaftsmodells. Grund für die fallenden Profitraten und der Überproduktion waren die viel zu hohen Profitraten in der Nachkriegszeit (vgl. Weissenbacher 2005: 110; Becker/Weissenbacher 2009: 91).

Das Ende des jugoslawischen Staates wurde also durch den rapiden Rückgang der Exportraten Ende der sechziger Jahre eingeleitet. Nämlich als die Finanzierung einer „nachholenden Entwicklung“ immer kostspieliger wurde, sodass das Land anfangs sich bei ausländischen Gläubigern, wie der Weltbank und dem IWF, zu verschulden.

Obwohl es Jugoslawien in den sechziger Jahren gelang, zur Industrie- und Exportnation aufzusteigen, deckte die Warenausfuhr der Jahre 1961 bis 1964 nur 2/3 der Kosten der Importe ab (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 91). Dagegen wuchs der Warenimport und die Nachfrage nach westlichen Gütern stetig an, die hauptsächlich durch Kredite finanziert wurden. Das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd vergrößerte sich dennoch unaufhörlich. Das Handelsbilanzdefizit führte andererseits zur negativen Zahlungsbilanz (vgl. Furtak 1975: 44).

Die ab Mitte der fünfziger Jahre, für den Weltmarkt zugeschnittene, Exportorientierung war von Beginn an übermächtiger Konkurrenz ausgesetzt. Obwohl Jugoslawien in einigen Industriesparten durchaus einige Erfolge zu verzeichnen hatte, fehlte es dem Land an der nötigen Flexibilität, Kreativität und Technologie, um sich den neuen Marktverbindungen anzupassen. Zugleich verschärften die andauernden Produktionsausfälle und Absatzprobleme, die durch Fehlplanung, Investitionsmangel und Misswirtschaft verursacht wurden, den ohnehin engen finanziellen Handlungsspielraum (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 91).

Vor dem Hintergrund einer dramatischen Verschlechterung der terms of trade und eines schrumpfenden Exportmarktes begann ein beträchtlicher Teil der staatlichen Einnahmen zu sinken. Lebenserhaltungskosten und Arbeitslosigkeit (1968 – 312.000 Arbeitslose - offiziell existierte keine Arbeitslosigkeit im Staatssozialismus), aber ebenso die Ausgaben des Staates, stiegen unaufhörlich (vgl. Calic 2010: 229). Der sozialistischen Regierung blieb – um der ökonomischen Krise entgegenzuwirken – die erzwungene Wahl, entweder die Produktivität zu steigern, die Arbeitskosten wie Löhne und staatliche Sozialleistungen zu senken, oder Kredite aufzunehmen (vgl. Nuscheler 2005: 359; Hofbauer 2001: 2 f.) Der marxistischen Ideologie verbunden, fasste die jugoslawische Regierung letztendlich den Entschluss, ausländische Kredite aufzunehmen, die Ende der sechziger Jahre aufgrund der

„Petrodollarschwemme“ sehr günstig waren (Als Petrodollar wird jenes Geld bezeichnet, das für den internationalen Handel mit Erdöl verwendet wird) (vgl. Fässler 2007: 131).

Im Unterschied zur Weltwirtschaftskrise von 1929, indem kreditgestützte Investitionen vermieden wurden, um die inflationären Folgen abzuschwächen, setzte die jugoslawische Regierung nun voll auf antizyklische Finanz- und Kreditpolitik, die allerdings durch die Aufnahme von beträchtlichen Schulden bei ausländischen Gläubigern erfolgte. Staatsverschuldung kann sich durchaus positiv auf die Wirtschaftslage eines Landes auswirken, wenn sie geschickt eingesetzt wird, mit der Sicherheit der Pünktlichkeit der Rückzahlung. Häufig dient die Schuldenaufnahme zur Deckung von kapitalen Staatsreserven oder für Investitionen in Großprojekte. Zum anderen sind sie manchmal notwendig, um die ökonomische und soziale Handlungsfähigkeit eines Staates zu garantieren. Zum Problem wird die Staatsverschuldung, sei sie nun kurz- oder langfristig, wenn sie einzig der Schuldentilgung und der Rückzahlung der Kreditzinsen bisher aufgenommener Kredite dient.

Als Mitglied des IWF und anderer Finanzinstitutionen und zur damaligen Zeit stabiles Land hatte die Föderation auch keinerlei Probleme, die Kredite zu bekommen. Dabei wurde Jugoslawien von den Gläubigern förmlich bedrängt, sich zu verschulden, man wollte ja den Staat so rasch wie nur möglich ökopolitisch abhängig machen.

Der IWF, eine Sonderorganisation der UNO war dafür gedacht, die internationalen Währungen durch Vergabe von Krediten zu stabilisieren und bei Zahlungsschwierigkeiten zu helfen. Er hatte allerdings auch die Aufgabe, die vom II. Weltkrieg massiv erschütterte Weltwirtschaft wieder aufzubauen und zu restrukturieren sowie den Weg für die Expansion des Welthandels zu ebnen. In den letzten dreißig Jahren kam den Organisationen die Aufgabe zu, die durch das moderne Weltsystem hervorgerufenen „Marktschwierigkeiten“ zu beseitigen und die Finanzmärkte zu stabilisieren (vgl. Becker et al. 2007: 160 ff.). Der im Jahre 1944 von Jugoslawien mitbegründete Internationale Währungsfond war als gute Idee erdacht, allerdings entwickelte er sich aufgrund des mehrheitlichen Stimmenanteils der kapitalistischen Zentren als Instrument, um die Zentrum-Peripherie Raumordnung aufzufüllen und zu festigen. Die Zentren diktieren über 85 % Stimmenanteil und verfügen hiermit über eine qualifizierte Mehrheit, die ihnen absoluten Einfluss und Macht sichert. Allein die Vereinigten Staaten verfügen gegenwärtig über 16,74 % Stimmenanteil (vgl. Fässler 2007: 146). Mit der Mehrheit der Stimmen in der Finanzorganisation sichern sich die Zentren ökonomischen und politischen Einfluss über die Peripherien zu. Zentren sind Kapitalgeber,

Peripherien, Kreditnehmer. Dazu heißt es; „[...] dass es sich hierbei um Instrumente US-amerikanischer Politik handele [...] zumal IWF und Weltbank ihre Kreditvergabe an politische Bedingungen knüpften und dies immer noch tun“ (Fässler 2007: 146; vgl. Nuscheler 2005: 515). Obendrein hat sich der Vielvölkerstaat zu den Bretton Woods-Auflagen verpflichtet, die die nationale Währung an die internationale Leitwährung, dem Dollar, koppelte. Das System des Leitkurses geht auf den starken Dollar zurück, der durch die größten globalen Goldreserven abgedeckt wurde. Damit verlor Jugoslawien das Instrument des Wechselkurses und so verkleinerte sich der Spielraum des ohnehin instabilen nationalen Finanzmarktes (vgl. Fässler 2007: 147). Nach all den Abhängigkeitsfaktoren zu urteilen wäre Jugoslawien, fiskalpolitisch betrachtet, zu keiner Zeit souverän gewesen.

Als Mitte der siebziger Jahre, aufgrund der amerikanischen Finanzierung des Vietnamkrieges des von der „Organisation Erdöl exportierender Länder“ initiierten Ölschocks und angesichts des Zusammenbruchs des Bretton Woods-Systems, der US-Dollar immer knapper wurde, rasten die Zinsen für die aufgenommenen Kredite in unerschwingliche Höhen. Grund für die Anhebung der Zinsen war, dass die Kredite nur mehr zu variablen Zinssätzen vergeben wurden (vgl. Nuscheler 2005: 360; Becker et al. 2007: 167 ff.). So verfünffachten sich die Staatsschulden zwischen 1973 und 1981 von 4,6 (5 % des BIP) auf 21 Mrd. US-\$, die Kreditzinsen verdreifachten sich im selben Zeitraum von 5,8 auf 16,8 % (Calic 2010: 256).

Die ökopolitische motivierte Anhebung der Ölpreise erreichte am Weltmarkt bis zu 400 % des ursprünglichen Preises und kam einem weltweiten politischen und wirtschaftlichen Schock gleich. Am schlimmsten betroffen waren Länder der Peripherie, die meist nicht über eigenes Erdöl verfügten, oder aufgrund der Verschlechterung der terms of trade hohe Kredite aufnehmen mussten, um Energieträger oder Waren importieren zu können (vgl. Fässler 2007: 133 f.).

Das Resultat war, dass Jugoslawien, wie auch unzählige andere Schuldner, allen voran Länder des Südens, in den Staatsbankrott glitten oder ganz knapp vorbei. Die Folgen waren allerdings breiter gefächert; als Reaktion zu diesen Ereignissen wuchs die Arbeitslosigkeit sprunghaft an, Inflation und Staatsverschuldung stiegen in unvergleichliche Höhen (vgl. ebd.: 134). Noch heute leiden viele Schwellen- und Entwicklungsländer an den Folgen dieser in den sechziger und siebziger Jahren aufgenommenen Staatsverschuldung (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 74; Becker et al. 2007: 175 f.).

Um der Wirtschaftskatastrophe Herr zu werden und die Probleme lösen zu können, wurde trotz der enorm hohen Zinsen erneut um Kredite angesucht. Um jedoch an neues Kapital zu gelangen, musste das Land den von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfund auferlegten Konditionen, wie der Liberalisierung des Finanzkapitals und der Handelsliberalisierung sowie der externen Beeinflussung der nationalen Einkommens- und Arbeitspolitik zustimmen, kurz gesagt, so genannte „Strukturanpassungsprogramme“ hinnehmen (vgl. Nuscheler 2005: 366 ff.; Hofbauer 2001: 4; Fischer et al. 2004: 46 f.). Strukturanpassungsprogramme sind Konzepte des IWF und der Weltbank, die an die Vergabe von Krediten geknüpft sind. SAPs basieren auf kapitalistische Prinzipien und sehen eine Deregulierung der Wirtschaftspolitik, die Öffnung des nationalen Marktes und die Privatisierung von Staatseigentum, im Sinne der freien Marktwirtschaft vor.

Obwohl Jugoslawien niemals in seiner Geschichte so eine schwere Wirtschaftskrise erlebte, erfuhr das Land bis Anfang der achtziger Jahre die größte Investitionswelle aller Zeiten. Investitionen wurden getätigt, die nicht der Wirtschaftsleistung des Landes entsprach. Gespart wurde überhaupt nicht, stattdessen wurde ständig neues Geld gedruckt (vgl. Calic 2010: 256). Das Land hatte es Anfang der achtziger Jahre tatsächlich zur Konsumnation geschafft: jeder Zweite lebte in der Stadt, die Wohnungsnot wurde durch Prestigebauten verringert. Das Land war elektrifiziert und industrialisiert, jede noch so kleine Stadt wies eine hohe Infrastruktur auf. Jeder fünfte hatte ein Fernsehgerät zu Hause, bereits jeder Zehnte besaß ein Auto. Die Einkommensverteilung entsprach die des Westeuropas (vgl. ebd.: 279).

Mitte der achtziger Jahre erlahmte die jugoslawische Volkswirtschaft zunehmend. Spätestens seit Ende der achtziger Jahre blieben neue Investitionen aufgrund von Kapitalmangel aus. Strukturmaßnahmen der Weltbank und des IWF, wie etwa Lohnkürzungen und Abwertung des Dinars, schwächten die jugoslawische Ökonomie erheblich. Mit diesem tiefen Einschnitt verlor Jugoslawien seine Souveränität, beziehungsweise wurden die Kompetenzen auf die private Sphäre verlagert, was zu einer endgültigen Einverleibung Jugoslawiens in das Weltwirtschaftssystem führte.

4.2 Dezentralisierung des Wirtschafts- und Finanzsystems, Reorganisation und Reformblockaden

Eine andere Methode, um die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen und die ökonomischen Aktivitäten zu steigern, war die Bildung von autonomen Einheiten. Ethische

Minderheiten bekamen weitestgehende Rechte zugesprochen, der ökonomische, soziale und sicherheitspolitische Bereich erfuhr eine weitgehende Dezentralisierung (vgl. Woodward 2003: 77 f.; Hofbauer 2001: 2 f.). Die im Jahre 1974 neu gestaltete Verfassung stärkte die Republiken und nun autonomen Provinzen in einem Ausmaß, was zur Folge hatte, dass sich die Unterschiede zwischen den reichen Norden und den armen Süden weiterhin vergrößerten (vgl. Furtak 1975: 54 f.). Die Verfassung schloss auch einen Autonomiestatus Kosovo-Metochiens und der Vojvodina mit ein. Serbien wurde politisch und wirtschaftlich geschwächt, die Teilrepubliken wurden Staaten im Staat, die geschaffenen Autonomiegebiete Staaten dieser Teilrepublik – die schlechtesten Voraussetzungen für das Funktionieren und Bestehen einer Nation. Die geschaffene „föderalistische Verhandlungsdemokratie“, bot bei jeder Verhandlung eine Aufladung und eine weitere Entwicklung nationalistischer Tendenzen. Sozialismus wurde dabei nicht als Mittel der Partizipation, Gleichheit und Solidarität verstanden, sondern als Instrument nationaler Polarisierung und Separation.

[Es wurde argumentiert, dass] das Hauptziel des Sozialismus sei, dass jeder über die Resultate seiner/ihrer Arbeit bestimmen könne. Dieses Prinzip gelte auch für die Nationen. Die Dezentralisierung Jugoslawiens sei eine Voraussetzung für das Funktionieren der Selbstverwaltung. Da Selbstverwaltung die einzige wirkliche Demokratie sei, sei Dezentralisierung auch eine Voraussetzung für Demokratisierung. [...], dass der Staat in einer Übergangsphase verschwinden würde und das Regierungsmodell in Richtung direkter Demokratie transformiert werden sollte. (Becker/Weissenbacher 2009: 89 zit. nach Jovic 2003: 174 f.).

Wie in allen anderen sozialistischen Ländern zu beobachten war, etablierten sich seit Beginn der siebziger Jahre in den Kommunistischen Parteien neue Eliten, die weniger ideologisch und stattdessen pragmatischer waren. Diese fühlten sich nicht mehr an die sozialistische Ideologie gebunden, sondern verfolgten das wirtschaftliche Paradigma als neue Idee.

[Dazu heißt es, dass] [...] die alten staatssozialistischen Technokratien den schwachen Keimen von Parlament erlaubt haben, sehr rasch aus der schwachen Zivilgesellschaft in die Machtforen hoch zu wachsen, statt sie nach unten in Richtung auf die Gesellschaft wachsen zu lassen. Auf die politische folgte die rasche ökonomische Transformation. Die Hauptbegünstigten dieses Prozesses, der in den jeweiligen Gesellschaften etwa zehn Jahre dauerte, waren niemand anders als die spätstaatssozialistische Technokratie und Wirtschaftselite. (Becker/Weissenbacher 2009: 48)

Die von dem IWF und von den USA abgenötigten Reformen fanden vor allem in den hoch entwickelten Teilrepubliken Slowenien und Kroatien maßlosen Anklang, da sich diese von der Föderation schon seit längeren ausgenutzt fühlten. Das Hauptmotiv war, dass Slowenien und Kroatien die einzigen Nettozahler in dem so genannten „Republikenausgleichsfond“ waren (vgl. Furtak 1975: 162). Dieser Mechanismus sorgte für die faire Verteilung von finanziellen Ressourcen an die jugoslawischen Teilrepubliken, die nach einem nationalen Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt wurden. Sozusagen sah sich der reiche Norden immer

weniger bereit, die Hauptkosten für den verarmten Süden, vor allem für die Teilrepublik Kosovo-Metochien, die 60 % der Ressourcen verschlang, zu tragen, der Hauptprofiteur der finanziellen Leistungen des Ausgleichsfonds war (vgl. Billing 1992: 10; Becker/Komlosy 2004: 196). Im Gegensatz zur Teilprovinz Kosovo-Metochien verfügte beispielsweise Slowenien nämlich über ein achtmal höheres pro Kopf-Einkommen. So lag die Teilrepublik im Jahre 1990 mit einem Bruttoinlandsprodukt von 5.500 US-\$ pro Kopf vor den EG-Staaten Portugal (4.300 US-\$) und Griechenland (5.300 US-\$). Der Kosovo galt dabei als entwicklungsschwächste Region mit 730 US-\$ BIP pro Kopf (vgl. Becker/Komlosy 2004: 196; Furtak 1975: 156 ff.). Was von der slowenischen und kroatischen KP-Führung stets verschwiegen wurde, war die Tatsache, dass der Norden im Gegenzug subventionierte Rohstoffe, Nahrungsmittel und Halbfertigprodukte vom Süden erhielt (vgl. Furtak 1975: 162). Das bedeutet, dass die industriellen Zentren hochwertige Produkte produzierten, die teilweise in den Export gingen, während dem Süden die Rolle eines Rohstofflieferanten zukam, der sich mit einer fortlaufenden Verschlechterung der terms of trade zufrieden geben musste. Einem jeden Jugoslawen ist noch die frische Bergmilch aus den Hochebenen Sloweniens ein Begriff. In Wirklichkeit kam die Milch, die die jugoslawische Bevölkerung trank, aus Serbien, die in Slowenien lediglich abgefüllt und unter slowenischen Namen verkauft wurde. So förderte die Führung Jugoslawiens im großen Maße die Exportindustrien Sloweniens und Kroatiens, die bereits im österreichischen Kaiserreich eine bedeutende Rolle spielten, vernachlässigten jedoch gleichzeitig die ökonomischen Randzonen des Südens (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 90).

Geld gegeben wurde an jugoslawische Betriebe, die schon auf einer vorkapitalistischen Ebene arbeiteten, andere bekamen nichts; was unter anderem die Mentalität, die Betriebe auszuplündern, solange noch etwas zu holen war, nicht unerheblich förderte – eine erfolgreiche westliche Bankenstrategie zur Zerstörung des Produktionsmodells Jugoslawien. (Becker/Hödl/Steyrer 2005: 47)

Die Industrie Sloweniens produzierte hoch qualitative Produkte für den Export. Daher war es den in den siebziger Jahren entstandenen und nun etablierten Wirtschaftseliten ein Anliegen, die Produktion und den Handel auszuweiten, und demnach Profit zu erwirtschaften, was mit einem sozialistischen Wirtschaftsmodell undenkbar gewesen wäre (vgl. Woodward 2003: 79). Als die Teilrepubliken zunehmend nationale Wirtschaftsreformen formulierten, begann auch die Debatte darüber, wie die zukünftige Wirtschaftsform Jugoslawiens gestaltet werden müsse. Sogar gegen den Willen des IWF, der ein einheitliches, für ganz Jugoslawien vorgesehenes Stabilisierungsprogramm ausarbeitete, beabsichtigte Slowenien die Dezentralisierung der jugoslawischen Zentralbank.

Mit der Forderung nach juridischer und ökonomischer Unabhängigkeit, als auch nach der Einstellung der Einzahlungen in den „jugoslawischen Geldtopf“, kam es zur ersten politischen Krise. Die slowenische Führung begann nun unabhängig Steuern einzuhoben sowie nationale Interessen im jugoslawischen Parlament zu formulieren. Das slowenische Argument war, dass die Ressourcen umgeleitet werden müssten, um neue Investitionen und Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichgerichtet schlossen sich die anderen Teilrepubliken den slowenischen Forderungen an und formulierten in der Folge ebenfalls permanent ethnationale und separatistische Politiken (vgl. Woodward 2003: 80; Hofbauer 2001: 6).

Mit der Dezentralisierung ökonomischer Entscheidungen auf regionaler Ebene verlor Jugoslawien mit einem Schlag einen großen Teil seiner Steuereinkünfte und damit bedeutende Instrumentarien wie die Steuerung und Gesamtplanung seines Bundeshaushalts. Hingegen war die Umsetzung einer inflationären Finanzpolitik mit einer voranschreitenden Regionalisierung der Nationalbank auf Republikebene nicht mehr möglich. Das Ergebnis war eine hohe Staatsverschuldung, eine einsetzende Hyperinflation, eine ineffiziente und verlangsamte Produktion, sinkende Lebensqualität und das Ende eines gemeinsamen Finanzsystems. Konkomitierend wurde mit der Dezentralisierung von politischen Entscheidungen die „nationale Frage“ nun endgültig hinauf beschworen.

Um den vom IWF auferlegten Verpflichtungen nachzukommen, wurde vor allem die Bevölkerung im Süden Jugoslawiens in den für den Staat günstigen informellen Sektor und in die Substistenzwirtschaft gedrängt. Parallel verlaufend wurden die sozialen Leistungen aufgrund der Staatssanierung schrittweise eingeschränkt. Der von den Ökonomen erhoffte Wirtschaftsaufschwung fand allerdings nicht statt und mit der Verschärfung der Finanzkrise Ende der achtziger Jahre, die gespartes Geld und Vermögen über Nacht wertlos machte, begann die Solidarität zwischen den Volksgruppen endgültig zu bröckeln. Nun begann der Verteilungskampf um Ressourcen wirtschaftlicher Natur. Für die ökonomische Misere wurde dann jeweils die andere Volksgruppe verantwortlich gemacht.

Die tiefe Krise des Staatssozialismus löste eine verschärfte Konkurrenz um Arbeitsplätze und den Zugriff auf zur Privatisierung anstehende Betriebe aus. In Staaten mit hoher Regionalisierung der Entscheidungskompetenzen, wie dies in Jugoslawien der Fall war, versuchten die führenden Vertreter der Teilrepubliken, sich über die föderalen Strukturen wichtige Ressourcen anzueignen. Aber auch Sektoren der abhängig Beschäftigten suchten in ethnischen Netzwerken einen Schutzmechanismus gegenüber sozialen Abstieg. Damit erhielten nationalistische Tendenzen beträchtlichen Auftrieb. (Becker/Hödl/Steirer 2005: 33, vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 74)

Dazu meint Weissenbacher, dass: „indem der Staat die Fähigkeit verliert, gesellschaftlich integrativ zu wirken, er auch den neutralen, vermittelnden Status zwischen den gesellschaftlichen Klassen verliert.“ (Weissenbacher 2005: 115)

Vor allem fruchtete der Nationalismus in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien, da sich dort einerseits eine große ethnische Minderheit befand, andererseits weil in diesen Gebieten die desaströsesten ökonomischen Bedingungen vorherrschten und die Armut und Arbeitslosigkeit am höchsten lagen. Während sie in Slowenien praktisch nicht vorhanden war und in Kroatien nur in bestimmten Regionen, wie etwa in Dalmatien im hohen Maße auftrat, prägte sie das Gesellschaftsbild in den südlichen Teilen Jugoslawiens.

So soll Ende der achtziger Jahre die Arbeitslosenrate in Bosnien bei fast 40 % gelegen haben, in der südserbischen autonomen Provinz Kosovo-Metochien sogar bei 60 %. 1984 waren 60 % der Arbeitslosen unter 25 Jahre und 25 % der gesamten Bevölkerung lebten unterhalb der Armutsgrenze (vgl. Woodward 2003: 81; Hofbauer: 2001: 5). Der durchschnittliche Reallohn eines jugoslawischen Arbeiters war um 40 % zurückgegangen. 1987 sollen von den etwa 24 Mio. Jugoslawen 6,7 Millionen Haushalte ihre Lebenserhaltungskosten nicht mehr über die reguläre Erwerbstätigkeit haben decken können. Finanztransfers von Verwandten aus dem Ausland, der Regress auf Subsistenzwirtschaft, Formen von informeller Arbeit sowie Schmuggel und andere kriminelle Machenschaften standen den Konsistenzen formeller Erwerbstätigkeit gegenüber.

Ein kritischer Punkt war 1987 erreicht, als in vielen Teilen Jugoslawiens die Löhne eingefroren wurden. Auslöser für die ausstehenden Löhne waren massive Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel. Landesweite Proteste, unerlaubtes Fernbleiben vom Arbeitsplatz und Betriebsversammlungen, aber auch die Furcht vor der zukünftigen ökopolitischen Entwicklung prägten das Land zu jener Zeit (vgl. Hofbauer 2001: 3 f.; Becker/Komlosy 2004: 195).

Die mühsam erreichten wirtschaftlichen Entwicklungsfortschritte wurden über Nacht zunichte gemacht. Ein Rückgang der industriellen Produktion und die verschärfende Konkurrenz auf dem Weltmarkt führten zum dramatischen Exporteinbruch und zum Rückgang des Binnenkonsums. So beliefen sich 1983 die Auslandsschulden Jugoslawiens auf 12 Mrd. US-\$ (20% des BIP) und 1989 auf knapp 20 Mrd. US-\$ (40% des BIP) (vgl. Hofbauer 2001: 23).

1989 gelang es dem letzten jugoslawischen Ministerpräsidenten Ante Markovic, den endgültigen Zusammenbruch der nationalen Ökonomie ein letztes Mal abzuwenden, als auch

die Schulden, die bei den IWF aufgenommen wurden, zu halbieren. Trotz der kurzen wirtschaftlichen Erfolge wurde die Reformbewegung systematisch von den Teilrepubliken Slowenien und Kroatien aber auch von Serbien boykottiert und untergraben.

Slowenien weigerte sich, die Zolleinnahmen aus den Grenzstellen abzuliefern und Kroatien hob zu jener Zeit, interne Abgaben auf Erdöllieferungen an bosnische und serbische Abnehmer ein. [...] Belgrad belastete slowenische Waren mit einem Importzoll und betrachtete [...] die nördlichste Teilrepublik ökonomisch als Ausland. (Hofbauer 2001: 6). [Es galt die Devise] [...] Nord gegen Süd, Süd gegen Nord, Republik gegen Republik. (Becker/Komlosy 2004: 196)

Vor allem aber gab es Schattenseiten in Markovic radikaler neoliberaler Wirtschaftspolitik und die hatten ihren Preis: Subventionen und Löhne wurden eingefroren, das sozialistische Eigentumsrecht und die Arbeiterselbstverwaltung wurden abgeschafft, Betriebe nicht mehr subventioniert und vorsätzlich in den Ruin getrieben (vgl. Calic 2010: 297). Ein neues Finanzhandelsgesetz sah für Betriebe und Unternehmen - die dreißig Tage zahlungsunfähig waren - vor, dass Gläubiger die Kredite in Firmenanteile umwandeln oder die Firma in den Konkurs schicken konnten. So wurden in den Jahren 1989 248 und 1990 889 Unternehmen zerstört und insgesamt 615.000 Mitarbeiter entlassen (vgl. Hofbauer 2001: 5).

Im gleichen Atemzug wurden zoll- und bewilligungsfreie Importe genehmigt. Waren 1989/90 85 % aller Importe mit Zöllen belegt, so änderte sich diese Zollpolitik. Mitte 1991 gab es so gut wie keine Zolleinnahmen mehr. Dumpinggüter aus China überschwemmten den nationalen Markt. Jugoslawische Waren wurden nicht mehr gekauft und verschwanden rasch aus den Regalen der Märkte. So wurden 1990 landwirtschaftliche Produkte im Wert von 1,8 Mrd. US-\$ importiert, aber nur für 900 Mio. US-\$ exportiert. Unbegreiflich für ein mitunter geprägtes Agrarland mit dem Teilexportfokus auf landwirtschaftliche Agrargüter. Das Maß aller pervertierten Wirtschaftsmaßnahmen war mit dem Import ungarischer Milch erreicht (vgl. Becker/Komlosy 2004: 197).

Dagegen machte die stetig anwachsende und vom IWF und Kreditgebern abgenötigte Hyperinflation die jahrelang hart ersparten Kapitalvermögenswerte der Jugoslawen zunichte. Die Hyperinflation sollte bewirken, dass der jugoslawische Dinar gegenüber der DM und dem US-\$ an Wert verliert, um eine „Konvertibilisierung“ zu erreichen. Ziel war es, den Dinar wertlos zu machen, die Preise zu erhöhen (Preiserhöhungen von 1000 %), das angesparte Volkseigentum zu enteignen, in dem das Geldvermögen durch Hyperinflation (1988 2700 %) entwertet wurde und im Gegensatz dazu die Westwährungen als Parallelwährung zu etablieren (vgl. Hofbauer 2001: 23; Gelhard 1992: 71).

[Dazu heißt es, dass] [...] die Hyperinflation zur Abschöpfung jener Geldmengen diene, die im neuen, konvertibel ausgerichteten System auch in ihrer Nachfragefunktion nicht mehr gebraucht würden. Man konnte selbiges in fast alle „Reformstaaten“ nach 1989 beobachten. Nicht dollarisierte Geldmengen waren für den Weltmarkt insofern gefährlich, als Investitionen oder Importe in ein Land ohne entsprechende Dollar- bzw. DM-Konvertibilität keinen kapitalistischen Sinn ergaben. Deshalb mussten die angesparten Werte der Bevölkerungsmehrheit enteignet werden. (ebd.: 6)

Jugoslawien erhielt weitere Kredite vom IWF und der IBRD, um den in den siebziger Jahren aufgenommenen Schuldendienst zu tilgen und notwendige Importe zu finanzieren. Dafür musste das Land den Dinar an die D-Mark, im Verhältnis von 7:1 kuppeln, Preise und Löhne einfrieren, die Staatsausgaben minimieren und den nationalen Markt für internationales Kapital öffnen. Der nun erstarkte Dinar machte Exporte unmöglich, andererseits verursachten die anhaltenden Importe ein katastrophales Handelsbilanzdefizit.

„Anfang 1991 betrug der Schuldenberg gegenüber ausländischen Banken 18. Mrd. US-\$. [...] Die staatliche Summe von 30. Mrd. US-\$ floss zwischen 1981 und 1991 unter dem Titel „Schuldendienst“ aus Jugoslawien. Kapital ging [...] von Ost nach West.“ (Hofbauer 2001: 6)

Zwischen 1990 und 1991 ging die Erzeugung von Industrieprodukten um ein Fünftel zurück. Das Realeinkommen sank um weitere 15%, womit es auf Niveau der früheren siebziger Jahre abgesackt war. Das für 1991 befürchtete und schließlich auch eingetretene Ausbleiben der Touristen aus dem nördlichen und westlichen Europa leerte die Staats- und Republikskassen zusätzlich. (Becker/Komlosy 2004: 196)

Insgesamt ging die jugoslawische Volkswirtschaft im Jahre 1990 um 10 % zurück (vgl. Hofbauer 2001: 23).

Mit dem Anwurf der Geldpresse (1990), verpasste der damalige serbische Präsident Slobodan Milosevic dem internationalen Finanzkapital einen schweren Schlag ins Gesicht. In einer Nacht- und Nebelaktion ließ Milosevic etwa 16-18 Mrd. US-\$ in Dinar drucken und ausständige Löhne an Staats- und Gemeindebedienstete ausbezahlen (vgl. Billing 1992: 12; Becker/Komlosy 2004: 197). Dem IWF-Sanierungsplan, der ja gerade auf Geldverknappungspolitik und Lohnkürzungen beruhte, war damit der Todesstoß versetzt worden. „Bankraub“ und „Falschgeldskandal“ riefen dabei die slowenischen und kroatischen Politiker (vgl. Hofbauer 2001: 7). Mit der Geldvermehrung wurde Milosevic zum unwiderruflichen Hassobjekt der Konzerne, Finanzorganisationen und der Zentren und folgend fand ein Umdenken statt, Reformvorhaben zunächst auf Slowenien zu konzentrieren (vgl. ebd.: 23).

Westliche Finanzblätter titelten mit empörten Losungen: „Entmachtung der Nationalbank“ und „Serbiens Selbstbedienungssozialismus“ [...]. Die Inflationsanheizende Maßnahme von Milosevic, in Krisenzeiten auf die Druckerpresse der Notenbank zurückzugreifen, noch dazu ohne jede Rücksprache mit IWF-Washington, stempelte ihn zum Feind der freien Marktwirtschaft. Jeffrey Sachs übersiedelte von Belgrad nach Ljubljana, offensichtlich, weil sein Zwangssanierungsprojekt in ganz Jugoslawien nicht mehr durchsetzbar schien und er von nun an auf die nördlichen Teilrepubliken setzte. 1992 wurde die Mitgliedschaft Jugoslawiens bei IWF und Weltbank „eingefroren“ [...]. (ebd.: 7)

Der in den kommunistischen Zentralkomitees Sloweniens und Kroatiens neu entstandene Wirtschaftseinfluss war zu dieser Zeit schon lange nicht mehr an einem sozialmarktwirtschaftlichem Modell Jugoslawiens orientiert, sondern verfolgte bereits die Einführung der „freien Marktwirtschaft“ sowie eine von Jugoslawien unabhängige „Demokratisierung“.

Ihnen standen titoistische Hardliner gegenüber, die für den weiteren Erhalt Jugoslawiens und der sozialistischen Gesellschaftsordnung eintraten und jegliche nationalistische oder separatistische Bewegungen bis zu dieser Zeit im Keim erstickten (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 74).

Derweilen hatte sich nach dem Ableben Titos ein drittes politisches Kollektiv herauskristallisiert, eine Fraktion, die ab den achtziger Jahren offen nationalistische Interessen verfolgte und diese dann auch immer öfters in politischen Gremien artikulierte. So implizierten die serbischen Nationalisten 1989 die so genannte „antibürokratische Revolution“, die mit der Aufhebung der beiden im Jahre 1974 von Tito ausgerufenen autonomen serbischen Provinzen Kosovo-Metochien und der Vojvodina endete (vgl. Gelhard 1992: 73). Den Hintergrund bildete das von der „Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste“ herausgegebene „Sanu-Memorandum“, in der Kritik über das von Tito gegründete Jugoslawien und die politische und ökonomische Benachteiligung der Serbischen Nation geübt wurde. Denn im Gegensatz zu den im Jahre 1974 neu geschaffenen Autonomien Vojvodina und Kosovo verweigerte man den Serben den Autonomiestatus in den kroatischen Regionen Ostslawonien und Krajina sowie in Regionen Bosniens, die hauptsächlich von ihnen bewohnt wurden (vgl. Calic 2010: 275).

Folglich protestierten alle Teilrepubliken gegen die Auflösung der Autonomien und gegen das nun ungleiche Stimmengewicht im jugoslawischen Staatspräsidium, da Serbien statt vier nun acht Stimmen besaß. Ihrer Ansicht nach war der Stimmenzuwachs erschwindelt, außerdem würde der enorme Einfluss der Serben das ökopolitische Gleichgewicht in der dezentralistischen Struktur Jugoslawiens bedrohen (vgl. Roth 2009: 213; Furtak 1975: 162 ff.). Der Gegenschlag kam prompt; die Teilrepubliken reagierten mit eigenen nationalen Programmen.

Bereits seit der Gründung des zweiten Jugoslawien hatten sich die Serben in allen Teilrepubliken über proportional etablieren können, da sie, vom Prinzip her, die Stimmenmehrheit in der Kommunistischen Partei bildeten. Aus diesem Grund gelang es ihnen, vor allem die höheren Positionen auf Beamtenebene sowie in der Bundesarmee zu besetzen und erweckten bei den anderen Volksgruppen Misstrauen und Ablehnung für das gemeinsame jugoslawische Projekt (vgl. Furtak 1975: 162 ff.; BBC - ORF 1996: Abs. 3-5/30). Wie dargelegt, hatte schon im jugoslawischen Königreich die Angst vor einer serbischen Dominanz im Staatapparat vorgeherrscht. Die unregelmäßige Verteilung der Staatsposten sowie die politische und administrative Benachteiligung Kroatiens und Sloweniens mündeten auch schon damals in politischen Spannungen, die die Frage um einen dezentralen oder zentralistischen Staat nur anheizte. Nach dem serbischen Stimmenzuwachs im Staatspräsidium und einer Neupositionierung der Staatsmacht rief die sich emanzipierende slowenische Teilrepublik, den Ausnahmezustand aus. Folgend reagierte Belgrad mit einer Wirtschaftsblockade und dem Abbruch aller Beziehungen zu Slowenien. Zur gleichen Zeit etwa radikalisierten sich die kroatischen Stimmen, die von der katholischen Kirche unterstützt ebenfalls Sezessionsbestrebungen hegten. Nach diesem Vorfall wurde auch die Teilrepublik Kroatien mit einem Wirtschaftsembargo belegt.

Dabei blickten die „Nationen“ nicht nach innen und versuchten nicht, ihre Probleme zu lösen, eine funktionierende Wirtschaft, einen Staat und moderne Institutionen aufzubauen, sondern sie blickten nach außen und nutzten einander als abschreckendes Beispiel. [...] Probleme wurden nicht gelöst, sondern auf die andere Nation projiziert. [...] Was sich „Nationalismus“ nannte, war überall nur der Vorwand dafür, die Probleme der eigenen Gesellschaft eben nicht anzupacken. (Becker/Hödl/Steyrer 2005: 215)

4.3 Das Ende des slawischen Vielvölkerstaates

Im Frühjahr 1990 wurde am XIV. und letzten (außerordentlichen) „Parteikongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens“ ein Versuch unternommen, die gefährliche Staatskrise abzuwenden. Doch gegen alle slowenischen und kroatischen Vorschläge, die unter anderem die weitere Dezentralisierung von ökopolitischen Bereichen, die Aufhebung des Wirtschaftsembargos sowie die Wiederherstellung der Autonomien Kosovo-Metochien und der Vojvodina vorsahen, wurden Einwände gefunden. Ebenso waren die Slowenen und Kroaten mit Milosevics Re-Zentralisierungsmaßnahmen, die anstelle von autark operierenden Teilökonomien eine mächtige, vereinheitlichte Nationalwirtschaft vorsah, nicht einverstanden (vgl. Billing 1992: 11f.; Calic 2010: 274, 298).

Nach der Wahlniederlage verließen die Republikspräsidenten von Slowenien und Kroatien, die möglicherweise schon längst eigene Pläne um die Unabhängigkeit ihrer Staaten hegten, demonstrativ geeint den Parteikongress, der sogleich abgebrochen wurde. Die Führung Bosnien-Herzegowinas, die die Forderungen unterstützten, hielt sich insgesamt aus dem Konflikt noch heraus, denn ein Zusammenbruch Jugoslawiens würde auch ein Ende Bosnien-Herzegowinas bedeuten. Denn wenn in einem gemeinsamen Jugoslawien schon ein Zusammenleben nicht möglich war, wie sollte es in einem „Kleinjugoslawien“ möglich sein? Doch auch unter der bosnischen Führung hatten sich schon längst nationale Tendenzen gebildet, die eine Loslösung von Jugoslawien forderten, und auch die Europäische Gemeinschaft stellte die Unabhängigkeit nun in den Raum.

Praktisch hörte mit Ende des XIV. Parteikongresses der Bund der Kommunisten Jugoslawiens zu existieren auf (vgl. BBC - ORF 1996: Abs. 5/30).

Im April folgten, ausgenommen in der Republik Mazedonien, die ersten freien Wahlen. Ausgelöst wurde die Demokratiewelle durch die im Jahre 1985 von Gorbatschow verkündeten Reformen. Die bipolare Logik und Konfrontation existierte nicht mehr, Sozialismus und Brüderlichkeit wurden zu „Dingen“, die von vielen nur mehr als Ballast empfunden wurden. Erstmals in der Geschichte der sozialistischen Länder Südost- und Osteuropas, ermöglichte die Demokratiewelle echte freie Wahlen. Aber anstatt mit dem Instrument der freien Wahlen stabile demokratische Verhältnisse zu schaffen, die Jugoslawien möglicherweise weiter bestehen hätten lassen können, wurde genau das Gegenteil bewirkt. Nämlich die Einleitung des letzten Kapitels des Absterbens Jugoslawiens.

Nur in den Teilrepubliken Serbien und Montenegro gelang der Kommunistischen Partei die Sicherstellung der parlamentarischen Mehrheit. Die von den Kommunisten gegründete „Allianz der Reformkräfte Jugoslawiens“ war die einzige Partei, die für den Erhalt Jugoslawiens eintrat. Die Bewegung wurde allerdings zu spät gegründet und nahm bei den ersten Mehrparteienwahlen in Slowenien und Kroatien gar nicht teil. Stattdessen wurden ausschließlich Parteien gegründet und dann folglich gewählt, die eine nationalistische, separatistische oder religiöse Basis aufwiesen.

Nach der gescheiterten Verfassungsreform, die eine endgültige Zersplitterung Jugoslawiens in eine lose Union vorsah und von Serbien abgelehnt wurde sowie nach der Proklamation einer eigenen serbischen Republik (Republika Krajina) in Kroatien, stimmten 1991 die Parlamente Sloweniens und Kroatiens für ein Ausscheiden aus der SFRJ und für die Unabhängigkeit. Wie

bei einem Dominoeffekt erklärten sich, bis auf Montenegro, auch alle anderen Teilrepubliken bis Ende des Jahres als unabhängig. Mit dem Austritt aus der Bundesrepublik entschieden sich die Republiken für die Selbstbestimmung und gegen einen gemeinsamen multinationalen Vielvölkerstaat. Ein bevorstehender Bürgerkrieg wurde dabei in Kauf genommen.

Kurz nach den Referenden über das Ausscheiden aus dem jugoslawischen Staatenverbund eskalierte die Krise in Slowenien. Dem waren Gewaltakte vorausgegangen. Mit dem Ausstieg der Teilrepubliken Kroatien und Bosnien-Herzegowina aus dem jugoslawischen Staatenbund sollte der blutigste Bürgerkrieg in Europa seit dem Ende des II. Weltkrieges unrühmlich in die Geschichte eingehen. „[Hierbei sollte] der slowenische Separatismus [...] zum Schlüssel für die westeuropäische und US-amerikanische Osterweiterung (EU und NATO) in diesem Raum werden, der Auftakt für ihre militärische, politische und wirtschaftliche Präsenz am Balkan.“ (Hofbauer 2001: 8)

Weltwirtschaftskrise, der Jahrelang andauernde Bürgerkrieg in Kroatien und Bosnien, Wirtschaftsembargo, als gleich ein völkerrechtswidriger Nato-Bombenhagel auf Serbien (Artikel 35 des Ersten Zusatzprotokolls des Genfer Völkerrechtsabkommen) im Jahre 1999 hatten dramatische wirtschaftliche Folgen: Einzig bis auf Slowenien, das 1999, das BIP pro Kopf von 1989 erreichte, mussten alle ehemaligen Teilrepubliken enorme Wohlstandverluste hinnehmen.

In Bosnien-Herzegowina betrug das [...] (BIP) rund 800 US-\$ pro Kopf gegenüber 2.000 im Jahr 1989. In Serbien wurde das Pro-Kopf-Einkommen von rund 2.200 US-\$ in 1989 auf 700 US-\$ nach Kriegsende hinuntergebohrt. Auch Makedonien, das bis Anfang 2001 von direkten Handlungen verschont blieb, musste zwischen 1989 und 2000 eine Einbuße im Wohlstandsniveau von einem Drittel hinnehmen“ [...]. Der südslawische Raum, der zwischen 1950 und 1980 noch ein durchschnittliches jährliches Wachstum des BIPs von knapp 10% verzeichnete, ist heute all jener ökonomischen Entwicklung beraubt, die in den vergangenen 50 Jahren stattgefunden hatten. Die Industrieproduktion ging in allen Republiken dramatisch zurück: in Bosnien-Herzegowina zwischen 1989 und 1998 um 80% in Makedonien um 55%, in Kroatien um 45% und in Slowenien um 26%. Serbien wurde im NATO-Krieg komplett deindustrialisiert. [...] Gleichzeitig wurde der Binnenmarkt für Westwaren geöffnet, die rasch die einheimischen Erzeugnisse verdrängten. Die Richtungsänderung im Außenhandel folgte dem Muster einer selektiven Anbindung: Verarbeitungsgrad und technologischer Input der Exportwaren sind deutlicher niedriger als jener der importierenden Güter. Es entstand ein strukturelles Handelsbilanzdefizit [...] mit laufend sich verschlechternden Terms of Trade. Dieses Defizit muss – wie für periphere Räume üblich – durch Kapitalimporte in Form von Auslandsinvestitionen oder Auslandsverschuldung finanziert werden. (Hofbauer 2001: 14)

Am 3. Juni 2006 hörte Jugoslawien mit dem Ausscheiden Montenegros endgültig auf, zu existieren.

V Ethnizität, Kultur, Sprache und Religion – endogene Verschuldungsfaktoren oder Instrumente des Nationalismus und Separatismus?

5.1 Übergang und Transformation

In diesem Kapitel gehen wir der Frage nach, inwieweit endogene Faktoren das Absterben des Vielvölkerstaates beeinflussten und wenn zu bejahen, in welchen Ausprägungen dies geschah. Ich habe sehr lange überlegen müssen, welche Kennzahlen die geeignetsten wären, um die Theorie des Staatenzerfalls im Zusammenhang mit Jugoslawien logisch nachvollziehbar und nur so objektiv wie möglich darzustellen. Hierbei entschied ich mich für die Dimensionen Ethnizität, Sprache, Kultur und Religion, da diese essenzielle Rahmenbedingungen abbilden, um die sozioökonomische Realität des ehemaligen Jugoslawiens auch illustrieren zu können. Unbestritten ist die Tatsache, dass es zu großen Umbrüchen in der jugoslawischen Gesellschaft gekommen war. Ab den achtziger Jahren war nichts mehr so, wie es einmal war: Nach Titos Tod herrschte große Unsicherheit und der Zweifel an nationaler Autorität und gemeinsamer Identität. Der Glaube an staatliche Institutionen und an die herrschende soziale Ordnung zeigte bereits schwere Ermüdungserscheinungen. Mit verursacht wurde diese Situation vom Schwächeln der Sowjetunion und seinen Satellitenstaaten, aber auch von den Veränderungen im kapitalistischen Wirtschaftssystem.

In diesem Abschnitt gehen wir der gegenteiligen Frage nach, nämlich: Welche endogene Realitäten, wenn diese vorhanden waren, könnten den jugoslawischen Staatszerfall bewirkt haben und in welcher Weise geschah dies aus theoretischer Sichtweise?

5.1.1 Ethnizität

Um den Begriff Ethnie, handelt es sich [...] um eine „Gruppe von Menschen [die] durch den Glauben an eine gemeinsame Herkunft, durch Gemeinsamkeiten von Kultur, Geschichte und aktuellen Erfahrungen verbunden sind und ein bestimmtes Identitäts- und Solidarbewusstsein besitzen. Aus diesen Selbstzuschreibungen [...], ergibt sich eine Abgrenzung zu anderen Ethnien eine Gruppenidentität, welche die Unterschiedlichkeiten in nationale Gegensätze umdefiniert; dabei können jedoch Selbst- und Fremdefinition durchaus Spannungselemente enthalten. Ethnizität – oder ethnische Identität – ist somit nur sehr bedingt objektiv wahrzunehmen und zu beurteilen, [...]. Es ist daher [...] ausgesprochen schwierig und mitunter riskant, bestimmte historische Verhaltensweisen oder Äußerungen als „ethnisch“ einzuordnen. (Roth 2009: 24 f.)

Viele Menschen vertreten den Standpunkt, dass ein Staat, der so viele unterschiedliche Volksgruppen beherbergte, von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Tatsächlich war in keinem anderen Land Europas die Bevölkerung so heterogen zusammengesetzt, wie es im ehemaligen Jugoslawien der Fall war. 27 Volksgruppen, ohne Untergruppen ([selbstbezeichnende] Jugoslawen, Serben, Kroaten, Bosniaken, Slowenen, Albaner, Montenegriner, Roma [genauer genommen Sinti, Aschkali], Ungaren, Slowaken, Tschechen, Bulgaren, Rumänen, Deutsche [Gottscheer], [Alt-] Österreicher, Italiener, Juden [Aschkenasim, Orthodoxe, Sephardim], Goranen, Russinen, Walachen [Aromunen, Meglenorumänen, Dakorumänen, Istrorumänen], Türken, Balkan-Ägypter, Bunjewatzen, Sokci, Janjevci, Torbeschen, Pomaken) waren in Jugoslawien beheimatet.

„[Hierbei] bestand Jugoslawien aus sechs Nationen, fünf Kulturen, vier Sprachen, drei Religionen und zwei Alphabeten, aber nur aus einer politischen Partei.“ (Anonymus o. J. zit. Tito) Ursprünglich setzte sich Jugoslawien aus 4 Nationen (Serben, Montenegriner, Kroaten, Slowenen) und 3 Kulturen zusammen. Die Makedonier bekamen nach dem II. Weltkrieg eine eigene Nation, 1968 wurden die Bosniaken aus Bosnien-Herzegowina offiziell zur sechsten Volksgemeinschaft aufgewertet. Nach Titos Machtergreifung mussten nationale Identitäten nicht unterdrückt werden, „da sie ja ein historisch notwendiges Durchgangsstadium zum Sozialismus [...] [darstellen].“ (Calic 2010: 182) 1,2 Mio. Menschen (5,4 % der Bevölkerung) bezeichneten sich 1981 als Jugoslawen (vgl. ebd.: 293). Seit den sechziger Jahren lag die Anzahl der Mischehen bei stabilen 12 % (vgl. Furtak 1975: 155).

Obleich sich eine gemeinsame Schicksalsgemeinschaft gebildet hatte, wurde Jugoslawien dennoch seit seinem Bestehen von ethnischen Konflikten heimgesucht, die allerdings erst ab Ende der achtziger Jahre des vorherigen Jahrhunderts an voller Intensität gewannen. Nationalisten erkannten, dass „Volkszugehörigkeit“, ebenso wie „Religion“, „Sprache“ und „Kultur“, Mobilisierungspotentiale aufwiesen, die Imstände waren gewollte und bestimmte Krisensituationen herbei zu beschwören. Die jeweilige andere Volksgruppe wurde als Täter konstruiert, selber sah man sich natürlich in der Opferrolle. Die Täter-Opfer-Konstruktion erzeugte Emotionen, die wiederum Nationalbewusstsein und Volksgruppenzugehörigkeit schuf. Die Politologin Irene Etzerdorfer bringt es auf den Punkt: als „ethnisch bezeichnet [sie] gerade all jenes, was den Menschen nicht gemeinsam ist und sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen lässt. Es ist die Berufung auf eine Besonderheit, die den jeweils „anderen“ mangelt; allerdings bedarf es genau dieser „anderen“, um die Unterschiede überhaupt festzustellen.“ (Etzerdorfer 2007: 188)

Mit der Manifestierung in „wir“ und den „anderen“ machten sich die neu entstandenen Eliten der Teilrepubliken die Solidarität und das erwachende Nationalbewusstsein der Volksgemeinschaften zu Eigen. Wie oft in der Geschichte illustriert, konnten Eliten schon immer von schlechter Gestellten profitieren, in dem sie ihre Mobilisierungskraft, Unzufriedenheit und

In der politischen Auseinandersetzung wurde die Historie umgedeutet und dadurch das Denken und Handeln der Volksgruppen beeinflusst. Unter dem Deckmantel der unbedingten Einigkeit folgte eine Mythologisierung von nationalen Symbolen, Nationalgeschichte, Herkunft und Kultur. Zur nationalen Euphorisierung trugen obendrein Folkloren, Gedichte, populäre Volksmusik und volkstümliche Balladen bei, die sinnstiftenden emotionalisierende Wirkungen erzeugten und zur Massenkultur erhoben wurden (vgl. Calic 2010: 318).

Gleichzeitig begannen Debatten und Diskussionen über Systemalternativen und die Zukunft Jugoslawiens. Über Dokumentation, Filme, Literatur und Prosa verbreiteten regionale Eliten, Medien, Wissenschaftler und Künstler, Gerüchte, Unwahrheiten, Feindbilder und Stereotype und schnürten damit Ängste, Hass und Rachegefühle unter den Volksgruppen (vgl. ebd.).

5.1.2 Sprache

Obwohl Sprache als Instrument des Zusammenhalts einer Gruppe fungiert und sowohl für Staatenbildungs-, als auch Staatenauflösungsprozesse von enormer Bedeutung ist, behaupte ich, dass der endogene Faktor Sprache vernachlässigt werden kann.

Die im jungen Königreich Jugoslawien implizierte serbokroatische Sprachregel kann durchaus als Instrument des jugoslawischen Nationsbildungsprozesses verstanden werden (vgl. Roth 2009: 28). Die im sozialistischen Jugoslawien durchgeführte Kultur- und Sprachpolitik hingegen, unterdrückte keine Dialekte und Sprachen oder hob eine bestimmte hervor. Denn, wie bereits erwähnt, wurden nationale Identitäten nicht unterdrückt, da sie ja als ein Durchgangsstadium zum Kommunismus betrachtet wurden (vgl. Calic 2010: 182). Der Staat tolerierte, ja förderte gar die große Vielfalt kultureller und sprachlicher Unterschiede. Basissprache war das Serbokroatische, das aus dem stokavischen Sprachzweig des Serbischen und Kroatischen hergeleitet wurde (vgl. Furtak 1975: 156). Es herrschten und herrschen einzig zwei Basisdialekte, die gleichermaßen von Serben, Kroaten, Bosniaken und Montenegrinern gesprochen wurden und werden: das ijekavische und das ekavische Serbokroatisch. Die jugoslawischen Amts- und Schulsprachen waren neben dem

Serbokroatischen, Slowenisch, Makedonisch und Albanisch. Schulbücher und Lerninhalte wurden auf die jeweilige Sprache übersetzt und vermittelt.

In der jugoslawischen Kulturgeschichte gab es lediglich zweimal einen „Sprachenkonflikt“, als im Jahre 1967 140 kroatische Literaten wegen angeblicher „Serbisierungstendenzen“ protestierten. Der Protest richtete sich gegen das Fehlen des Kroatischen in der Literatursprache. Den Forderungen wurde rasch nachgegeben. Das Kroatische fand neben den bereits bestehenden Literatursprachen Serbisch, Slowenisch und Makedonisch Einzug in der jugoslawischen Literaturwelt. Gleichzeitig jedoch stellten die Kroaten im Jahre 1970 ihre Mitarbeit an einem gemeinsamen serbokroatischen Wörterbuch ein (vgl. Furtak 1975: 169).

Obwohl die Sprache für Staatenbildungsprozesse an der Wende zum 20. Jahrhundert, vor allem in Südosteuropa, von enormer Bedeutung war, konnte diese nicht in dem Maß instrumentalisiert werden, wie von manchen Nationalisten und Sezessionsprofiteuren vielleicht erhofft. Bis auf Slowenien und Mazedonien, als auch in der serbischen autonomen Provinz Kosovo-Metochien, wurde in Jugoslawien nämlich größtenteils Serbokroatisch gesprochen. So war es, bis auf die Slowenen, Mazedonier und Albaner unmöglich, sich von den anderen Volksgruppen durch eine eigene Sprache zu differenzieren, da sie ja ein und dieselbe Sprache sprechen. Beispielsweise

Nach dem Absterben Jugoslawiens kann sehr wohl von einer Neupositionierung und Nationalisierung der Sprache gesprochen werden. Hauptmerkmal der restrukturierten Sprachen ist beim Kroatischen etwa die Beimengung von Kroatizismen, oder beim Bosnischen durch die Beimischung von Turzismen. Es findet also eine Wiederbelebung alter Begriffe und Wörter statt. So ist das heutige Serbokroatische vieler Bosniaken durch die Beimischung von unzähligen türkischen, arabischen und persischen Lehnwörtern geprägt (vgl. Völkl 2002: 212 f.).

5.1.3 Kultur

Wirtschaftlich, politisch und kulturell drifteten die Republiken ab Mitte der siebziger Jahre immer weiter auseinander. Zunehmend wurde der öffentliche Diskurs durch nationale Interessen beherrscht. Vor allem gewann die Dimension Kultur an bedeutender Brisanz. Deutlich wurde die bereits sehr fortgeschrittene Dezentralisierung durch einen Bildungsstreit 1983, als sich Slowenien weigerte, jugoslawische Lerninhalte in den Fächern Sprache und

Literatur zu übernehmen. Hierbei beschwerte sich die slowenische Literaturschicht „über einen unbotmäßigen Eingriff in die slowenische Kulturhoheit.“ (Calic 2010: 277)

Ein anderes Beispiel für konstruierte Kulturdifferenz war die Überarbeitung der Enzyklopädie Jugoslawiens. Diesem war ein Streit zwischen serbischen, bosnischen und kroatischen Historikern, um die historischen Geschehnisse im Land vorausgegangen. Trotz großer Polemiken gelang Mitte der achtziger Jahre die Fertigstellung der Enzyklopädie. Im Mittelpunkt des Nachschlagwerkes standen jedoch nicht Gemeinsamkeiten, sondern hauptsächlich die Revision Titos. Zu diesem Zeitpunkt galt Tito schon lange nicht mehr als Vater sozialistischer Brüderlichkeit und Einiger der jugoslawischen Nation. Vielmehr konstruierten die Verantwortlichen Tito als eitlen cholerisch machhungrigen alten Greis (vgl. ebd.: 286). Tito wurde demontiert und als Sündenbock für die vielen Probleme verantwortlich gemacht. Indirekt half seine Person mit, den Nationalbildungsprozess der Teilrepubliken voranzutreiben. Das Ergebnis der Neuorientierung waren Polarisierung, Misstrauen, aber auch die Vorstellung eines eigenen Nationalbewusstseins. Von Reformen und einer Erneuerung der jugoslawischen Staatsstruktur war keine Rede mehr.

Kultur wurde von den Eliten instrumentalisiert, um sich von „fremden Kulturen“ abzugrenzen und ein nationales Selbstbewusstsein zu konstruieren. „[Dabei] baut man auf dem Vorhandenen auf – auf Sprache, Religion und besonderen Lebensweisen.“ (Wallerstein 2004: 525) Kultur sind also auch soziale Beziehungen, die auf den Prinzipien der Macht beruhen (vgl. Faschingeder 2004: 135). Und tatsächlich waren differierende Kulturen im ehemaligen Jugoslawien existent. Wer allerdings die Realität im ehemaligen Jugoslawien ein wenig kannte, weiß, dass neben einer slowenischen, mazedonischen und albanischen Kultur auch eine gemeinsame „jugoslawische Kultur“ existierte. Obwohl die „vier großen Nationen“ (Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro) durch unterschiedliche Religion separiert waren, verband sie nichts desto trotz, eine gemeinsame kulturelle Identität. Diese gemeinsame kulturelle Identität basierte auf einer gemeinsamen Abstammung und einer gemeinsamen Sprache.

5.1.4 Religion

In Jugoslawien war Religion offizielle Privat- und Familiensache. Religionsfreiheit wurde garantiert und überdies begünstigt, da man sie als sozialen Motor einer Gesellschaft betrachtete. Nach der Anfangs harten Gangart gegenüber religiösen Wertevorstellungen und

Lebenswelten, wurde ab den siebziger Jahren damit begonnen, unzählige Gebetshäuser und theologische Schulen zu errichten. Denn die Kommunisten hatten erkennen müssen, dass Religion Teil der Kultur, Tradition, Selbstidentifikation, aber auch der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ist.

Weniger toleranter zeigte sich die regierende KP im Umgang mit Glaubensgemeinschaften. Sie waren für den Staat aus drei Gründen ein Dorn im Auge. Erstens galt die Religion für die Kommunisten als Quelle der Volksverdummung, des Nationalismus und des Chauvinismus. Zweitens standen Geistliche unter Verdacht als kompromisslose Gegner der kommunistischen Ordnung. Und drittens hemmten religiös fundierte Nationalidentitäten den Aufbau eines supranationalen Staatsverständnisses. Deswegen erhielten die Religionsgemeinschaften zwar gewisse Freiräume, wurden aber streng vom Staat observiert (vgl. Calic 2010: 187).

So wurde Alija Izetbegovic, ehemaliger Präsident Bosnien und Herzegowinas, zu drei und zu vierzehn Jahren Haft verurteilt, insgesamt saß er acht Jahre ab, weil er radikale Schriften verfasste (Islamische Deklaration, Der Islam zwischen Ost und West). Die Schriften forderten den Zusammenschluss aller islamgeprägten Staaten zu einem gemeinsamen Superstaat – also die Schaffung eines muslimischen Staates innerhalb Jugoslawiens, was einer Sprengung Jugoslawiens gleich gekommen wäre.

Obwohl es Vorstöße von intellektuellen und theologischen Gruppierungen auf allen Seiten gab, sprachen fundamentalistische Strömungen nur die wenigsten Menschen an.

Mit dem langsamen Zerfall des Landes erfolgten ein Umdenken und eine Wiederentdeckung der Religion als Löser sozialer Probleme. Bezeichnete sich 1967 nur ein Drittel der Bevölkerung Jugoslawiens als religiös, so waren es 1987 bereits mehr als die Hälfte (vgl. ebd.: 282 f.). Hierbei füllte die Religion das durch den zurückziehenden Wohlfahrtsstaat verursachte Vakuum sehr rasch. Sie bot Sinn- und Identitätsstiftung, Orientierung an moralische Werte und Halt in Tradition und Kultur, als Antwort zum sozialen Verfall und Elend. Religion setzt also ungeahnte Mobilisierungskräfte frei, die als Versöhnungsprogramm oder Basis für Frieden und Dialog eingesetzt werden können (vgl. Faschingeder/Six 2007: 8). Die Wiederentdeckung der Religion aktivierte allerdings auch de-konstruktive Elemente, die die Nationsbildung unter dem Deckmantel der nationalen Identitätsstiftung und den Glauben missbrauchten. Religion sollte also als Abgrenzung zu religiösen und ethnischen Minderheiten, innerhalb des zu herausbildenden Nationalstaates fungieren (vgl. ebd.: 28, 75). Neben, den politökonomischen Eliten, die den Glauben für ihre Interessen instrumentalisierten, nahmen die Vertreter der Glaubensgemeinschaften eine ebenso aktive

Rolle ein. Dabei verschmolzen sie ihre religiösen Ideale und Vorstellungen mit den Angeboten der ökopolitischen Eliten und brachten diese unter die Menschen.

Auf die Frage, warum Religion für den Nationalismus und die Nationalisten so eine bedeutende Rolle spielten und spielte, lässt sich folgendermaßen beantworten; die ökopolitischen Eliten benutzen das Instrument Religion, um stiftungs- und identitätsbildende Zusammengehörigkeit zu erzeugen, damit machtpolitische Interessen durchgesetzt werden konnten. Während der Glaube als Werkzeug missbraucht wurde, um die eigene Staatsgründung voranzutreiben und wirtschaftliche Interessen zu befrieden, nutzten und nutzen religiöse Extremisten die menschliche Gottesehrfurcht, um ihre Ideale und radikalen Vorstellungen verwirklichen zu können (vgl. ebd.: 75).

Anfang der achtziger Jahre erfolgte der Trend vermehrt christliche Kult- und Pilgerstätten aufzusuchen. Christliche Tradition und Bräuche wurden wiederbelebt, gleichfalls erhielten radikale Glaubensansichten enormen Aufwind. Für das moralische Fundament der Gewaltanwendung im jugoslawischen Bürgerkrieg, erhielten die Verantwortlichen gar den Segen der Kirche. Für die theologischen Eliten ging und geht es ja nicht nur darum, Macht zu festigen, sondern ebenfalls den Einflussbereich zu extendieren.

Obwohl die Religiosität der Bosniaken und serbischen Muslime in den ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens nicht wahrgenommen werden kann, findet seit dem Ende der achtziger Jahre eine Rückbesinnung zu den Fundamenten des Korans statt. Dass eine zunehmende Orientierung und Rückkehr zum Glauben stattfindet ist unbestritten. Radikale Impulse kamen und kommen allerdings, bis auf einige wenigen Ausnahmen, nicht aus den Kreisen von religiös liberalen orientierten Bosniaken und serbischen Muslimen, sondern von außerhalb. Beispielsweise unterstützten saudiarabische Fundamentalisten in der jugoslawischen Tragödie die bosnischen Glaubenbrüder und schreckten auch nicht davor ab, wahhabitische Kämpfer in den Bürgerkrieg zu entsenden (vgl. SpiegelTV o. J.).

Andererseits hört man immer öfter von einigen Minderheitenvertretern, man möge der serbischen Region Sandschak, die mehrheitlich von Muslimen beheimatet ist, den Autonomiestatus verleihen – ein womöglich erster Schritt Richtung Sezession.

Vielorts hängt heute anstelle des Abbildes Titos in den Wohnräumen der Serben eine Ikone, bei den Kroaten ein Kreuz, und bei den Bosniaken ein Bildnis der Kaaba.

5.1.5 Nationalismus und Separatismus

Bei dem Nationalismus und Nationalstaatenkonstrukt verhält es sich im Prinzip ähnlich wie mit dem konstruierten Begriff der Volkszugehörigkeit. Hierbei weist der frühe osteuropäische Nationalismus, im Gegensatz zum westeuropäischen Nationalismus, erhebliche Unterschiede auf. Während der westeuropäische Nationalismus durch bürgerliche Revolutionen hervorging, der die Zusammengehörigkeit einer Nation nicht in erster Linie auf religiöse, ethnische, kulturelle oder sprachliche Zugehörigkeit definierte, sondern etwa auf den Prinzipien der Gleichheit, Freiheit und Staatsangehörigkeit, basierte der osteuropäische Nationalismus genau auf dieser Weltanschauung. Ermutigt durch die Prinzipien der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung forderten die in den Großreichen lebenden Volksgruppen einen eigenen Nationalstaat mit souveränen Grenzen. Aufgrund der fehlenden eigenen vorangegangenen Nationalgeschichte, auf die man zur Selbstidentifikation Bezug nehmen konnte, wurden Kriterien konstruiert, die etwa in einer gemeinsamen Sprache, Kultur oder ethnischer Zusammengehörigkeit aufgingen (vgl. Roth 2009: 26 ff.).

Gleichwie interpretiert, eine Nation bleibt ein kollektives Konstrukt. Wagen wir uns dennoch in den Annalen des Nationalismuskonstrukts vor und sehen, welche Folgen eine nationale Ideologisierung für Jugoslawien mit sich brachte.

Im sozialistischen Jugoslawien wurden nationalistische Tendenzen bereits im Keim erstickt. So saß beispielsweise der Parteiführer der Serbischen Radikalen Partei (gegründet 1990) und seit 9 Jahren Angeklagter vor dem Internationalen Strafgerichtshof, Vojislav Seselj wegen nationalistischer Untriebe mehrere Monate im Gefängnis. 1984 wurde Seselj wegen konterrevolutionärer Gefährdung der jugoslawischen Gesellschaftsordnung zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, wovon er 2 Jahre absitzen musste. 1990 wurde er abermals zu Haftstrafen verurteilt, weil er versuchte, das Mausoleum Titos abreißen zu lassen.

Politischen Bewegungen erging es nicht besser. Der „Kroatische Frühling“ war eine Massenbewegung von Studenten in den sechziger und siebziger Jahren, die von kroatischen Intellektuellen angeführt wurde. Augenscheinlich forderten sie eine Dezentralisierung und Föderalisierung der zentralistischen Staatsfunktionen. Möglicherweise war der Kroatische Frühling ebenfalls ein Versuch, staatliche Kompetenzen auf die Regionalebene zu verschieben, um die kroatische Nation und Identität zu stärken. Aus Sicht der kommunistischen Führung hingegen war der Kroatische Frühling eine Reanimation des Faschismus und eine Gefahr für den Jugoslawismus. Aus diesem Grund wurde das Kollektiv

im Jahre 1971 verboten, eine große Anzahl von Studenten und Intellektuellen wurden zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Trotz allem gelang es der Massenbewegung, weitere Autonomierechte zu erlangen, die wie ich erläutert habe, in die Verfassung von 1974 einfließen.

Nationalismen der achtziger und neunziger Jahre bauten, wie schon vor der Gründung des ersten Jugoslawiens, auf Volksgruppenzugehörigkeit auf. Ergänzt wurde das Solidaritätsbewusstsein nun durch eine konstruierte Nationalgeschichte und durch Religionszugehörigkeit. Im Gegensatz zum Gründungsnationalismus des ersten Jugoslawiens konnten die Nationalisten sich diesmal nicht über sprachliche und kulturelle Zusammenhörigkeit definieren und abgrenzen. Denn bis auf Slowenien, Mazedonien und der albanischen Minderheit gab es zwischen Bosniaken, Kroaten, Serben und Montenegrinern nämlich nur wenige kulturelle und sprachliche Unterschiede, wie erläutert wurde.

Jedenfalls bildet das ideologische Kernstück der These des Rechts auf Selbstbestimmung die Desintegration Jugoslawiens. Aber wie, kann man sich zu Recht fragen, konnten die Teilrepubliken eines kleinen gemeinsamen Staates, der 27 Volksgruppen beheimatete, das Recht auf Selbstbestimmung einfordern, ohne die Auswirkungen ihres Handelns zu berücksichtigen? Diese Frage ist ganz einfach und logisch zu beantworten. Den Verantwortlichen war von Anfang bewusst, welche Konsequenzen eine Umgestaltung der staatlichen Ordnung und eine Dezentralisierung der Staatsfunktionen und Staatsorganisation mit sich bringen würde, nämlich den unwiderruflichen Zerfall und totales Chaos.

Die Schaffung einer eigenen Nation hatte vielleicht sogar seinen gewollten Preis. Die Bürgerkriege haben die größten Bevölkerungsverschiebungen hervorgebracht, die Südosteuropa je gesehen hat. In Kroatien gibt es kaum noch Minderheiten, 250.000 Menschen wurden vertrieben, nur etwa 100.000 kehrten zurück. In Bosnien-Herzegowina musste jeder zweite Bürger seine Heimat verlassen. In der serbischen Provinz Kosovo-Metochien gestaltet sich das Bild ähnlich. Waren etwa vor dem Kosovo-Krieg 20 % der Minderheiten existent, so beläuft sich deren Zahl nur mehr auf etwa 5 %.

VI Das Konzept des „failed state“

6.1 Schwacher Staat

Gehen wir davon aus, dass Jugoslawiens Zerfall durch zwei latente Größen beeinflusst wurde, nämlich durch einen endogenen (Staatszerfall) und einem exogenen Faktor (Abhängigkeit). Dann benötigen wir Theorien, um die Realität der jugoslawischen Staatsauflösung auch überprüfen und interpretieren zu können. Die qualitative Inhaltsanalyse bot mir hierbei die Möglichkeit einer systematischen Zuordnung einiger sehr bedeutender Dimensionen und Fakten. Wie oft in der Wissenschaft bedarf es Begriffserklärungen, logische Annahmen und Datenmaterials, um Merkmale, Normen, und Ereignisse voneinander abzugrenzen, zu strukturieren und sie in entsprechenden Kollationen wiederzugegeben. Dabei habe ich mich auf kurze Definitionen, Sachverhalte und bestimmte Relationen beschränkt, um eine kohärente und schlüssige Übersicht zu gewähren.

Um einen Staat handelt es sich nach Max Weber, „um das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit innerhalb eines bestimmten Gebietes, ohne welches Anarchie herrsche. [...]. Die Gewaltsamkeit alleine stellt jedoch nicht das einzige Mittel des Staates dar, es ist aber seine Grundlage.“ (Kuderer 2010: 9 zit. Max Weber)

Die Existenz des Staates ist mit dem Begriff der Souveränität verbunden (vgl. Schubert 2005: 25 f., 32 ff.). Obgleich die uneingeschränkte Souveränität als Grundfunktion eines Nationalstaates gilt, wird dieses Prinzip seit Anfang der neunziger Jahre immer weiter eingeschränkt. Es wird hierbei argumentiert, dass die Verletzung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts nicht mehr als innere Angelegenheiten eines Staates betrachtet werden können, da die Einhaltung dieser als universelles Recht gilt. Es wird beanstandet, dass etwas souveräne Staaten in Afrika in der Vergangenheit keine Verantwortung für das Wohl ihrer Menschen übernommen hätten (vgl. Kuderer 2010: 14).

[Dennoch ist] die Existenz eines Staates [...] keineswegs notwendige Voraussetzung für eine Form sozialer Ordnung, da Menschen früher oder später eine vernünftige friedliche und effektive Art des Zusammenlebens finden müssten. [...]. Oft resultiere daraus zwar die Formation oder Reformation von Staatlichkeit; aufgrund der Künstlichkeit staatlicher Strukturen [...], dürfe es allerdings nicht überraschen, wenn sich alternative staatliche Systeme durchsetzten. Außerdem dürfe Staatszerfall nicht gleichgesetzt werden mit dem Kollaps anderer nicht-staatlicher Lebenserhaltungssysteme, wie die in der Ideologie moderner Staatlichkeit vermittelte Zentralität des Staates vermuten ließe. (Gruber 2007: 8)

Die Beurteilung der „Staatsstärke“ und die Einteilung der „Verfallsgrade“ eines Staates sind weder leicht zu erfassen noch einfach zu kategorisieren. Denn jeder Staatszerfall ist eine Eigenheit, und daher auf seine eigene Weise zu analysieren und zu beurteilen (vgl. Schubert 2005: 27). Ähnlich verhält es sich mit der Übergangsphase von einem schwachen zu einem gescheiterten Staat. Ein empirisch belegbarer und klar festgelegter Übergang ist nicht zu qualifizieren. Eine einhellige Meinung, welche genauen Faktoren das Absterben eines Staates begünstigen, bleibt daher umstritten. Eine interessante Grundthese zur Typologie von Staatszerfall könnte uns dennoch einen Lichtblick geben. In diesem Zusammenhang werden vier Entwicklungsstadien (Typ 1 – konsolidierter Staat, Typ 2 – schwacher Staat, Typ 3 – verfallender Staat, Typ 4 – gescheiterter Staat) eines zu zerfallenden Staates angeführt. Die These lautet, „dass die Stabilität eines Landes von Typ 1 zu Typ 4 sukzessive abnimmt und das innergesellschaftliche Gewaltniveau zunimmt.“ (Kuderer 2010: 51)

Hauptcharakteristikum eines schwachen, üblicherweise peripheren Staates ist das politische Ordnungssystem selbst. Klassische schwache und zerfallende Staaten werden von autoritären Regimen regiert oder sind häufig gar Diktaturen (vgl. Becker et al. 2007: 16 f.; Schubert 2005: 52 f.). Personenkult und Selbstdarstellung sind ein bedeutendes Charakteristikum schwacher Staaten. Ziel des Personenkultes ist die Herstellung eines Zusammenhanges mit dem „Führer“ und sämtlichen Lebensbereichen. Der Personenkult lässt sich propagandistisch instrumentalisieren und hat die Aufgabe, Politik, Religion, Kultur und Wirtschaft unter einer Person zu vereinen, um die Folgen, die von einem schwachen Staat hervorgerufen werden, zu verheimlichen und zu kompensieren. Ein „strong state“ hingegen ist ein starker Staat, der über einen demokratischen Überbau verfügt. Hierbei wäre ein demokratischer Staat die beste Wahl für stabile Sicherheit und Frieden (vgl. Troy 2007: 28).

Wenn es um den Begriff des „schwachen Staat“ geht, dann ist meist von Korruption, Vetternwirtschaft oder organisierter Kriminalität die Rede (vgl. Schubert 2005: 54 f.). Korruption „kann definiert werden als Missbrauch der Macht zur illegalen Aneignung persönlicher Vorteile.“ (Nuscheler 2005: 412) Vetternwirtschaft und Bestechlichkeit herrschen in jedem Land der Erde und sind daher kein Unikum. Allerdings zeigt der „Korruptionsindex“, dass besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern, die eine schwach ausgeprägte demokratische Staatsstruktur aufweisen, die Vetternwirtschaft besonders eigenartige Blüten treibt (vgl. Nuscheler 2005: 413). Es kann also festgehalten werden, dass umso demokratischer eine Staatsordnung konsolidiert ist, desto weniger Korruption existiert, so das Argument.

In erster Linie ist ein schwacher Staatsapparat anfällig gegenüber Krisen und Veränderungen, wie er auch schwerfällig in seinen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen ist. Denn ein schwacher Staat ist im Grunde genommen die Unfähigkeit, institutionell-staatliche Aufgaben wahrzunehmen (vgl. Schubert 2005: 47). Die Unfähigkeit basiert darauf, dass Regierungen der Zugriff auf dem Staatsapparat erschwert wird. Ein Grund für den geringen Handlungsspielraum ist fehlendes Kapital, der Mangel an qualifizierten Beamten und verwaltungstechnischer Ausstattung (Nuscheler 2005: 412). Ihm fehlt es sowohl an administrativ-bürokratischem Personal als auch an fehlender Verwaltungspräsenz. „Selbst wenn dieses vorhanden ist [...], gelten in der Auswahl häufig persönliche Patronats- und Klientelbeziehungen mehr als fachliches Können. [...].“ (Nuscheler 2005: 409)

Weiters ist die Leistungsfähigkeit eines schwachen Staates zersetzt von Entstaatlichung und geringer Steuerleistung (vgl. Fischer et al. 2004: 240). Die Steuereinnahmen sind allerdings das Lebenselixier eines Staates und dienen in erster Linie, um seine Existenz zu sichern und um seine Staatsfunktionen ausüben zu können. „[Denn] „mit Hilfe der Steuereinkünfte [kann] sich der Staat eine größere und effizientere Zivilbürokratie und Armee leisten [...], mit denen dann wiederum höhere Steuereinkünfte zu erreichen sind [...].“ (Wallerstein 2004: 529)

Fallen die Staatseinnahmen weg, kommt es zum unwiderruflichen sozioökonomischen und sicherheitspolitischen Chaos. Löhne und soziale Leistungen können nicht oder nur zum Teil ausbezahlt werden, in Folge sinken Konsum, Produktion und Lebensqualität, dagegen steigt die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Demgegenüber kann die Staatssicherheit mit zu niedrigen Steuereinnahmen nicht mehr ausreichend gewährleistet werden (vgl. Schubert 2005: 47 f.). Steuern, die die Mittel- und Oberschichten betreffen und die für ein Funktionieren des Staates unerlässlich sind, werden aufgrund von Vetternwirtschaft und Klientelstrukturen nicht eingehoben. Stattdessen weicht der schwache Staat auf alternative Geldquellen aus, die er sich in Form von Auslandskrediten oder in Form von Konsumsteuern beschafft (vgl. Nuscheler 2005: 362). „[Hierbei hat der Staat] [...] nur einen geringen Handlungsspielraum gegenüber internationalen Kreditgebern.“ (ebd.: 409)

[Anders formuliert,] der Staat ist schwach, weil er arm ist; er ist aber auch arm, weil er schwach ist. Weil er bei den vielen Habenichtsen nichts abschöpfen und aufgrund der organisatorischen Schwächen der Finanzverwaltung auch die Habenden nur lückenhaft erfassen kann [...], ist das direkte Steueraufkommen gering. In dieser Organisationsnot weicht der „schwache Staat“ auf andere Mittel und Wege der Finanzbeschaffung aus [...]. Er erhebt indirekte Konsumsteuern, die besonders die Schichten mit geringer Kaufkraft schwer belasten, und hohe Import- und Exportzölle, die zwar zu seiner Haupteinnahmequelle werden und seine „Baby-Industrien“ vor Konkurrenz schützen, [...] gleichzeitig den Schmuggel fördern; [...]; er weicht in seiner Finanznot auf ausländische Kreditquellen aus, so dass seine organisatorische Schwäche eine nicht zu unterschätzende Ursache für die Auslandsverschuldung bildet. Solange er sich auf den Zufluss externer Hilfsmittel verlassen kann, fehlt auch der nötige Nachdruck, das interne Steueraufkommen zu erhöhen. (ebd.: 408 f.)

6.2 Der „failed state“

Seit 20 Jahren finden innerhalb des politischen und wissenschaftlichen Diskurses, rege Debatten um die Thematik des Staatenzerfalls statt. Hauptursache für das zunehmende Interesse an den theoretischen Ansätzen des failed state sind das Ende der Bi-Polarität und die mit ihr auftretenden Staatszerfallsprozesse. Nach den Terroranschlägen vom 11. September wurde die sicherheitspolitische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um den absterbenden Staat endgültig auf die Länder der Peripherie fokussiert (vgl. Schubert 2005: 18, 22). An einer klaren Erfassung und Übereinstimmung der Beschreibung eines scheiternden Staates mangelt es allerdings bis zum heutigen Tage. Demnach existiert keine einheitliche Theorie des failed state (vgl. ebd.: 12, 20).

Ein failed state wird von denselben Dimensionen geprägt wie ein schwacher Staat, jedoch intensiver und auf einem viel höheren Niveau. Hinzu kommen die Faktoren Unsicherheit, Bürgerkrieg und externe Akteure. „Insbesondere das Überschreiten des Anteils des exports and primary commodity über 26 Prozent des BIPs gilt als verlässlicher Indikator für die Anfälligkeit von internen Konflikten und in Folge auch von Staatszerfall.“ (Troy 2007: 39 f.) Weitere wirtschaftliche Ursachen, die das Absterben eines Staates begünstigen, sind im sinkendem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, in der steigenden Inflation und in der Staatsverschuldung zu suchen (vgl. ebd.: 39).

Als failed state wird ein absterbender Staat bezeichnet, dessen politisches System komplett in sich zusammenbricht. Im Gegensatz zum schwachen Staat zeichnet sich ein Staatskollaps durch den Zusammenbruch der staatlichen Institutionen selbst aus. Können Legitimität, Sicherheit und Lebensstandard nicht mehr aufrechterhalten werden, spricht man vom Staatsversagen (vgl. Kuderer 2010: 39 f.; Neubauer 2008: 13 f.; Schubert 2005: 43 f.). Ein gescheiterter Staat wird im Kontext mit Fluchtbewegungen, fehlender Sicherheit, Terrorismus, Armut und Korruption gleichgesetzt. Es folgen ethnische oder religiöse Auseinandersetzungen, die oft im Bürgerkrieg enden, da die Rechtmäßigkeit des Staates angezweifelt wird. In Folge kommt es zum Zusammenbruch des Landes – ob der Staat in einzelne Teile zersplittert oder von Revolutionären übernommen wird, ist je nach Situation verschieden.

Wichtiges Charakteristikum eines absterbenden Staates ist das politische Ordnungssystem. „[Denn] es zeigt sich [...], dass Einparteienherrschaften, diktatorische Regime und Militärherrschaft den Beginn von Staatszerfall begünstigen.“ (Troy 2007: 34) Hierbei könnten

uns die Geschehnisse im arabischen Raum, der sogenannte „Arabische Frühling“ im Frühjahr dieses Jahres, die „Bulldozer Revolution“ in Serbien 2001, sowie die „Rosenrevolution“ in Georgien 2003 als bedeutende Beispiele dienen.

Ein starker demokratisch legitimierter Staat hingegen hätte die Sezessionen und den folgenden Bürgerkrieg möglicherweise aufhalten können.

Auch mit der einfachen Bekämpfung der Armut lassen sich Staatszerfallsprozesse nicht verhindern. Obwohl Armut als wichtiger Katalysator, vor allem für gewaltsame Konflikte wirken kann, sind national-ethnische Spannungen von erheblich größerer Bedeutung. Unbezweifelbar ist jedoch die Tatsache, dass die Auswirkungen der Globalisierung schwache Staaten weiter schwächen und auch neue fragile Staaten entstehen lassen. (Troy 2007: 50)

Wie bei einem schwachen Staat ist das politische System des zerfallenden Staates von Patronats- und Klientelbeziehungen, Korruption und Vetternwirtschaft gekennzeichnet (vgl. Fischer et al. 2004: 240). Durchaus kann Klientelismus gar für eine bestimmte Zeit von Stabilität sein. Nehmen diese sozioökonomischen Beziehungen allerdings über ein von der Bevölkerung akzeptiertes Maß zu, kommt es zu einem Verlust der Legitimität von Eliten (vgl. Troy 2007: 52).

Dazu heißt es; [dass] schwache Staaten [...] durch die Neigung der Eliten, die Bevölkerung ihren Zielen zu „opfern“ [gekennzeichnet sind]. Der typische Übergang vom schwachen zum scheiternden Staat ist dadurch gekennzeichnet, dass die Reaktion der Betroffenen, der tyrannisierten Teile der Bevölkerung in einer extremen und gewalttätigen Art und Weise erfolgt. [...]. Der ansteigende Widerstand von betroffenen Teilen der Bevölkerung in einem schwachen Staat gilt gemeinhin als der Übergang in den zerfallenden Staat. (ebd.: 38)

Wie erläutert wurde, versuchen „Staaten [...] ihre Macht zu konsolidieren beziehungsweise auszuweiten und kollidieren dabei mit dem Sicherheitsbedürfnis ethnischer Gruppen. Dies deckt sich mit dem Argument, dass ethnische Konflikte Ungleichheit bedingen und erzeugen und die daraus resultierende Politik zwangsläufig zu Konflikten führt.“ (ebd.: 56) „[Denn] Eliten schwacher oder zerfallender Staaten nützen oft die soziale Unzufriedenheit der Bevölkerung für ihre Zwecke [aus], die bis zur institutionellen Instrumentalisierung sozialer Unzufriedenheit führen kann.“ (ebd.: 52) Die Polarisierung ethnischer Identitäten führt also zu innerstaatlichen Konflikten, die wiederum auf Ungleichheiten zurück zu führen sind (vgl. ebd.: 57). Dazu heißt es weiters, dass „die Politisierung kollektiver Identitäten und deren Auswirkung [...] eine wesentliche Ursache [...] für den Prozess von Staatszerfall [ist]. [...]. Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen, nationalen oder religiösen Gruppe, einem Kollektiv, dient in vielen Fällen dem Machterwerb von Eliten, die sich dadurch zunehmend [...] legitimierten.“ (ebd.: 56 f.)

Ein anderer wesentlicher Grund für das Scheitern eines Staates ist in der Staatenstruktur selbst zu suchen, denn diese wird oft durch föderalistische und dezentrale Maßnahmen deformiert. Das bedeutet, dass im Gegensatz zum starken Staat, der hauptsächlich zentralistisch organisiert und souverän ist, ein im Absterben befindlicher Staat von politischen und wirtschaftlichen Regionalismus, als gleich von Sezessionsbewegungen gekennzeichnet ist. Das Resultat ist die Herausbildung von autonomen Regionen, die sich eigenständig entwickeln. Im ungünstigsten Fall kommt es zur Separation und damit zur Auflösung des Landes, so wie dies in Jugoslawien eben der Fall war (vgl. ebd.: 39). Insbesondere wird der Staatszerfall mit der Nicht-Erfüllung seiner Aufgaben, vorwiegend mit dem Fehlen von Staatssicherheit assoziiert (vgl. Fischer et al. 2004: 240; Schubert 2005: 46 ff.). Zwar ist Sicherheit objektiv nicht messbar, allerdings wird fehlende Sicherheit von der Bevölkerung sehr wohl wahrgenommen (vgl. Gruber 2007: 5). Mit dem Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung verliert er natürlicherweise auch sein Gewaltmonopol. Ist die staatliche Ordnungsmacht nicht ausreichend vorhanden, um soziale Beziehungen garantieren zu können, kommt es innerhalb der Gesellschaft zu Konflikten (vgl. Schubert 2005: 46 f.). Fehlende Ordnungsmacht bedeuten gar anarchistische Zustände. Mit der immer größer werdenden Unsicherheit verliert das Regime seine Legitimität, „[...] wie [es] nicht mehr in der Lage [...] [ist, seine] Staatstheorien nach innen wie nach außen hin zu schützen. Meist übernehmen andere Akteure wie Rebellen oder Terroristen die Gewalt in Teilen des Staatsgebietes.“ (Troy 2007: 34) Damit erfolgt eine Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols (vgl. Schubert 2005: 48, 58 f.).

Wo immer die staatliche Ordnungsmacht verloren geht [...], bilden sich neue, nichtstaatliche Gewaltmonopole heraus die durchaus auch [...] Sicherheit [...] gewährleisten. In diesem Zusammenhang werden zum einen Warlords (private Gewaltakteure) aber auch die Herausbildung autonomer Regionen bedeutend. Kriegsökonomien, die in zerfallenden Staaten besonders florieren bedingen Gewaltmärkte. Die Akteure dieser Gewaltmärkte wiederum haben kein Interesse an der Beendigung der Gewalt. Im Gegenteil, für sie ist Gewalt kein Kostenfaktor sondern sichert das Einkommen. Staatszerfall ist somit ein wesentlicher Faktor für die Entstehung privatisierter Gewalt. Umgekehrt gilt aber auch, dass die Privatisierung von Gewalt den Staatszerfall (mit-)bedingt. (Troy 2007: 39)

[In der letzten Phase des absterbenden Staates setzt eine Umkehrung des zersetzenden Gewaltmonopols ein.] Es kommt zu einer weitreichenden Konsolidierung substaatlicher Gewaltmonopole [...]. [Denn] es liegt nicht im Interesse von Warlords und anderen Profiteuren [...], dass es zu einem „totalen“ anarchischen Zustand kommt. [...]. Vielmehr bilden sich in allen zerfallenden Staaten „Inseln an Organisationsfähigkeit“. Vor dem kompletten Zerfall [...] treten nichtstaatliche Gewaltakteure auf den Plan. Sie entscheiden meist in einem offenen Machtkampf die neuen regionalen Herrschaftsstrukturen. (ebd.: 41)

Ein Sezessionskrieg ist die direkte Auswirkung eines „Machtkampfes [um] neue regionale Herrschaftsstrukturen.“ (ebd.: 41) Dem Bürgerkrieg ist lang anhaltende Gewalt vorausgegangen, wobei ein Bürgerkrieg selbst eine Metapher der Instabilität verkörpert (vgl. ebd.: 40 f.)

Ist ein failed state nicht auch nur ein Konstrukt der Zentren? Ein Grund, um in Randzonen militärische Aktionen, die im Namen von Menschenrechten und Demokratie geführt werden, zu rechtfertigen? All zu oft mischen sich externe Akteure in innenstaatliche Konflikte ein und heben den Konflikt auf die internationale Politebene. Es wird etwa argumentiert, dass der failed state andere Regionen in den Konflikt mit ziehen könnte, der zu stabilisieren sei, dass er das Zusammenleben der Volksgemeinschaften bedrohe, die zu gewährleisten ist oder dass der Staat Menschenrechte missachte, die zu schützen seien. Um die Sicherheit und Stabilität dieser aufrecht zu erhalten, wäre eine humanitäre Intervention daher notwendig (vgl. Kuderer 2010: 40; Troy 2007: 11 ff.). Weiters wird erklärt, dass Terrorismus, ungewollte Migration und Umweltzerstörung, mögliche Gefahren bilden könnten (vgl. Kuderer 2010: 40).

„Völkerrechtlich gesehen droht ein Staat, der endgültig die effektive Staatsgewalt verliert, als Völkerrechtssubjekt unterzugehen. Dies stellt somit auch einen Angriff auf die Staaten als wesentliche strukturelle Elemente der Völkerrechtsordnung dar.“ (Neubauer 2008: 13) „Es kommt darauf an, ob in der innerstaatlichen Situation eine Gefährdung des Weltfriedens nach Artikel 39 der UN Charta gesehen werden kann. [...]. Eine gewaltlose Intervention ist laut Völkergewohnheitsrecht immer zulässig.“ (ebd.: 17) Obwohl gewaltfreie Intervention zur Sicherung des Weltfriedens nach Artikel 39 der UN Charta zulässig ist, ist Krieg nach der Charta Artikel 2 Ziffer 4 völkerrechtswidrig. Die Charta legt nämlich ein „Allgemeines Gewaltverbot“ fest, die seinen Mitgliedern militärische Gewaltanwendung untersagt. Einzige Ausnahme, die eine Rechtfertigung für eine militärische Intervention bildet, ist das Sanktionssystem des UN-Weltsicherheitsrates (Kapitel 7, Artikel 51 der UN-Charta) selbst.

Anders verhält es sich mit der unilateralen humanitären Intervention. „Unter der unilateralen humanitären Intervention versteht man die Ausübung oder Androhung von Gewalt eines Staates gegen einen anderen Staat zum Zweck des Schutzes der Menschenrechte ohne eine Ermächtigung der Vereinten Nationen. Befürworter der unilateralen Intervention gehen von der allgemeinen Gültigkeit der Menschenrechte aus.“ (ebd.: 18) Hierbei stützen die Zentren die humanitäre Intervention auf den Prinzipien „des Rechtes zum Krieg“ (ius ad bellum). Die Gefahr, die sich aus der unilateralen Intervention ergibt, liegt in der Interpretation der Planung. Sie öffnet einen Raum, der erst im nach hinein mit Legitimität gefüllt wird (vgl. ebd. 18 f.). Gerade die Vereinigten Staaten sind Verfechter unilateraler Interventionen. Bekannte Beispiele jüngerer Zeit sind etwa die Intervention in Bosnien 1995, Restjugoslawien 1999, Afghanistan 2001, Irak 2003 oder Libyen 2011.

6.3 Jugoslawien ein failed state?

Wie im ersten Teil der Arbeit angeschnitten, kann von einem mehr oder minder staatssozialistischen Vielvölkerstaat gesprochen werden, das spätestens bis zum Zeitpunkt seines Auseinanderbrechens bestand. Aus einem Staat, der die Bedingungen der Utopie Kommunismus, zumindest für zwei Jahrzehnte erfüllen konnte, der als Hoffnungsträger sozialistischer Staaten und vieler Entwicklungs- und Schwellenländer galt, ist nichts mehr übrig geblieben.

Der Transformationsprozess vom Staatssozialismus hin zur Marktwirtschaft verlief problematisch und wurde von externen Akteuren mitbestimmt. Die Implosion der Sowjetmacht führte in den sozialistischen Ländern Ost- und Südosteuropas, zum Ende der Einparteienherrschaft, zu freien Wahlen, aber auch zur institutionellen Schwächung des Staates. Die institutionelle Schwächung hatte ihren Ursprung jedoch bereits früher (1973-98) (vgl. Becker et al. 2007). Durch das Ende des Ost-West-Konflikts „wurde nicht nur die „Dritte Welt“ der sogenannten Blockfreien obsolet, sondern ebenfalls die darin enthaltenen Staaten zu einer substanzlosen Hülle“. (Kuderer 2010: 52)

Wie beschrieben wurde, ging das Ende des Akkumulationsregimes des Fordismus mit der Etablierung der Globalisierung einher. Mitte der achtziger Jahre, ausgehend von Gorbatschows „Perestrojka“, erfolgte der Startschuss für die ökopolitische Öffnung Ost- und Südosteuropas. Perestrojka hatte das Ziel, die im Staatszerfall befindliche Sowjetunion zu reformieren und zu modernisieren. Allerdings trat genau das Gegenteil ein, denn anstatt den Staatssozialismus umzugestalten und zu erneuern, fungierte Perestrojka als Brandbeschleuniger, der die soziale und wirtschaftliche Lage der UDSSR und ihrer Verbündeten nur noch verschlimmerte.

Für Jugoslawien bedeutete der Zerfall der Sowjetunion den Verlust eines „sozialistischen Standbeins“ und einen Einbruch von finanzieller und materieller Unterstützung (vgl. Schubert 2005: 61). Außerdem verlor das Land mit dem Tod Titos 1980 nicht nur einen integrativen, sondern ebenfalls autoritären Herrscher, der mit aller Anstrengung, Härte und Geschick das Land zusammen gehalten hatte. Eine Alternative zu Tito gab es nicht, eine Zivilgesellschaft, die die Transformation mit gestalten, und diese in richtige Bahnen lenken hätte können, existierte nicht. Der Wegfall von Autorität und wirtschaftlicher Hilfe verschärfte also die Frage um das Fortbestehen des sozialistischen Projekts.

Nationalismen der achtziger und neunziger Jahre bauten, wie schon vor der Gründung des ersten Jugoslawiens, auf ethnische Zusammengehörigkeit auf. Ergänzt wurde das Solidaritätsbewusstsein durch eine konstruierte Nationalgeschichte und durch Religionszugehörigkeit. Hierbei wurden die sozialistischen Ideale gegen die Ideologie des Nationalismus eingetauscht.

6.3.1 Staatsordnung und Staatenstruktur

Eigentlich wurde mit der Verfassung von 1946 ein demokratischer Zentralismus, neben einer föderalen Nebenstruktur, nach sowjetischem Vorbild propagiert. Das hierarchische Staatsmodell sah so aus, dass ein übergeordneter zentraler Rat gegenüber allen anderen Räten Befugnisgewalt hatte. Hierbei wurden die Mitglieder des übergeordneten Rates aus den ihm unterstehenden Komitees entsandt, um eine beidseitige Kontrolle zu ermöglichen. Mehr oder minder hielt sich dieses Modell bis Ende der achtziger Jahre.

Anfang der sechziger Jahre bekommt die zentralistisch geführte Partei, dem der staatliche Föderalismus unterstand, dennoch die ersten Risse. Bemerkbar, machte sich die Entstaatlichung der SFRJ durch acht Verfassungsänderungen und eine zunehmende Föderalisierung der JKP (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 86 f.). Mit der Verfassung von 1974 war dem zwar föderativen aber dennoch zentralistisch regierten jugoslawischen Staat der Todesstoß versetzt worden. Wie im ersten Abschnitt beschrieben, schwächten die Staatsverfassungen das sozialistische Projekt Jugoslawien. Rudy Weissenbacher, Analytiker und Historiker, ist ebenso der Auffassung, nämlich dass durch die allmähliche Dezentralisierung der Staatsfunktionen; „ein wesentlicher Stützpfiler im Prozess des Absterbens des Staates angesehen wurde“ (Becker/Weissenbacher 2009: 87 zit. Jovic 2003: 175). Die Verfassungsänderung von 1974 schwächte den jugoslawischen Zentralismus in so einem Ausmaß, dass der Staat seine gesamtheitlichen Funktionen weitgehend verlor. Notwendige Entscheidungen und Aktionen, die die Entwicklung des Landes betrafen, wurden auf die lange Bank geschoben oder gar nicht mehr realisiert.

Wenn wir der gängigen Beschreibung des failed state folgen, so war der Vielvölkerstaat von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Denn nach dem Konzept sind autoritäre Staatsformen und schwach ausgeprägte Demokratien instabil und werden mit der Zeit immer handlungsunfähiger. Dagegen wird ein stabiler Staat mit Demokratie, Regierungsqualität, Wirtschaftsprosperität, Frieden und letztlich mit Wohlstandswachstum assoziiert.

Weder hat es in Jugoslawien eine Gewaltenteilung noch irgendwelche Grundrechte für den Einzelnen gegeben, ganz abgesehen von Meinungsfreiheit und demokratischen Wahlen. In welcher Weise also konnte der slawische Vielvölkerstaat, trotz autoritärer Staatsstruktur, wirtschaftlich prosperieren? Vielleicht konnte das Land gerade aufgrund seines autoritären Politikurses und seines pragmatisch geplanten Wirtschaftsprogramms enorme Wachstumsschübe in Wirtschaft, Wohlfahrt und Wohlstand verbuchen. Wenn wir die Historie Japans, Südkoreas, Chinas oder Russlands vergleichen, waren deren wirtschaftlicher Aufstieg und das damit verbundene Wohlstandswachstum von autoritärer Politik gekennzeichnet.

Als gleich können autoritäre und totalitäre Staatsformen für Frieden, Stabilität und Sicherheit garantieren, wenn etwa die Außen- und Sicherheitspolitik Chinas oder Russlands zum Vergleich herangezogen werden. Auch das autoritär regierte Jugoslawien galt als politischer Stabilisierungsfaktor Südosteuropas. Denn Jugoslawiens Außenpolitik war neutral und auf Friedensvermittlung ausgerichtet. Demgegenüber galt das Land als Mitbegründer des soziopolitischen Bündnisses der Blockfreien Staaten, das sich hauptsächlich für globalen Frieden und Gleichheit einsetzt.

Umgekehrt jedoch gibt es demokratische strong states, die in vielen Weltregionen genau das Gegenteil machen: nämlich diese Regionen politisch und wirtschaftlich zu destabilisieren, sowie Unsicherheit und Konflikte herbei zu beschwören.

Hiermit bleibt die Frage offen, ob ein schwacher und absterbender Staat Jugoslawien tatsächlich mit Autoritarismus, Totalitarismus und Militarismus in Verbindung zu bringen sei, oder ob nicht doch andere Faktoren für die Schwächung des Landes ausschlaggebend waren.

6.3.2 Eliten und Korruption

Der Personenkult, oft auch ein Kennzeichen eines schwächelnden Staates, war auch in Jugoslawien in verminderter Form präsent. Der jugoslawische Personenkult sollte Politik, Wirtschaft, Religion und Kultur unter einem Führer vereinen. Dabei wurden Wünsche, Hoffnungen aber auch alle negativen Erscheinungen auf eine Person, nämlich auf Tito, projiziert und kompensiert. Der Personenkult finanzierte sich natürlich nicht von selbst, sondern wurde aus Steuergeld bezahlt. Der jugoslawische Personenkult war von Überdimensionalismus, Monumentalismus und Heroismus gekennzeichnet, der in unzähligen Pilgerstätten, Monument- und Prestigebauten, allerdings auch durch unzählige Residenzen Titos und der JKP verkörpert wurde.

Schwache und zerfallende Staaten sind nach der Konzeption des failed state von Patronats- und Klientelbeziehungen, Korruption und Vetternwirtschaft gekennzeichnet (vgl. Fischer et al. 2004: 240). Klientelismus und Bestechung waren feste Bestandteile der jugoslawischen Gesellschaft und auch in der Gegenwart herrschen sie in unverminderter Form weiter. Vetternwirtschaft und Patronatsbeziehungen machten sich allerdings nicht erst in der Endphase Jugoslawiens bemerkbar. Bereits unter den jugoslawischen Kommunisten galt die Parole, wer der JKP angehörte, besaß besondere Privilegien.

Nach Titos Tod 1980 verstärkten sich Klientelismus und Korruption im Übermaße. Schmiergelder und Postenschacher wurden gar zur Überlebensnotwendigkeit der Eliten und Kapitalprofiteuren, die zunehmend auch kriminelle Elemente ins Staatssystem einschlossen. Man möge hierbei an den Aufbau der kroatischen Streitkraft denken, der einerseits durch Zigaretten- und Waffenschmuggel, andererseits durch die illegale Abzweigung öffentlicher Gelder finanziert wurde (vgl. BBC - ORF 1996: Abs. 7/30, 8/30).

Staatsaufträge, Subventionen und Lizenzvergabe wurden nicht mehr an Qualifikation, Qualität und Preis, sondern an Interessen einzelner gebunden. Mit der Privatisierung von Staatseigentum und der Aushöhlung wichtiger Staatsfunktionen fanden die Begünstigten ein unerschöpfliches Maß kapitaler Quellen. Dabei herrschte Bestechlichkeit von der obersten wirtschaftspolitischen Ebene bis hin zum einfachen Straßenpolizisten. Tatsächlich herrschten ein Jahrzehnt lang chaotische Zustände. Gemeint ist dabei die Zeit von Titos Ableben bis hin zum Ende Jugoslawiens 1991 (offizielles Ende 2006). Bedauerlicherweise liegt für Jugoslawien kein Korruptionsindex vor, um eine grobe Übersicht zu gewähren, da dieser erst seit 1995 erstellt wird.

6.3.3 Handlungsschwäche

Wie aufgezeigt wurde, konnte der slawische Vielvölkerstaat ab Anfang der achtziger Jahre immer weniger seine institutionellen Aufgaben wahrnehmen. Das jugoslawische Regime wurde schwerfälliger in seinen Entscheidungen, die, wie erläutert wurde, einerseits auf die ökopolitische Fragmentierung des Staates, als gleich auf fehlender Verwaltungspräsenz zurück zu führen sind. Auf der anderen Seite wurde die staatliche Handlungsschwäche durch Korruption und Finanzprobleme hervorgerufen.

Bereits Anfang der siebziger Jahre zeichnet sich ein Ende der wirtschaftlichen Prosperität ab, die bereits zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich auf Kreditfinanzierung, andererseits auf

Staatsverschuldung beruhte. Wie auch in der Theorie des failed state beschrieben, konnte Jugoslawien seine wirtschaftlichen und wohlfahrtstaatlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen, denn ganz einfach ausgedrückt, dem Staat fehlte es an ausreichendem Kapital, das Land war Pleite.

Neben dem Verlust der finanziellen Souveränität verlor der Vielvölkerstaat mit der fortschreitenden Handlungsschwäche unter anderem sein Steuermonopol (dabei ist der Verlust des staatlichen Steuermonopols als gleich ein bedeutendes Kennzeichen einer Peripherie).

Weiters war der jugoslawische Bundeshaushalt von geringer Steuerleistung gekennzeichnet bzw. gezeichnet. Wie in der Konzeption des failed state ausgewiesen, sank aufgrund geringer Steuereinnahmen auch der Konsum im Vielvölkerstaat. Der Rückgang des Konsums führte zur geringeren Produktion, was insgesamt zur Folge hatte, dass auch Löhne und Sozialleistungen und folgend die Lebensqualität zu sanken begannen.

Anders als im Modell des Staatsversagens, wälzte der Staat die Steuern allerdings nicht auf die Bevölkerung ab. Auch hob Jugoslawien keine zusätzlichen Steuern für Importe ein, um die eigene Industrie zu schützen, wie in der Theorie des failed state behauptet wird. Wie erläutert wurde, kompensierte das Land die fehlenden Steuereinnahmen durch Kreditannahmen und öffnete so, internationalen Kapitalgebern Tür und Tor.

„[...] er [der sterbende Staat] weicht in seiner Finanznot auf ausländische Kreditquellen aus, so dass seine organisatorische Schwäche eine nicht zu unterschätzende Ursache für die Auslandsverschuldung bildet. Solange er sich [jedoch] auf den Zufluss externer Hilfsmittel verlassen kann, fehlt auch der nötige Nachdruck, das interne Steueraufkommen zu erhöhen.“ (Nuscheler 2005: 408 f.)

Wie wir nun wissen, resultierte Jugoslawiens Handlungsschwäche aus institutioneller Unterentwicklung. Aber nicht nur.

6.3.4 Staatssicherheit

Wie Wallerstein anmerkt, bewirken ein niedriger Bundeshaushalt und fehlende Steuereinnahmen die Gefährdung der Staatssicherheit. Neben dem sozialen Verfall führt der unzureichende Bundeshaushalt zur immer größeren Ineffizienz der Zivilbürokratie und zur Schwächung sicherheitspolitischer Institutionen, wie etwa Armee, Polizei oder Gerichtsbarkeit (vgl. Wallerstein 2004: 529).

Auch Jugoslawien konnte ab den achtziger Jahren immer weniger für die Sicherheit seiner Bürger sorgen. Fehlende Staatssicherheit ging hierbei mit ökonomischen und sozialen Spannungen und Konflikten einher.

Die theoretischen Ansätze des failed state besagen, dass absterbende Staaten vom Legitimitätsverlust geprägt sind. Wie ich aufgezeigt habe, führte die negative Wirtschaftsentwicklung zum Rückgang der Wohlfahrt und folglich zum ökonomischen Verteilungskampf. Hierbei ging der Verlust des Vertrauens der Bevölkerung mit dem allmählichen Verlust der Legitimität des Staates einher. Geringe Steuereinnahmen und Steuerausfälle führten zur schwindender Sicherheit und schlussendlich zur Schwächung des Gewaltmonopols. In so einem Fall ist eine Regierung gezwungen, Steuerausfälle in irgendeiner Art zu kompensieren, eskalationsfördernde Politiken zu implementieren, sowie innenpolitischen und nationalen Konsens zu erzeugen, um ihre Machtposition beizubehalten (vgl. Billing 1992: 17).

Häufig benutzten Eliten und Kapitalprofiteure Instrumente des Nationalismus und Separatismus, um die sozioökonomischen Spannungen zu verstärken. Sie instrumentalisieren und verstärken die Unzufriedenheit und Unsicherheit in Volksgemeinschaften, um eigene Interessen und Vorstellungen zu verwirklichen. Dabei diente die Schaffung einer Zugehörigkeit zu einem bestimmten (religiösen, ethischen, politischen) Kollektiv, den jugoslawischen Eliten als Machterwerb und als Legitimationsgrund. Wie in der Theorie aufgezeigt, konsultierten auch sie ihre Macht durch die Befriedung des Sicherheitsbedürfnisses ethnischer Gruppen, die der jugoslawische Staat immer weniger bieten konnte (vgl. Troy 2007: 52 ff.). Die dem Staat abhanden gekommene Macht wurde dabei unter Kriegstreibern, Nationalisten und Kapitalisten aufgeteilt, die Sicherheit und Frieden für die Zukunft versprachen.

Tatsächlich scheiterte der jugoslawische Staat auch aufgrund verloren gegangener Ordnungsmacht; Staatssicherheit, Wohlfahrt und Frieden wurden gegen Korruption, Armut und Terror eingetauscht. Folgend kam es zum totalen sozioökonomischen Zusammenbruch und folglich zum Bürgerkrieg. [Hierbei] gilt der ansteigende Widerstand von betroffenen Teilen der Bevölkerung in einem schwachen Staat [...] gemeinhin als der Übergang in den zerfallenden Staat.“ (Nuscheler 2005: 38)

Augenscheinlich war in der jugoslawischen Sezessionsentwicklung die Privatisierung des staatlichen Sicherheits- und Gewaltmonopols. Deutlich wurde der Verlust des staatlichen

Gewaltmonopols anhand des Auftauchens von privaten Gewaltakteuren, wie etwa Warlords, Paramilitärs, Söldner und kriminellen Organisationen. Solche kriegstreiberischen Elemente waren an einem anhaltenden Konflikt interessiert, weil dieser ihnen die Einnahmenquellen dauerhaft sicherte (vgl. Kuderer 2010: 55; Etzendorfer 2007: 115). Wie in der Theorie aufgezeigt, konsultierten die Eliten und Kriegstreiber ihre Macht durch die Befriedung des Sicherheitsbedürfnisses ethnischer Gruppen, die der jugoslawische Staat nicht mehr bieten konnte.

Bekanntes Beispiel eines privaten Gewaltakteurs waren die „Arkans Tiger“. Bei den „Arkanovi Tigrovi“ handelte es sich um eine serbische paramilitärische Einheit, angeführt von Arkan Raznatovic, die in Kroatien und Bosnien durch Schrecken, Plünderung und Mord sowie durch die Zerstörung der Stadt Vukovar (Kroatien) traurige Berühmtheit erlangte. Für die Serben in Kroatien hingegen war Arkan ein Held, da dieser ihnen Sicherheit und Schutz vor Angriffen der Kroaten bot.

Ein anderes Beispiel profitorientierter Kriegstreiberei waren die Machenschaften des Bosniaken und ehemaligen Warlord Fikret Abdic. Abdic, der zugunsten Izetbegovics auf das bosnische Präsidentenamt verzichtete, war einer der bekanntesten Kriegsherren der jugoslawischen Tragödie. Tatsächlich gelang ihm in der Bürgerkriegszeit die Gründung eines geschlossenen Territoriums auf bosnischem Boden, mit der Bezeichnung „Autonome Provinz Westbosnien“, das immerhin 2 Jahre Bestand hatte und eine Miliz von etwa 20.000-30.000 Soldaten aufwies. Finanziert wurde Abdic Kleinstaat durch Waffen- und Schmuggelgeschäfte. Auf der anderen Seite erhielt der Bosniake finanzielle Unterstützung von den bosnischen Serben, da dieser sich in ihren Diensten als Vasall stellte. Auch in diesem Fall kompensierte ein privater Gewaltakteur das fehlende staatliche Gewaltmonopol, in dem er das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung befriedigte.

6.3.5 Externe Akteure

Der vielleicht bedeutendste Grund eines schwachen bzw. zerfallenden Staates ist die Involvierung externer Akteure, die diesen zu ihren wirtschaftlichen und politischen Gunsten beeinflussen und mitprägen. Auf die Frage, weshalb externe Akteure, vor allem das internationale Finanzkapital, Jugoslawien aufsuchte, oder überhaupt ausländische Märkte aufsucht, gibt es ein Hauptargument, nämlich jenes des Geldverdienens. Es geht also um den Bedarf neuer Absatzmärkte (vgl. Hornberg 1964: 4).

Obgleich etwa die Weltbank und der Internationale Währungsfonds Sonderorganisationen der Vereinten Nation sind, die Staaten helfen sollten, sich wirtschaftlich zu entwickeln, so wurde und wird oft genau das Gegenteil erreicht, nämlich Unterentwicklung. Beide Finanzorganisationen werden privatwirtschaftlich geführt, die Gewinne erzielen. So erwirtschaftet die Weltbank etwa 3 Mrd. US-\$ im Jahr (vgl. Nuscheler 2005: 515). Organisationen der UNO erwirtschaften jedoch keinen Profit. Gerade aus diesem Grunde stehen IWF und Weltbank oft in der Kritik, Instrumente der kapitalistischen Zentren zu sein, die die Zentrum-Peripherie-Hierarchie aufrecht erhalten, indem die Entwicklungs- und Schwellenländer durch Druck, List und Ausweglosigkeit ihrer Souveränität beraubt werden. Wirtschaftspolitisch betrachtet, unterwandern sie den Staat und zwingen ihn zur kapitalistischen Strukturumwandlung und Liberalisierung seiner Märkte.

Auch Jugoslawien könnte höchstwahrscheinlich so einem kapitalistischen Plan zum Opfer gefallen sein. Laut westlichen Regierungen, Kapitalisten und internationalen Finanzorganisationen war eine wirtschaftliche Anpassung Jugoslawiens, im Rahmen der neuen Paradigmen des modernen Weltsystems, Grund genug, das Land zu peripherisieren. Wie nach einem Bilderbuchschemata des Konzepts des failed state hoben auch in Jugoslawien externe Akteure, die ethnischen Spannungen auf das internationale Parkett.

Im letzten Jahrzehnt wurden mehrere „westliche Interventionen“ im Namen von Demokratie und Menschenrechte geführt. Auch im ehemaligen Jugoslawien wurden militärische Interventionen geführt, um Menschenrechte zu verteidigen, Streitparteien auseinander zu halten, Frieden zu initiieren und die geopolitische Stabilität der Region zu sichern. So die Absichtserklärungen der kapitalistischen Zentren.

Wie kurz erwähnt, ist eine gewaltlose Intervention laut Völkergewohnheitsrecht immer zulässig (Artikel 39 der UN Charta). Die gewaltlose Intervention wird durch einen Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen behandelt und abschließend abgesegnet (vgl. Neubauer 2008: 14; Etzendorfer 2007: 78). Die NATO-Intervention in Bosnien war im Grunde genommen eine humanitäre Intervention, die vom Weltsicherheitsrat abgesegnet wurde und daher einer Art internationalen legalen Charakter innehatte. Kriegsverbrechen, wie etwa Vertreibung, Mord, oder Massenvergewaltigung machten aus Sicht der westlichen Akteure eine Militärintervention unausweichlich. Und das zu Recht, wie die Historie aufzeigt. Ganz anders sieht allerdings die Sachlage bei der Bombardierung Restjugoslawiens aus. Der Jugoslawienkrieg 1999 erfolgte ohne UN-Ermächtigung, als Reaktion auf angebliche Menschenrechtsverletzungen, die von serbischer Seite begangen wurden. Dabei ging und geht

die NATO von der Allgemeingültigkeit der Menschenrechte aus, die sie ihrer Meinung nach ermächtigte, die Prinzipien „des Rechts auf Krieg“ anzuwenden.

In der Begründung waren und sind die Zentren und die NATO weniger kreativer; in Bosnien waren es die systematischen Vergewaltigungen, in Jugoslawien die Vertreibung der Albaner, in Afghanistan die Unfreiheit der Frau, im Irak die Kurdenfrage und Massenvernichtungswaffen und im Libyen Freiheit und Demokratie, die eine „humanitäre Intervention“ notwendig machte (vgl. Etzerdorfer 2007: 78 f.).

Jugoslawien und seine Teilrepubliken waren nur so lang stabil, bis die Vereinigten Staaten und Westeuropa unter dem Deckmantel von internationalen Finanzorganisationen, Kapitalisten sowie der NATO begannen, geopolitische und wirtschaftliche Interessen zu formulieren (vgl. Ronald Reagan Library 1984: 1 ff.). Wie ausführlicher noch beschrieben wird, ging es ja darum, Jugoslawien als wirtschaftliche Peripherie abzusichern.

[Hieran] [...] arrangierten sich [...] die Vertreter des Staates mit transnationalen Konzernen und unterwarfen sich der Logik der internationalen Finanzmärkte, ganz im Sinne einer konkurrierenden Standortpolitik [...]. Indem der Staat die Fähigkeit verliert, gesellschaftlich integrativ zu wirken, verliert er auch den neutralen, vermittelten Status zwischen den gesellschaftlichen Klassen. [...]. So nahmen Ungleichheiten, Marginalisierung und soziale Spannungen zu, auf der anderen Seite war die „Denationalisierung“ mit starken nationalistischen und rassistischen Tendenzen verbunden. (Weissenbacher 2005: 115)

[Gleichgerichtet] [...] trugen die seit Beginn der achtziger Jahre durchgeführten Reformen, diktiert vom ausländischen Finanzkapital, dem IWF und der Weltbank, [...] zur Zerstörung des industriellen Sektors und zum Abbau des Sozialsystems des Landes bei. Trotz Belgrads politischer Neutralität und seiner ausgedehnten Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft hatte die Reagan-Administration die jugoslawische Wirtschaft in einer Geheimdirektive von 1984 (National Security Decision Directive / NSDD 133) ins Visier genommen. Ihr Titel lautete schlicht: „Die Politik der USA in Bezug auf Jugoslawien“. Eine zensierte Version dieses Dokuments [...] stimmte im Wesentlichen mit einer früheren Direktive (NSDD 54) über Osteuropa von 1982 überein. Sie forderte unter anderem fortgesetzte Anstrengungen zur Entfaltung von „stillen Revolutionen“, mit dem Ziel der Überwindung kommunistischer Regierungen und Parteien, während die Länder Osteuropas wieder dem Wirkungskreis des Weltmarktes unterworfen werden sollten. (Chossudovsky 1999: 2, vgl. Ronald Reagan Library 1984: 1 ff.)

Zur ähnlichen Erkenntnis gelangt auch der Sozialwissenschaftler Peter Steyrer, nämlich; „[dass] die USA nach dem Zweiten Weltkrieg an der Rekonstruktion und Stabilisierung des europäischen Kapitalismus in Form eines „größeren Marktes“ unter Führung des US-amerikanischen Kapitals aktiv mitwirkten.“ (Becker/Hödl/Steyrer 2005: 159)

VII The Modern World-System

71.1 Die Beschaffenheit des Weltwirtschaftssystems

Um den gescheiterten Staat Jugoslawien ökopolitisch im Ganzen zu erfassen, gehen wir im siebenten Kapitel der Frage nach, wie die Beschaffenheit des modernen Weltsystems strukturiert ist, und in welcher Rolle sich der Vielvölkerstaat Jugoslawien in ihr wiederfand.

Die Definition des Begriffes Weltsystem wird an sich bereits problematisch sein. Denn wo sind die tatsächlichen Merkmale und Postulate einer Welthandelsstruktur auszumachen? Welche Merkmale müssen vorhanden sein, um von einem modernen Weltsystem zu sprechen? Die Unmengen an Definitionen verleiten, sich seine eigene kapitalistische Welt mit seinen eigenen Merkmalen und Eigenheiten zu kreieren. Solche Überlegungen machen den Blick auf den modernen Kapitalismus allerdings auch nicht leichter. Daher beschränken wir uns auf das Modell Wallersteins und werden den Zerfall Jugoslawiens, aus dem Blickwinkel seiner Theorie mit den dazugehörigen Kennzeichen und Paradigmen, versuchen zu bestimmen.

Eine einfache Erklärung, bei der Welthandelsstruktur handle es sich um ein Wechselverhältnis zwischen bestimmten Austauschbeziehungen, greift viel zu kurz. Denn die Funktionsweise des heutigen Weltwirtschaftssystems beschränkt sich nicht nur einzig auf globale Wirtschaftsbeziehungen. Der globale Kapitalismus oder wie es Wallerstein formuliert, das moderne Weltsystem, dringt bis in die Poren unserer Gesellschaften, gar bis in den Lebensalltag jedes einzelnen Individuums ein. Seiner Theorie nach ist das moderne Weltsystem keine Erfindung der Neuzeit. Er datiert das beginnende Zeitalter unseres Weltwirtschaftssystems mit der „Krise des Feudalismus“, der Entdeckung Amerikas und der einsetzenden globalen Arbeitsteilung in Europa am Ende des 15. Jahrhunderts (vgl. Wallerstein 2004: 27). Die Palette der Annahmen um den Beginn des Weltsystems reichen in die Zeit um 2500 v. Chr., mit Eurasien als aktiven Wirtschaftsraum, bis Mitte des 19. Jahrhunderts, als mit der Entstehung neuer ökonomischer Verhältnisse eine Verdichtung der internationalen Wirtschaftsverflechtung erfolgte. Ein anderer bedeutender Weltsystemtheoretiker, Fernand Braudel, datiert die Entstehung des modernen Weltsystems im 16. Jahrhundert. Hieran beschreibt er in seinem Hauptwerk „L'économie Monde“ die Co-

Existenz mehrerer Weltwirtschaften, die zur gleichen Zeit nebeneinander bestanden und mit einander verbunden waren.

Die viel umstrittene Frage zu beantworten, welcher Zeitraum nun den wirklichen Beginn des globalen Kapitalismus markiert, ist auch in der Gegenwart, nicht ganz klar zu durchschauen und wäre auch lediglich nur ein Konstrukt. Die Frage zu beantworten, wann das moderne Weltsystem einsetzte, würde ja eine Sensation darstellen. Vielleicht existiert auch keine reine Wahrheit. Von Bedeutung ist für uns sehr wohl die Frage, wie das Weltwirtschaftssystem der Gegenwart konstruiert ist und welche sozioökonomischen Wechselwirkungen zu Jugoslawien bestanden.

Wann auch immer der Kapitalismus entstanden ist, um eine Weltwirtschaft handelt es sich um jeweils die uns bekannte Welt, die von einem Zentrum, dominierten Ordnungssystem geprägt wird. Hierbei handelt es sich um einen irreversiblen Vorgang (vgl. Wallerstein 2004: 29; Rolf 2006: 1 f.).

Unter einer Weltwirtschaft versteht man [...] generell alle Beziehungen und Verflechtungen, die durch internationale Transaktionen [...] zwischen den Märkten entstehen. Zu den Akteuren gehören Staaten, Organisationen [...], multinationale Unternehmen [...] und Nicht-Regierungsorganisationen [...]. Diese Akteure sind in komplexer Weise untereinander vernetzt. Wesentliche Komponenten der Weltwirtschaft sind die internationale Arbeitsteilung und gegenseitige Beziehungen [...] unterschiedlicher Intensität. [Hierbei ist] der Trend zur erhöhter Arbeitsteilung und zur Professionalisierung, [...] irreversibel und universell. (Rolf 2006: 6, vgl. Fässler 2007: 11 f.)

Als Nutznießer des modernen Weltsystems gilt der Kapitalist, der „schlaue Unternehmer“. Dabei wird der schlaue Unternehmer häufig durch global agierende Unternehmen verkörpert. Die 65.000 global agierenden Unternehmen, mit 850.000 Auslandstöchtern, wickeln 2/3 des globalen Exportes ab und beschäftigen 54 Mio. Menschen weltweit (vgl. Fässler 2007: 193; Becker et al. 2007: 115). Sie infiltrieren und benutzen den Staat, gleichwohl ob Zentrum oder Peripherie, um ihre Interessen zu artikulieren, umzusetzen und zu festigen. Hierbei garantiert der Staat, ob mit seiner demokratischen oder autoritären Sicherheit und Stabilität, für behütete Investitionen, einen nationalen Markt sowie einen sicheren Hafen für Akkumulation (vgl. Becker et al. 2007: 116 f.). Andererseits wird der Zugang zu den Rohstoffquellen und Märkten der peripheren Staaten durch die Zentren abgesichert. Durch verbindliche und oft ungerechte Verträge (wie etwa genötigte Lizenzvergabe, Verträge, die die Umgehung von Einfuhrbeschränkungen oder die Liberalisierung des heimischen Wirtschaftsraumes vorsehen) oder Kreditvergaben zwingen die Zentren die Peripherien in die Knie (vgl. Fischer et al. 2004: 68 ff.; Becker et al. 2007: 124 f., 133 ff.).

Die Macht der global agierenden Kapitalisten beruht allerdings nicht nur auf der Widerstandsfähigkeit eines Staates. Der Einfluss wird gleichermaßen durch den privilegierten

Zugang zu nationalen Kredit- und Kapitalmärkten sowie kapitalintensiven Produktionsmitteln beeinflusst. Sie besitzen Investitionskapital, neue Technologien, know how, kostenintensive Labors und automatisierte Produktionsstätten. Das Budget für die Forschung übertrifft die der Entwicklungsländer um ein Vielfaches. Des Weiteren verfügen die global agierenden Unternehmer über ausreichende Infrastruktur, moderne Kommunikationstechnologien und Transporttechniken sowie die Fähigkeit günstige und qualifizierte Arbeitskräfte zu rekrutieren (vgl. Fässler 2007: 193 f.; Becker et al. 2007: 134 ff.). Die global agierenden Konzerne verfügen auch in den Ländern des Südens über gesellschaftliche Akzeptanz. Güter und Waren werden nach den Wertehaltungen und Konsumbedürfnissen der jeweiligen Schwellen- und Entwicklungsländer angepasst, laufend modifiziert und durch Suggestion an die Bevölkerung gebracht. Durch Werbung sollen nicht vorhandene Konsumbedürfnisse geschaffen werden (vgl. Fischer et al.:2004: 98).

Der Kapitalismus bewirkt auch eine kulturelle und sprachliche Homogenisierung, das heißt des abnehmenden Verlustes kultureller Vielfalt. Das moderne Weltsystem uniformiert die vielfältigen Gesellschaften durch Schaffung von Konsumbedürfnissen und Konsumgewohnheiten und überstülpt ihnen kapitalistische und westliche Werte auf (vgl. Faschingeder 2004: 55 ff., 78, 131 f.).

[Dazu heißt es etwa, dass es] aufgrund weltweiter Vernetzungen und intensiver Austauschbeziehungen letzten Endes zu einer einheitlichen Weltkultur kommen werde. [...]. Selbst bei Kulturwerten wie der Sprache, die keine primär ökonomische Bedeutung haben, erscheint die angelsächsische Präsenz erdrückend. [...]. Nach pessimistischen Schätzungen werden von den derzeit rund 6500 Sprachen nur ca. 10% das 21. Jahrhundert überdauern. (Fässler 2007: 19 f.)

Es besteht also kein Zweifel und es kann nicht geleugnet werden, dass „westliche Kultur“ exportiert wird (vgl. Faschingeder 2004: 50 f., 78, 131). Es kann aber ebenso nicht geleugnet werden, dass auch chinesische, indische oder arabische Kulturwerte in die Welt hinaus getragen werden. Es scheint, dass sich Kulturen ständig bedingen, wobei neue Kulturen entstehen können. Die Intensität der Assimilation ist nicht auf beiden Seiten gleich, für eine Kultur oder Sprache kann der Zusammenprall gar seinen Untergang bedeuten. Kultur wird also als „umkämpftes Terrain“ verstanden, wobei sie als bedeutende Dimension im Entwicklungsprozess fungiert und von gesellschaftlichen Kräften umkämpft wird (vgl. Fischer et al.:2004: 199). Einige Wissenschaftler sind sich einig, Kultur habe sich gar losgelöst und verselbständigt, die die Menschheit in ihren Dienst stellt und beherrsche (vgl. Faschingeder 2004: 132).

Tatsächlich aber blühten die kulturellen Eigenheiten der ehemals jugoslawischen Volksgemeinschaften ja förmlich auf. Mit jedem Schritt des Staatszerfalls wurde Kultur und

Tradition nur noch intensiver aufgesogen und reanimiert. Man möge an die Vielzahl revitalisierter Bräuche, Feste und Umzüge denken.

Insofern ist die Feststellung wichtig, weil die jugoslawische Bevölkerung vielleicht nicht so sehr westliche Kultur und Überlieferungen adaptierte, als eher kapitalistische Konsumorientierung und Konsumverhalten absorbierte, die, wie ich kurz erläutert habe, auch im jugoslawischen Staatssozialismus ausgeprägte Merkmale aufwiesen.

7.2 Struktur und Charakteristiken des Wallerischen Weltsystemansatzes

[Für Wallerstein ist] ein globales System [...] nicht weil es die ganze Welt umschließt, sondern weil es größer ist als jede juristisch definierte politische Einheit. Und es ist deshalb eine Weltwirtschaft, weil die Verbindung zwischen den Teilen des Systems vor allem eine ökonomische ist – freilich durch kulturelle Bindungen zu einem gewissen Grad verstärkt, zuweilen auch, [...] durch politische Arrangements und Bündnisse. (Wallerstein 2004: 27).

In einer kapitalistischen Weltwirtschaft wird die politische Energie [...] zur Sicherung von Monopolrechten verwendet. Der Staat wird weniger zum zentralen Wirtschaftsunternehmen als vielmehr zum Hilfsmittel bei der Sicherung bestimmter Handelsbedingungen für andere ökonomische Transaktionen. Dadurch schafft die Tätigkeit des Marktes [...] Anreize zur vermehrter Produktivität und allen daraus folgenden Begleiterscheinungen der modernen ökonomischen Entwicklung. Die Weltökonomie ist die Arena, in der sich diese Prozesse abspielen. (ebd.: 28, 517 f.)

Wallersteins Theorie des modernen Weltsystems besagt, dass die geopolitische und sozioökonomische Strukturierung der Welt in kapitalistische Zentren (Kerne) – in Schlüsselgruppen, die über ein mächtigen Staatsapparat verfügen – und staatschwachen Peripherien (Randzonen) geteilt ist. Daher stehen die Regionen nicht in der gleichen Position zueinander. Das bedeutet, dass die Welt nicht als ein ganzes, homogenes Konstrukt zu verstehen ist. Die Regionen sind nicht nur geopolitisch und kulturell zerteilt, sondern vor allem ökonomisch separiert. Dabei stehen die unterschiedlichen Weltregionen in starker Wechselwirkung zueinander. Bemerkbar macht sich diese Wechselwirkung durch das Interagieren von politischer Macht, Hierarchie, adaptierter Kultur und ökonomischen Wettstreit, wie ich nun zeigen werde.

7.2.1 Zentrum

„Als Zentren, [auch als Kerne [cores] bekannt], verstehen wir Räume, die sich aufgrund ihrer Stellung in der internationalen Arbeitsteilung mehr Ressourcen aus dem Gesamtsystem aneignen können als andere.“ (Fischer et al. 2004: 68) Die immerwährende Dominanz und Stärke eines Zentrums wird dabei durch fünf bedeutende Staatsmonopole gekennzeichnet:

„[1.] dem technologischen Monopol, [2.] der Kontrolle der globalen Finanzmärkte, [3.] dem monopolistischen Zugang zu den natürlichen Ressourcen der Erde, [4.] dem Medien- und Kommunikationsmonopol sowie [5.] dem Monopol auf Massenvernichtungswaffen.“ (ebd.: 46)

Ein mächtiger Staat gilt dabei keineswegs als Hindernis, sondern ist evolutionäre Voraussetzung für ein Zentrum. Er ist Garant für eine kapitalistische Gesellschaftsordnung, gleichfalls sichert er den „freien Wettbewerb“ und damit die kapitale Akkumulation ab (vgl. Lipke 2010: 22). Die gewaltigen Staatstrukturen der Zentren haben dabei die Aufgabe, die Bourgeoise vor Unzufriedenheit, und im extremsten Fall, vor Klassenkämpfe zu schützen. Mächtige Staatsmechanismen, bürokratische Verfahren und Interessensverbände sorgen dafür, dass die Kapitalinteressen, Monopole und Eigentumsrechte der Akkumulationsregime geschützt werden (vgl. Wallerstein 2004: 520; Weissenbacher 2005: 114). Hauptnutznießer des modernen Weltsystems ist also der Kapitalist.

Durch Druck, Bürokratie, Beeinflussung, ebenso wie durch die Verteilung von Wohlstand, werden die Massen der Zentren auf ein bestimmtes unkritisches Niveau gehalten. Die „konsensgetragenen Hegemonie“ in den Metropolen wirkt dabei als Legitimationskonstrukt und Garant für Investitionen, da diese einen berechenbaren, freien und sicheren Wirtschaftsraum bevorzugen (vgl. Becker et al. 2007: 17).

Die Zentren stehen aber auch in Konkurrenz zueinander und sind weder politisch oder kulturell noch sozioökonomisch gleich organisiert. Sie besitzen nicht die gleiche Verfügbarkeit von Produktionsmitteln und Ressourcen. Denn, wenn es sich so verhielte, wären die Metropolen in der Lage, die Arbeitsschritte der jeweils anderen Wirtschaftsmetropole zu übernehmen. Dies hieße, dass die ausgelagerten Arbeitsschritte und die weltweite Arbeitsteilung, und folgend der Handel, obsolet werden, denn jedes gleichwertige Zentrum würde ja über die gleichen komparativen Kostenvorteile verfügen. Nach Wallersteins Theorie würde eine ausgewogene Machtposition zwischen den Zentren zum Ende des modernen Weltsystems führen (vgl. Wallerstein 2004: 520, 527 f.).

Im Gegensatz zur Zeit des bipolaren Wettstreits, wo einige wenige Staaten die kapitalistischen Zentren verkörperten, dominieren heute Weltwirtschaftszentren, die mehrheitlich in Staatenverbände wie etwa der EU, APEC, OPEC oder der NAFTA organisiert sind. „Meist fokussieren sie auf den Abbau von Handelshemmnissen, einige kooperieren auch auf anderen Feldern wie Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Forschung, Umweltschutz oder Verbrechensbekämpfung.“ (Fässler 2007: 160)

7.2.2 Semiperipherie

Eine zweite Sphäre des modernen Weltsystems, die Semiperipherie, erfüllt die Funktion eines Katalysators und Brückenkopfs, der zwischen Zentrum und Peripherie fungiert (vgl. Lipke 2010: 41). Häufig wahrt die Semiperipherie die geopolitischen und ökonomischen Interessen des Zentrums, indem sie ihm geostrategischen Schutz vor militärischen Gefahren, die von der Peripherie ausgehen, bietet. Demgegenüber dient sie als treu ergebener Vasall, der auf Wunsch des Kerns, auch einen Stellvertreterkrieg nicht scheut. Demnach fungiert die Semiperipherie als Stabilisator, der die hierarchischen Struktur des modernen Weltsystems und die daraus entstehende strukturelle Abhängigkeit festigt.

Die Semiperipherie erfüllt allerdings nicht nur die Aufgabe einer und geostrategischen Pufferzone. Denn wie beschrieben, braucht der Kern eine zumindest so weit stabile Semiperipherie, um den Wertetransfer aus der Peripherie zu gewährleisten (vgl. Lipke 2010: 22 f.). Die Semiperipherie ist oft von einer schwachen Staatsstruktur gekennzeichnet, Funktionen die den Wertetransfer aus den Peripherien absichern, sind natürlicherweise vorhanden (vgl. Becker et al. 2007: 40 f.). Weiters handelt es sich bei einer Semiperipherie häufig um ein Schwellen- oder Transformationsland mit autoritären oder mäßig ausgeprägten demokratischen Staatsstrukturen (vgl. Becker et al. 2007: 16 f.).

In Semiperipherien wurde und wird vor allem der Rohstoffabbau forciert, um Deviseneinnahmen zur Deckung des Konsumbedarfs, der eine negative Handelsbilanz aufwirft, zu erreichen. Im Gegensatz zu den Peripherien können exportorientierte Semiperipherien einige Nischenprodukte am Weltmarkt abdecken. Häufig weisen Schwellenländer gar eine vergleichbare Produktivität wie Industrieländer auf. Diese wird allerdings eher durch arbeitsintensive Produktion erreicht als durch technologisierte und kapitalintensive Produktionsmitteln (vgl. Becker et al. 2007: 27 f., 37 ff.).

Ein weiteres Charakteristikum der Semiperipherie ist die Abwanderung von gut ausgebildeten Arbeitskräften, Talenten und der Intelligenz. Im Gegensatz zu Peripherien verfügen Semiperipherien nämlich über eine breitere Masse gut ausgebildeter Menschen, die durch starke Bildungsinstitutionen, wie sie etwa in Jugoslawien existierten, hervorgehen. Die Zentren absorbieren nicht nur Wert in Form von Geldkapital, sondern auch in Form sozialen Kapitals. Dagegen sind Peripherien und Semiperipherien mit Reproduktionskosten, abwandernder Arbeitskraft als gleich mit Brain Drain konfrontiert (vgl. Fischer et al. 2004: 72).

Die semiperipheren Gebiete waren in frühen Zeiten entweder Zentren oder Peripherien, die sich durch geopolitische Dynamiken, technologischen Fortschritt und einer sich durch die Jahrhunderte veränderten globalen Wirtschaftsstruktur positionierten. Das bedeutet, dass de facto desgleichen ein Zentrum als Semiperipherie oder gar Peripherie absteigen kann. Umgekehrt können Semiperipherien zu Zentren aufsteigen (vgl. Wallerstein 2004: 520 f.).

Betrachtet man die Historie des Kapitalismus, so taucht jedoch eine bedeutende Frage in Wallersteins Behauptung auf, die in seiner Weltsystemtheorie unbeantwortet bleibt. Wenn wir das Weltsystem charakterisieren, dann sind die alten kapitalistischen Zentren, mit abwechselnder Dominanz und Konkurrenz zueinander, auch die Zentren der Gegenwart geblieben. Es gab die Hegemonie Spaniens, Hollands, Englands, Frankreichs oder Chinas, mit ihrem jeweiligen zeitlich begrenzten Dominanzanspruch. Und wieder sind es die gleichen Länder, die die bedeutenden kapitalistischen Wirtschaftsmetropolen verkörpern und nicht Ecuador, Nigeria oder Albanien. Dies würde im Grunde bedeuten, dass die kapitalistischen Wirtschaftsäume, die in Zentren, Semiperipherien und Peripherien zerteilt sind, bis auf einige wenige Ausnahmen (wie etwa den Tigerstaaten), unverändert blieben. Demzufolge könnte eine Semiperipherie bzw. Peripherie seine Position gar nicht verbessern, auch nicht durch technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt.

7.2.3 Peripherie

Peripherien wie auch Semiperipherien zeichnen sich durch Abhängigkeit, Ungleichheit und Staatsschwäche aus.

Ein Land ist in diesem Sinne abhängig, wenn seine gesamte sozioökonomische Entwicklung durch äußere Faktoren bestimmt wird, ohne dass das betroffene Land einen ebensolchen Einfluss auf seine externen Wirtschaftspartner ausüben kann. Eine asymmetrische Interaktionsstruktur bewirkt jeweils die Begünstigung des hochentwickelten Industrielandes und die Beherrschung und Benachteiligung des Entwicklungslandes. Beide determinieren sich gegenseitig, aber die Bestimmung des schwachen Pols durch den starken ist ungleich zwingender und erdrückender als die Wirkung in umgekehrter Richtung. (Fischer et al. 2004: 95)

Hierbei steht im core einer Peripherie ein formeller weltmarktabhängiger Mittelpunkt (moderner Sektor), der von informellen Randzonen umgeben wird. Bei dem formellen Kern handelt es sich um für den Weltmarkt zugeschnittene Enklaven, die in Abhängigkeit zu den kapitalistischen Zentren stehen. Formelle Kerne verkörpern dabei oft freie Produktionszonen, exportorientierte Landwirtschaften, Bergbau oder Handelsstützpunkte. Dort werden Synergieeffekte geballt und der Mehrwert den Zentren zugeführt (vgl. Fischer et al.:2004:69).

Hingegen wird die informelle Randzone durch ein breites Spektrum von prekären Lebensbedingungen und unterbezahlten Arbeitsformen geprägt. Durch Kauf von günstigeren Gütern und Auslagerung von Produktionsschritten in den informellen Bereich spart der Kapitalist zweifach Kosten. Gleichzeitig wird zusätzlicher Gewinn durch den Verkauf der Waren erwirtschaftet, da der Konsument ja günstiger und eventuell auch mehr einkauft. In Schwierigkeiten kommen dabei die Menschen im informellen Sektor. Denn um die Reproduktionskosten auszugleichen, müssen die Menschen im unsichtbaren Sektor ihre Erwerbstätigkeit auf mehrere Beinen stellen und das niedrige Einkommen an einem Mehr am Arbeitsplatz kompensieren (vgl. ebd.: 69 f.).

Der Wert, der dadurch geschaffen und zu den Zentren transferiert wird, wird dann genau genommen als „Strukturelle Abhängigkeit“ charakterisiert (vgl. ebd.: 46, 68, 70). Strukturelle Abhängigkeit äußert sich in der ungerechten sozioökonomischen Konnektivität zwischen Zentrum und Peripherie. Einfacher ausgedrückt, Abhängigkeit und Peripherisierung sind die Ursachen von Unterentwicklung.

Die Systematisierung der Weltwirtschaft in Zentrum und Peripherie hat also auch eine Hierarchisierung der wirtschaftlichen Aufgaben zum Ergebnis. Den kapitalistischen Zentren kommen hierbei die höher bewerteten kapitalintensiven und profitbringenden Aufgaben zu, den Peripherien bleibt die arbeitsintensive Produktion von Halbfertigprodukten. Wie angedeutet werden als Ursache von Fischer et al., fehlende Staatsmonopole angegeben (vgl. ebd.: 46; Lipke 2010: 28 f.).

- 1.) Die hierarchische Weltwirtschaftsstruktur wird durch den tendenziell wachsenden technologischen Vorsprung der kapitalistischen Zentren nur noch verfestigt und einbetoniert. Da für die Forschung eine ausreichende Finanzierung gewährleistet werden muss, sind weitreichende technologische Entwicklungssprünge in Entwicklungsländern kaum möglich. Weil ihnen sozusagen die kapitalen Mittel fehlen, können sie sich technologisch nicht weiterentwickeln und der Produktionssektor kann daher nicht modernisiert werden. Die Folge ist, dass technisch veraltete Waren von schlechter Qualität erzeugt werden, die den internationalen Standards nicht mehr entsprechen und somit als Geldquelle versiegen.

- 2.) Wirtschaftliche Randzonen besitzen kein Monopol auf die Kontrolle der globalen Finanzmärkte. Ganz im Gegenteil, der nationale Markt der Randzonen wird von den globalen Finanzmärkten geradezu diktiert. Sie sind von den Zentren finanziell und technologisch abhängig, aber ebenso den permanenten Veränderungen im modernen Weltsystem ausgesetzt. Aufgrund der tiefgehenden Abhängigkeit, peripherer Nationalökonomien, können sich kleinste Marktschwankungen zu schweren Wirtschaftskrisen entwickeln, die abermals die Ökonomie in den Abgrund stürzen. Diesem Teufelskreis zu entgehen schaffen nur die wenigsten Randzonen. In letzter Zeit hat sich gar der Trend bemerkbar gemacht, auf den Bankrott eines Landes zu spekulieren. Die wirtschaftliche Tragödie, die sich in Griechenland ereignet, bietet geradezu ein anschauliches Beispiel.

- 3.) Häufig fehlt den Peripherien der monopolistische Zugang zu nationaleigenen Ressourcen. Denn dieser wird häufig von den Zentren beansprucht. Dagegen besetzen Randzonen die Position eines Rohstoff- und Energielieferanten. Wie erwähnt, werden die Ressourcen der Randzonen, üblich durch ungleiche Verträge, manchmal gar mit militärischer Gewalt ausgeplündert. Ebenso entscheiden politischer Einfluss und ökonomischer Druck über den Zugang zu Produktionsmitteln. Im Gegenzug importiert die Peripherie verarbeitete Produkte, die sie zuvor unverarbeitet exportierte – ein nicht endender Teufelskreis, der aufgrund von Kapitalmangel und technologischer Ausstattung am Leben gehalten wird. Allerdings ist nicht nur die Verfügbarkeit der Ressourcen ein Grundmerkmal der Zentrum-Peripherie-Hierarchie. Ein weiteres Kriterium der Hierarchiebildung ist der Einfluss auf die Preisbildung, denn diese richtet sich nicht immer nach Angebot und Nachfrage. Zunehmend wird der Preis des Produktivkapitals durch Spekulation gebildet, ein Effekt der Monopolstellung der Zentren im globalen Finanzmarktgeschehen.

- 4.) In Zeiten nicht versiegender Informationszuflüsse gibt es bei der Frage des Medien- und Kommunikationsmonopols womöglich zwei Antworten. Aufgrund des Internets hat prinzipiell geradezu jedes menschliche Individuum die Möglichkeit, Schrift und Meinung einfach zu vervielfältigen und zu verbreiten. Das Internet als Massenmedium dient praktisch als Kommunikationsmittel, das die ganze Welt auf unkomplizierte Weise erreicht. Auf der anderen Seite werden, wie nie zuvor, unliebsame Inhalte kontrolliert und zensuriert. Die Zensur erfolgt auf einfache Weise.

Satelliten und Sender werden funkgestört, Internetseiten, gar ganze Server lahm gelegt oder mit Cyberattacken angegriffen, Verlage und Fernsehstationen aus dem Verkehr gezogen. Denn Information ist Erkenntnis und Erkenntnis bedeutet Stärke. Und über diese Stärke verfügen oft nur die kapitalistischen Zentren und einige aufstrebende Schwellenländer.

- 5.) In der Tat besitzen unzählige Entwicklungs- und Schwellenländer Massenvernichtungswaffen, die einen großen Teil der Menschheit in die Katastrophe führen könnte. Das Monopol auf Massenvernichtungswaffen ist daher schon lange kein Monopol des Westens mehr. Biologische und chemische Waffen sind leicht herstellbar und werden Tonnenweise von fast jedem Land der Erde gebunkert. Auch das Monopol auf „Atom“ ist schon lange kein Monopol der Zentren mehr. Ganz im Gegenteil, in der Gegenwart sind zwei Drittel der Atommächte Schwellen und Entwicklungsländer. Atommächte des Südens sind etwa Indien, Nordkorea, Pakistan oder der Iran. Ob die Stärke und Dominanz der Zentren durch das Monopol auf Massenvernichtungswaffen, global betrachtet, auszumachen sei, ist daher zu bezweifeln. Sicherlich schüchtert der Besitz von Massenvernichtungswaffen viele Staaten der Peripherie ein und bedrohen, wie es etwa die Vereinigten Staaten seit siebzig Jahren vorexerzieren, die Stabilität vieler Regionen.

Gingen wir davon aus, dass (Semi-)Peripherien für immer ihr Dasein als Randzonen fristen müssten, dann wäre unsere Forschungsfrage bereits beantwortet. So leicht wollen wir es uns aber nicht machen und werden Jugoslawien in seinem Bestehen auf Kennzeichen einer Peripherisierung überprüfen und diese, wenn vorhanden, in Wechselwirkung mit den damals herrschenden globalen Wirtschaftsvorgängen abbilden.

Obwohl es immer wieder Versuche gegeben hat, den Kapitalismus zu bändigen, existiert kein normativer Hebel, um die Weltwirtschaft als Ganzes zu reglementieren. Und wie die gegenwärtige Situation auf dem Globus aussieht, wird es so einen normativen Hebel auch in Zukunft nicht geben (vgl. Wallerstein 2004: 521).

7.2.4 „Strukturelle Abhängigkeit“

Vor dem Hintergrund „struktureller Abhängigkeit“ und „struktureller Heterogenität“ bildet die Heranziehung unterschiedlicher Weltregionen als Produktionsstandorte (Standort- und Warenketten) sowie die ihnen zugrunde liegende Kombination von unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen im Bezug auf Entlohnung und soziale Absicherung die Grundlage für den Werttransfer von der Peripherie ins Zentrum. (Fischer et al. 2004: 70)

Aus marxistischer Perspektive ist die Wirtschaftsstruktur in den Entwicklungsländern ein Produkt ihrer Vergangenheit und der besonderen Art und Weise, in der diese mit dem Kapitalismus in Berührung gekommen sind. (ebd.: 94 zit. Autorenkollektiv 1988)

Wie erfolgt nun der Werttransfer von den Peripherien in die Zentren? Wie macht sich diese „strukturelle Abhängigkeit“ bemerkbar? Immanuel Wallersteins Zentrum-Peripherie-Modell soll uns hierbei Aufschluss geben.

1.) Extraktion von Rohstoffen, Waren und Arbeitskraft, aus den Wachstumsinseln der Peripherie:

[...] der multinational agierende Konzern setzt bei den Wachstumsinsel an und extrahiert, woran jeweils Interesse besteht: Edelmetalle, Rohstoffe, Nahrungsmittel, Arbeitskraft für den Einsatz vor Ort, migrierende Arbeitskraft.

2.) Werttransfer I: Vom Hinterland in die Wachstumsinsel:

Traditionelle Gesellschaften werden durch Zwangsarbeit, Enteignung des Bodens, Vertreibung, Steuerdruck etc. aufgebrochen und in Hinterland verwandelt. Menschen müssen sich in den Plantagewirtschaften/im Bergbau/in der Weltmarktfabrik verdingen; das Beschäftigungsausmaß bzw. die Löhne sind so gering, dass zum Hinterland deformierte traditionelle Sektoren (Haushalte) sie versorgen und damit subventionieren müssen.

3.) Werttransfer II: Von Süd nach Nord:

Waren- und Standortketten und unterschiedliche Zusammensetzung bezahlter und unbezahlter Arbeit in verschiedenen Teilräumen der Weltwirtschaft sind das Geheimnis des „Billiglohns“ und der „billigen“ Rohstoffe aus Entwicklungsländern. Wenn ein Unternehmen Waren unter peripheren Bedingungen produzieren lässt, macht es sich das niedrigere Lohn- und Preisniveau in der Peripherie zunutze. Durch ungleichen Tausch, „Brain Drain“, Abfluss von Gewinnen und Ersparnissen, Schuldendienst etc. kommen diese in der Peripherie erzielten Kosteneinsparungen den Zentren zugute.

4.) Werttransfer III: Von den informellen in die formellen Sektoren:

Der Zufluss von Werten aus den Peripherien der Weltwirtschaft gewährleistete, dass in den entwickelten Industriestaaten im Zeitraum zwischen 1880 und 1980 eine gesellschaftliche Homogenisierung erfolgte. Neue Tendenzen (nicht nur) in den Zentren der Weltwirtschaft in Richtung Informalisierung und Deregulierung schufen erneut Voraussetzungen für den Werttransfer von informellen zu formellen Sektoren. (Fischer et al. 2004: 71 f.)

Wallersteins Zentrum-Peripherie-Modell

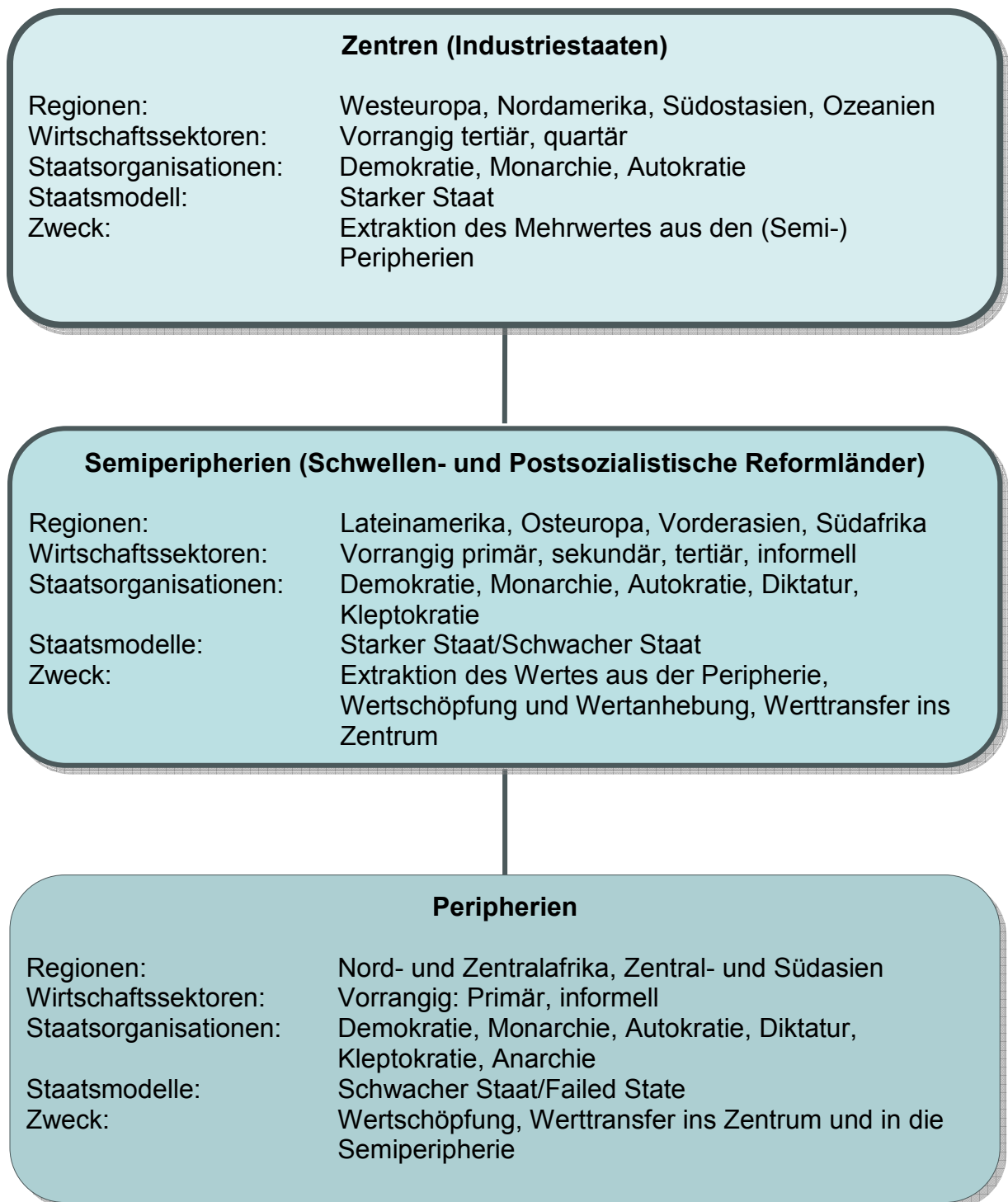


Abb. 3: Funktionsweise des Zentrum-Peripherie-Modells

VIII Jugoslawiens Verhältnis zum modernen Weltsystem

8.1 Jugoslawien, auf das moderne Weltsystem projiziert

Wallerstein hat eine Analyse der globalen Wirtschaftsweise des 15. und 16. Jahrhunderts angestrengt und bestimmte Daten und Ereignisse der Historie entnommen, um seine These einer Existenz, einer „modernen Weltwirtschaft“ zu untermauern. Wie allerdings sieht die Projektion des Vielvölkerstaates auf das moderne Weltsystem nun aus? An welchen latenten Größen könnte Jugoslawiens Stellung im modernen Weltsystem gemessen werden?

Welche Folgen eine allmähliche Konvergenz zum kapitalistischen Weltwirtschaftssystem auf sozioökonomische und politische Bereiche Jugoslawiens hatte, das wird dieser Abschnitt des Kapitels nun klären. Um Jugoslawien auf das moderne Weltsystem projizieren und seine sozioökonomische Stellung in der Hierarchie ausmachen zu können, habe ich mich auf die erläuterten Staatsmonopole (technologisches Monopol, Kontrolle der globalen Finanzmärkte, monopolistischer Zugang zu den natürlichen Ressourcen der Erde, Medien- und Kommunikationsmonopol, Monopol auf Massenvernichtungswaffen) (vgl. Fischer et al. 2004: 46) konzentriert, die eine hierarchische Struktur zwischen Zentrum und Peripherie erst ermöglichen.

Im Sinne des modernen Weltsystems ist eine schwache Staatsstruktur eine Voraussetzung für das Funktionieren einer Peripherie. Ein peripherer strong state im Sinne der Theorie des failed state existiert nicht. Dabei bietet der Rückzug des Staates dem internationalen Unternehmertum beste Voraussetzungen für die Vermehrung seines Finanz- und Anlagekapitals. Im Sinne der kapitalistischen Funktionsweise optimale Bedingungen für die Akkumulation schaffen, in dem er einen Binnenmarkt etabliert, für die Zentren nationale Ressourcen sichert, Voraussetzung für lukrative Investitionen und günstige Produktion schafft, sowie ausreichend Gutasgebildete, aber günstige Arbeitskräfte bereitstellt.

Der schwache oder scheiternde Staat ist weiters von struktureller Abhängigkeit gekennzeichnet, oder weist zumindest desintegrative randständige Strukturen auf. Tatsächlich werden failed states, der Theorie zufolge, ausschließlich von exogenen Realitäten beeinflusst. Durch die Wechselwirkung zwischen peripheren Staat und kapitalistischer (Un)Ordnung erhält das moderne Weltsystem seine bildliche Gestalt. Wie erläutert wurde, drückt sich diese bildliche Gestalt durch Funktion, Machtbeziehungen, hierarchischen Strukturen, Ungleichheit und Gegensätzen aus.

8.2 Szenario 1: Jugoslawien als Zentrum

Nach den gängigen Freihandelstheorien führt freier Handel und die Spezialisierung auf komparative Kostenvorteile zu wohlstandssteigernden Effekten aller involvierten Länder. Es soll geklärt werden, ob diese Sichtweise ebenso auch für Jugoslawien zutreffen. Zu untersuchen war, ob die Exportorientierung und der Abbau von Handelshemmnissen zu wohlstandssteigernden Effekten führten. Ob der jugoslawische Vielvölkerstaat die Eigenschaften eines Zentrums erfüllen konnte, soll dieses Kapitel nun klären.

In der marxistischen Theorie durchläuft ein zentraler Staat mehrere Stadien, bis er die Idealform des Kommunismus erreicht. Die Utopie des Kommunismus „war in der Praxis jedoch nicht angekommen, weil sich die Realität anders gestaltete, als erwartet worden war.“ (Becker/Weissenbacher 2009: 77) Entgegen den Erwartungen der frühen marxistischen Ideologen, der Sozialismus und in Folge der Kommunismus können nur aus kapitalistischen Staaten hervorgehen, blieb die sozialistische Revolution einzig auf Randzonen beschränkt. Damit war deutlich, dass die Peripherien der Vergangenheit auch die Peripherien der Zukunft darstellen, auch wenn sie für Jahrzehnte über einen sozialistischen Überbau verfügten, der es ihnen ermöglichte, sich teilweise den kapitalistischen Zentren zu entziehen.

Aus Sicht marxistischer Staatstheorien kann von einem staatssozialistischen Jugoslawien gesprochen werden, der spätestens bis zum Zeitpunkt seines Absterbens in reformierter Form bestand. Laut Becker und Weissenbacher erfüllten die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen zwei Jahrzehnte lang wahrhaftig die zentralen Bedingungen der „Utopie Kommunismus“, denn:

- 1.) Kollektives Eigentum und Produktionsmittel waren ab dem Jahre 1954 einzig im Besitz der Arbeiterschaft und nicht jene des Staates, wie es in den übrigen sozialistischen Ländern eigentlich der Realität entsprach. Der Zenit der Kollektivität und Eigenverantwortung wurde mit dem Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung 1957 erreicht. Die Konsequenzen, die sich ergaben, und dem Land zumindest bis zu den Ölkrisen wirtschaftliche Prosperität und Wohlstand verschaffte, waren also ein demokratisch legitimierter Produktionsprozess, der gleichzeitig von Kontrollorganen der Arbeiterkommunen und der KP unüberwacht wurde, festgeschriebene Löhne, die bei Ausfall vom Staat subventioniert wurden, Unkündbarkeit sowie soziale Sicherheit. Dagegen führten festgeschriebene Löhne und Preise, fehlender Wettbewerb und die

damit verbundene Kreativität und Produktivität zum allmählichen Abwürgen der jugoslawischen Ökonomie (vgl. ebd.: 87).

- 2.) Bis zur endgültigen Einverleibung des Landes in das moderne Weltsystem existierten kaum wirtschaftliche und politische Verbindungen, die Jugoslawien mit anderen Staaten in hierarchischer Beziehung verbunden hätte. Bis zur wirtschaftlichen Öffnung des Landes waren Kapitalinvestitionen durch Ausländer undenkbar (vgl. Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft 1967: 47). Wie weiters aufgezeigt wurde, lag das Handelsmonopol, die Festlegung von Löhnen und Preisen sowie die Ausgestaltung der Wirtschaft einzig in den Händen der Arbeiterräte, die von den Arbeitern gewählt wurden (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 84 f.).
- 3.) Obwohl die Produktionsverhältnisse in Jugoslawien, wie ich aufgezeigt habe, durch andere Rahmenbedingungen hervorgingen, als von marxistischer Theorie forciert, existierte nichts desto trotz eine klassenlose Gesellschaft. Der von den Arbeitern und Bauern erwirtschaftete Mehrwert ging nicht an die Bourgeoise, wie es in einer Klassengesellschaft üblich ist, sondern an die Bauern- und Arbeiterschaft zurück. In Jugoslawien kann daher, realpolitisch betrachtet, von einer „Diktatur des Proletariats“ gesprochen werden. (vgl. ebd.: 76 f.).
- 4.) Bis zur ersten Welle der Einverleibung Jugoslawiens, die - wie ich verdeutlicht habe - mit der Aufnahme von Krediten von internationalen Finanzorganisationen und einem Ende des fordistischen Wirtschaftsmodells begann, basierte Jugoslawiens Ökonomie auf den Prinzipien sozialistischen Wirtschaftens. Im Gegensatz zur kapitalistischen Marktwirtschaft beruhte die jugoslawische Wirtschaftsordnung auf Grundregeln der Konzipierung und der Allokation von Produktionsmitteln. (vgl. ebd.: 91). Auf diese Weise konnte Jugoslawien sein BIP pro Kopf bis 1965 nahezu verdoppeln (vgl. Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft 1967: 12).
- 5.) Obwohl die neokulturelle und ideologische Prosperität Jugoslawiens, wie erwähnt wurde, ganze Staaten, wie etwa Albanien oder Griechenland, erfasste - manche sprechen gar vom jugoslawischen Kulturimperialismus der fünfziger und sechziger Jahre - kann dennoch nicht von einer kulturellen Hegemonie über Südosteuropa gesprochen werden (vgl. Roth 2009: 211).

Erfüllte das Land anhand oder gerade trotz marxistisch-sozialistischer Kriterien nicht auch die Merkmale eines, nach dem Theorem des modernen Weltsystems, wirtschaftlichen Zentrums? Auf dem ersten Blick würde man meinen ja, aber sehen wir uns mal diese Betrachtungsweise Schritt für Schritt an.

Auch wenn das Land das Stadium des Kommunismus nur anstriefte, so gelang es der jugoslawischen Führung dennoch, zumindest einen Teil bedeutender marxistischer Ideale zu verwirklichen. So stieg der Vielvölkerstaat nach dem II. Weltkrieg für die gegründeten realsozialistischen Länder zu einer Art „sozialistischen Wirtschaftszentrum“, zu einem Vorbild eines modernen nachholenden Industriestaates auf. Wirtschafts- und Agrarreformen, demographische und soziale Veränderungen, autoritäre Herrschaftsstrukturen sowie eine - auf eine bessere Zukunft - getrimmte Bevölkerung, sollten, wie ich aufgezeigt habe, eine nachholende Importsubstituierende Entwicklung in Gang setzen und als Ergebnis Wirtschaftswachstum und Wohlstand bringen.

Der starke jugoslawische Staat gründete hierbei auf eine mächtige, von der Bevölkerung wohlgesonnenen KP. Andererseits basierte der mächtige Staatsapparat sowohl auf der tiefen Überzeugung als auch in der Nachkriegseuphorie, dieser habe im Entwicklungsprozess eine zentrale Rolle zu spielen.

Abgesehen von bedeutenden Staatsmonopolen, die in ihrer Gesamtheit eine starke zentrale Industrienation oder einen schwachen peripheren Staat ausmachen, ist das kapitalistische Zentrum auch von anderen Charakteristiken geprägt, die gleichfalls in Jugoslawien vorhanden waren; ab 1963 vollzieht das Land den Übergang von der reinen Planwirtschaft zur (noch nicht freien) Marktwirtschaft. Die SFRJ öffnete sich dem modernen Weltsystem, indem dem Finanz- und Anlagekapital größere Freiheiten eingeräumt und die Löhne den Marktbedingungen angepasst wurden. Die Produktion und der Handel waren dabei auf die Weltwirtschaft fokussiert.

Als sich die jugoslawische Ökonomie mit der Weltwirtschaft verband, konnte das Land durchaus von dieser Verbindung profitieren; hierbei war der Vielvölkerstaat als gleichberechtigte Industrienation sowohl von den kapitalistischen Zentren als auch den sozialistischen Bruderstaaten anerkannt. Die Handelsbeziehungen stiegen und wurden verbessert, viele Auslandsinvestitionen sorgten für Aufträge. Wie angemerkt, stieg bis zum Ende des Fordismus das reale Bruttosozialprodukt im Durchschnitt um 8,6 % im Jahr, die Industrieproduktion um unglaubliche 12,25 %. Im Industriezweig lag Jugoslawien, wie

erwähnt, sogar vor der Industriemacht Japan. Bis 1965 hat sich die Produktion in der Industrie mehr als versechsfacht (vgl. Roth 2009: 90; Calic: 2010: 206).

Die Spar- und Lohnquote (40 %) lag bei jenen der Zentren, oder sogar darüber. Das Land galt bis Mitte der sechziger Jahre als urbanisiert, Bildungsstand, Analphabeten- und Arbeitslosenrate sowie die Lebenserwartung glichen jener der kapitalistischen Zentren. Es existierte eine gute wirtschaftliche und soziale Infrastruktur. Weitere Kriterien eines entwickelten Wirtschaftszentrum Jugoslawien waren eine niedrige Auslandsverschuldung (vgl. Becker/Weissenbacher 2009: 87). In technologisierten Sparten wie etwa dem Flugzeugbau (Ikarus), der Waffen- oder der Automobilproduktion (Zastava) konnte Jugoslawien sich gar unter den Marktführern behaupten. Importeure jugoslawischer Produkte waren allerdings nicht so sehr kapitalistische Zentren als Länder der Peripherie, die zu erschwinglichen Preisen Rohstoffe, Nahrungsmittel und qualitative Maschinen, Waffen und Technik erwerben konnten.

Um dennoch zu den Staatsmonopolen zurück zu kommen, so war das Gewalt- und Sicherheitsmonopol bis zum Ende des jugoslawischen Realsozialismus 1991 fest in staatlicher Hand. Obwohl in der realsozialistischen Staatsideologie keine Gewaltenteilung herrscht, den diese ist nur der KP unterstellt, so sind gerade mächtige Strukturen staatlicher Gewalt eine Bedingung, um die Staatssicherheit zu gewährleisten. Das Gewaltmonopol, das sich aus der Judikative, Legislative, Exekutive, Polizei und Armee zusammensetzte, unterstanden einzig dem Staat, privatisierte Gewalt würde ja gegen die marxistische Lehre verstoßen und wurde daher nicht geduldet.

Gleichfalls befand sich das Medien- und Kommunikationsmonopol in fester staatlicher Hand, bzw. die Kompetenzen und Funktionen lagen in den Händen der regierenden regionalen Kommunen. Fernseher, Massenblätter und Radio waren gleichgeschaltet und einzig dem Staat, genau genommen der JKP untergeben. Kommunikationsmittel wie Telefon, Funk und Briefverkehr gehörten ebenso zum staatlichen Kommunikationsmonopol. Es gab keine Konkurrenz, andererseits wurden Kommunikationsinhalte gefiltert und zensuriert.

Auch errichtete Jugoslawien ein Monopol über seine natürlichen Ressourcen. Das Land war sozialistisch geprägt, natürliche Ressourcen, Produktionsmittel und Privateigentum - bis auf einige wenige Ausnahmen - waren daher Kollektiveigentum und im Besitz der Bürger.

Obwohl der Vielvölkerstaat über keine Massenvernichtungswaffen verfügte, so war Jugoslawien im Stande, wie die meisten Länder auch, biologische und chemische Massenvernichtungswaffen herzustellen. Das Land war Unterzeichner der „Genfer

Konvention“ und war bereits aus diesem Grund nicht daran interessiert Massenvernichtungswaffen zu besitzen.

Im Gegensatz zum hierarchisch organisierten Wertetransfer des modernen Weltsystems erfolgte die Akkumulation in Jugoslawien bis zum Ende des Fordismus durch andere Bedingungen; dieser wurde eher durch Arbeitsteilung mit Staaten der RGW ersetzt bzw. ausgeglichen und wie aufgezeigt wurde, mit großzügigen Hilfen von den Zentren aufgewertet, als das ein klassischer Wertetransfer von der Peripherie ins Wirtschaftszentrum Jugoslawien erfolgte. Würden wir Wallersteins Modell auf Jugoslawien anwenden und das Land als Zentrum konstruieren, erhielten wir folgendes Bild; wie in der Theorie Wallersteins beschrieben, extrahiert das Zentrum Produktionsmitteln aus den Peripherien, woran Interesse besteht. Zusätzlich erfolgt ein Wertetransfer von der Peripherie in das Zentrum. Die Frage, die sich nun stellt ist jene, woran Jugoslawien extrahierte? Außer seinem eigenen nationalen Hinterland hatte Jugoslawien keine hierarchischen Wechselbeziehungen zu peripheren Staaten, von denen es hätte Wert extrahieren können. Jugoslawien prosperierte und entwickelte sich sozusagen eher von seinen eigenen Produktionsmitteln heraus.

Wie die Historie - aber auch der theoretische Vergleich zeigen, gelang dem Vielvölkerstaat tatsächlich zwei Jahrzehnte lang, die Kraftanstrengung eines nachholenden Industriestaates, der den Aufstieg eines wirtschaftlichen Zentrums Jugoslawiens begünstigte. Das Land erfüllte bedeutende Voraussetzungen eines wirtschaftlichen Zentrums, seien diese auch in symbioser Form sozialistischer-kapitalistischer Wirtschaftsweise erfolgt.

Wenden wir uns dem nächsten Kapitel zu und erfahren wir, welches Resultat wir bekommen, wenn wir Jugoslawien im Sinne des modernen Weltsystems als Peripherie konstruieren und positionieren.

8.3 Szenario 2: Jugoslawien als (Semi)Peripherie

Wie ich erläutert habe, bildet die Ausprägung der Staatsstruktur ein bedeutendes Charakteristikum einer Peripherie, die von einer Nichtexistenz bis zu einem, von den Zentren geduldeten, gewissen Grad an Autonomie reichen kann. Für Jahrzehnte war das Land durch mächtige autoritäre Staatsstrukturen legitimiert, die von der Kommunistischen Partei mit eiserner Hand aufrecht erhalten wurden. Dabei schirmte der Staat die nationale Wirtschaft durch Importsubstitution ab, bis diese selbst stark genug war, den internationalen wirtschaftlichen Marktbedingungen zu entsprechen. Tatsächlich gelang dem Vielvölkerstaat,

zumindest bis Mitte der sechziger Jahre, also in der Zeit der ersten Kreditaufnahmen, sich der Weltmarktordnung größtenteils zu entziehen.

Obgleich das sozialistische Jugoslawien anfangs wahrlich die Bedingungen eines aufstrebenden nachholenden Industriestaates erfüllte, zeigt die Historie als gleich, dass dies auch gelang, weil die Weltkonjunktur nach dem II. Weltkrieg ansprang und dadurch Wirtschaftswachstum erst ermöglicht wurde. Daraus ergibt sich, dass Jugoslawiens Ökonomie nur so lange prosperierte und stabil war, solange die Weltkonjunktur in Schwung war. Auch wenn das Land sich zwei Jahrzehnte lang den Abhängigkeiten des modernen Weltsystems entziehen konnte, so war Jugoslawien dennoch abhängig vom Exportgeschäft, denn die Industrie basierte von Beginn an auf Exportorientierung.

Wie erwähnt, bauten Jugoslawiens Industrialisierungs- und Modernisierungsprogramme als gleich auf ausländische Kredite. In erster Linie erfolgten Staatsverschuldung und Handelsbilanzdefizit wegen zurückgehender Exporteinnahmen, die aufgrund einer weltweiten Verschlechterung der terms of trade und fallender Profitraten zustande kam.

Neben den bereits bestehenden Schulden zwangen die in den siebziger Jahren eintretenden Ölschocks, die den Preis für Rohöl vervielfachten, das Land zu weiterer Schuldenaufnahme. In den achtziger Jahren vervielfachten sich die realen Zinssätze für die aufgenommenen Kredite und stürzten den ohnehin schwachen Vielvölkerstaat in den wirtschaftlichen Abgrund. Obwohl es Jugoslawien einige Zeit lang gelang, internationales Kapital zu blockieren, so war es mit den Prämissen der Weltbank und des IWF vorbei. Hierbei erzwangen die Finanzgeber – umso mehr sich Jugoslawien verschuldete – immer größere kapitalistische Freiheiten heraus und so geriet das Land immer mehr in den Sog der Abhängigkeit vom modernen Weltsystem.

Wie kurz erläutert wurde, war das Land seit seiner Gründung von mächtigen Auswanderungswellen geprägt. Ab den sechziger und siebziger Jahren erfolgte eine dauerhafte Abwanderung von qualifiziertem Personal, produktiven Arbeitskapital und der Intelligenz, wie die großen Migrationsströme nach Österreich, Deutschland und in die Schweiz beweisen (vgl. Statistik Austria 2012: o. S.). So verschwanden die für das Land notwendigen Kapazitäten, die bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes notwendig waren. In der Weltsystemtheorie ist Brain Drain und die Emigration von qualifiziertem Personal ein Kennzeichen einer Semiperipherie, da nur diese über ausreichende Bildungsinstitutionen verfügt und daher Menschen ausbilden kann.

Obgleich es Gemeinsamkeiten zwischen Peripherie und Semiperipherie gibt, ist die Position Jugoslawiens als Mittelrandzone nur schwer zu ermitteln. Einerseits, weil die Grenze

zwischen core und Umland verschwimmt, andererseits weil, wie die Daten zeigen, Jugoslawien eher einer Peripherie zuzuordnen ist, die nur kurze Zeit ihren wirtschaftlichen Höhenflug fand. Auch im Modell der strukturellen Abhängigkeit könne eine semiperiphere Position Jugoslawiens nicht ausgemacht werden. Denn weder verlief ein Wertetransfer von einer Randzone nach Jugoslawien, noch erfolgte ein Transfer über den Vielvölkerstaat in die Zentren.

Wie nun augenscheinlich ist, passt der ehemalige Vielvölkerstaat weder in die Position eines Zentrums noch in die einer Semiperipherie. Denn Jugoslawien war von Beginn an eine randständige Region und das änderte sich in seinem Bestehen bis zu seinem Absterben nicht.

Anhand welcher Indikatoren kann nun die Stellung Jugoslawiens als Peripherie ausgemacht werden? Wie angeführt wurde, bestimmen hauptsächlich fünf Staatsmonopole darüber, ob ein Staat als Zentrum oder Peripherie positioniert wird. Zwar wies der Vielvölkerstaat zweifelsohne Bedingungen eines wirtschaftlichen Kerns auf, doch waren diese nicht von langer Dauer, bzw. waren die Voraussetzungen eines aufkeimenden Zentrums nur in sehr schwachen Zügen ausgeprägt. Durchaus besaß Jugoslawien bis zu seiner Zerstörung bedeutende Staatsmonopole (wie etwa das Monopol auf natürliche Ressourcen und Massenvernichtungswaffen, oder dem Medien-, Kommunikations- und Gewaltmonopol), die das Land gewissermaßen zusammenhielten.

Allerdings fehlte dem Staat das technologische Potential, um seine wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Jugoslawien erfüllte somit nicht alle Kriterien eines Zentrums, denn das Land besaß kein technologisches Monopol bzw. die Technologie konnte nicht mit der Technologie der kapitalistischen Zentren mithalten. Obgleich die nachholende Industrialisierung in nur einem Jahrzehnt abgeschlossen war und einige Produkte durchaus Innovationen darstellten, gar Weltmarktreife erlangten, flaute insgesamt die Nachfrage nach jugoslawischen Gütern rasch ab. Gründe waren etwa fehlende Innovation, Kreativität, und mangelnde Organisationsstrukturen und vor allem nicht vorhandenes Kapital, um in neue Technologien investieren zu können.

Was die Kontrolle der globalen Finanzmärkte betrifft, so braucht dieser Punkt nicht ausführlicher behandelt werden. Denn wie die Historie aufzeigt, besaß der Vielvölkerstaat nur zwei Jahrzehnte lang die völlige finanzielle Souveränität. Im ersten Jugoslawien war das Finanz- und Anlagekapital fest in österreichischer Hand. Mit den Prämissen der Finanzorganisationen und Geldgebern Anfang der achtziger Jahre drang das ausländische

Kapital erneut in die jugoslawische Wirtschaft ein. Es wurde weniger investiert, da Jugoslawien sein gesamtes Finanzkapital zur Begleichung seiner Schulden aufwendete. Von finanzieller Souveränität, gar von einer Kontrolle der globalen Finanzmärkte, kann also keine Rede sein.

Im Sinne des modernen Weltsystems ist eine schwache Staatsstruktur eine Voraussetzung für das Funktionieren einer Peripherie und der jugoslawische Staat, wie wir nun wissen, hatte viele Schwächen. Was versprachen sich die Zentren von einem peripheren Jugoslawien? Der Rückzug des Staates bot internationalen Finanzorganisationen und Kapitalisten beste Voraussetzungen für die Vermehrung ihres Finanz- und Anlagekapitals. Der Vielvölkerstaat schuf optimale Bedingungen für die Akkumulation, in dem er sich rasch dem modernen Weltsystems öffnete und Voraussetzung für lukrative Investitionen und Geldvermehrung schuf. Die Zentren versprachen sich mehrere Vorteile von einer Peripherie Jugoslawien, nämlich; 1.) billige und qualifizierte Arbeitskräfte, 2.) günstige Nebenlohnkosten, 3.) preiswerte Produktionsbedingungen, 4.) ausreichend vorhandene Infrastruktur, 5.) niedrige Umwelt- und Sicherheitsauflagen, 6.) schwacher politischer Widerstand, da keine Gewerkschaften existierten und die kommunistische Führung Vereinbarungen einhielt, 7.) geographische Nähe, 8.) Ausschaltung und Ruhigstellung eines Konkurrenten und natürlicherweise 9.) kapitale Akkumulation, die einerseits Form von Gewinnen, durch Handel und Investitionen, andererseits durch Zinsen der aufgenommenen Kredite und den Verfall des Volksvermögens und des Ersparnen erzielt wurden.

Wie erfolgte der Wertetransfer von Jugoslawien in die Zentren und woran ließe sich die strukturelle Abhängigkeit bestimmen? Eine kurze Gegenüberstellung soll uns hierbei eine Antwort geben.

- 1.) Wertetransfer I: Von den informellen und formellen Sektoren zu den Wachstumsinseln der Peripherie; im Modell der strukturellen Abhängigkeit ist der Kern einer Peripherie weltmarktabhängiger Mittelpunkt des Landes, der teils von einer informellen Randzone umgeben wird. In Jugoslawien stellten Slowenien, Kroatien und einige Teile Serbiens die für den Weltmarkt zugeschnittenen Enklaven dar. Die formalen Kerne, wie in der Theorie ausgewiesen, waren Produktions- und Handelszonen, exportorientierte Landwirtschaft und Bergbau. Durch Kauf von günstigeren Gütern und Auslagerung von Produktionsschritten in den informellen

Bereich ersparten sie sich die formellen Kerne und im Endeffekt die international agierenden Unternehmen Kosten. Hierbei lieferten die Randzonen, vor allem der Süden Jugoslawiens, Rohstoffe und Ressourcen, wobei die formellen Kerne Slowenien und Kroatien Waren veredelten und Fertigprodukte herstellten. Miserable Lebensbedingungen im agrarischen und informellen Bereich, wie ich aufgezeigt habe, waren auch in Jugoslawien zugegen. Denn um die Reproduktionskosten auszugleichen, mussten die Jugoslawen ihre Erwerbstätigkeit auf mehrere Beinen stellen und das niedrige Einkommen an einem Mehr am Arbeitsplatz oder im informellen Bereich kompensieren.

2.) Wertetransfer II: Von den Wachstumsinseln der Peripherie zu den Zentren; in der internationalen Arbeitsteilung kamen und kommen den kapitalistischen Zentren stets die höher bewerteten kapitalintensiven und profitbringenden Aufgaben zu, während den Peripherien, wie etwa Jugoslawien, die arbeitsintensive Produktion von weniger qualitativen Gütern übrig blieb. Die Extraktion von Rohstoffen, Waren und Arbeitskraft aus den Wachstumsinseln der Peripherie in die Zentren erfolgte also auch im Vielvölkerstaat nach klassischer Manier. Wie im Wallerischen Ansatz erfolgte der Wertetransfer vom Hinterland in die Wachstumsinsel. Um den Prämissen der Finanzorganisationen und Geldgeber nachzukommen, wurde ein großer Teil der Menschen in den ungünstigen informellen bzw. primären Sektor gedrängt. Die Maßnahme sollte zwei Effekte haben; einerseits konnten die Löhne im primären und informellen Sektor niedrig gehalten werden, andererseits ersparte sich der Staat und letztendlich der Kapitalist auf diese Weise soziale Leistungen, da informelle Arbeit ja nicht berücksichtigt wird.

8.4 Die Neugestaltung Südosteuropas

In der Zeit des bipolaren Wettstreits galt für den Westen die Direktive, das Überschwappen des Sozialismus auf noch nicht durchkapitalisierte Staaten wie etwa Griechenland, Spanien oder der Türkei mit großzügigen Finanz- und Aufbauhilfen, als gleich mit politischen und wirtschaftlichen Druck, zu verhindern. Ende der achtziger Jahre begannen die USA und einige europäische Zentren, im Sinne der Devise „divide et impera“, vehement und immer deutlicher Demokratie, sowie Selbstbestimmungsrechte zu artikulieren, die nicht nur auf Jugoslawien beschränkt blieben.

[Dazu heißt es, dass] in die Transformationsprozesse in den sozialistisch orientierten Ländern äußere Akteure [...] intervenierten. Einerseits übten IWF, Weltbank und westliche Regierungen im Fall von Verschuldungskrisen massiven Druck in Richtung einer Abkehr von der sozialistischen Orientierung aus, andererseits destabilisierten sie eine ganze Anzahl von Ländern auch militärisch bzw. unterstützten – vor allem in Südamerika - putschistische Kräfte. [...] Sie waren auf die Untergrabung der Legitimität der sozialistisch orientierten Regime gerichtet (Becker/Weissenbacher 2009: 49)

Anfang der achtziger Jahre stieß die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion an ihre Grenzen, dagegen verloren die kommunistischen Führungen in den Satellitenstaaten allmählich ihre Legitimität. Die Transition, die von der Sowjetunion ausging, hatte enorme Auswirkungen auf die sozialistischen Staaten Südost- und Osteuropas. Denn mit dem Fall des sozialistischen Blocks änderten die Kapitalzentren ihre Strategie; nun galt es das hinterlassene Ideologievakuum, im Sinne einer neoliberalen und geostrategischen Ausrichtung, zu füllen. Die Entwicklungsländer sollten mit Verschuldungsmaßnahmen, Liberalisierungsprogrammen, aber auch mit politischem Druck, gar mit militärischen Maßnahmen in die Weltwirtschaft gezwungen werden.

Aber warum musste der Vielvölkerstaat eigentlich gleich zerschlagen werden, hätte ein schwacher peripherer Staat Jugoslawien, nicht genauso für sichere Akkumulation und garantierten Wertetransfer zu den Zentren gesorgt?

Die behandelte Arbeit zeigt, dass eine Zerschlagung Jugoslawiens anfänglich gar nicht konzipiert war. Denn auch ein schwacher peripherer Staat sorgt für den sicheren ökonomischen Wertetransfer in die Zentren. Wie also ließe sich das Absterben Jugoslawiens dann anders erklären? Der Verlauf des endgültigen Absterben Jugoslawiens könnte möglicherweise eine Eigendynamik angenommen haben, die gepaart mit Separatismus und Kapitalinteressen einzelner, dem fortlaufenden sozialen Wandel, der durch die Implosion des internationalen Sozialismus und der aufdrängenden Anerkennung einzelner EG-Mitgliedsländer einherging.

In diesem Jahrzehnt hat sich das moderne Weltsystem grundlegend verändert. Dem Kapitalismus ist es gelungen, sich in einer stabileren Form zu manifestieren. Die Krise des Fordismus war mit der Etablierung der neuen Weltordnung, dem Konzept des Neoliberalismus überwunden. Konzipiert wurde die Ideologie des neoliberalen Denkens durch Theorien von Milton Friedman und August Friedrich von Hayek, weiterentwickelt wurden sie von Vertretern der Chicagoer Schule und umgesetzt von US-amerikanischen Ideologen und Ökonomen, wie beispielsweise Jeffrey Sachs (vgl. Fässler 2007: 160; Fischer et al. 2004: 128).

Die Neustrukturierung der Weltwirtschaft hatte erhebliche negative Auswirkungen auf Schwellen- und Entwicklungsländer, wie auch für Jugoslawien. Sämtliche Transformations- (Semiperipherien) und Entwicklungsländer (Peripherien), die sich auf Grund der Wirtschaftskrisen in den siebziger Jahren, bei der Weltbank und dem IWF verschuldeten, mussten, wie ich aufgezeigt habe, einen Ausverkauf ihrer Wirtschaft hinnehmen, die Öffnung des heimischen Konsummarktes für ausländische Investoren garantieren und Handelshemmnisse jeder Art unterbinden (vgl. Kuderer 2010: 16). Hierbei galten billige Arbeitskräfte, schlechte Arbeits- und prekären Lebensbedingungen, schlecht organisierte oder gar fehlende Gewerkschaften keineswegs als Hindernisse.

Auf diese Weise gaben die Peripherien nicht nur ihre nationale und wirtschaftliche Souveränität an das moderne Weltsystem vollständig ab. Der Prozess ging auch mit einer Dezentralisierung und Regionalisierung sowie einer Desintegration des Staates (vgl. ebd.) und im Fall Jugoslawiens gar mit einem Bürgerkrieg, wie ich aufgezeigt habe, einher.

In Fall der wirtschaftlichen Destabilisierung Jugoslawiens spielten Österreich und Deutschland eine gewichtige Rolle. Waren es doch die österreichischen und deutschen Außenminister Alois Mock und Hans-Dietrich Genscher, die die Nationalisierung der Teilrepubliken am ekstatischen vorantrieben (vgl. Becker/Komlosy 2004: 187 ff.). Um den föderalen Staat zu zerschlagen, schrieben sie der jugoslawischen Gesellschaft keine eigene Identität und Kultur zu, sondern betonten ausdrücklich die Heterogenität der Volksgruppen, um den Hass noch weiter zu schüren (vgl. ebd.: 187). Die „zwei großen Europäer“ ermunterten die nationalen Parlamente und bedrängten förmlich die EU-Staaten sowie auch viele andere Länder, die „neuen Nationen“ frühestmöglich anzuerkennen. Durch die Politik der „frühestmöglichen Anerkennung“ wurde die Jugoslawienkrise erst richtig verschärft.

[In diesem Zusammenhang meint der Politologe und Historiker Steyrer, dass] im Fall Jugoslawien überdies das Agieren westlicher Staaten, speziell der BRD und Österreichs, mit ihrer Politik der frühzeitigen diplomatischen Anerkennung einzelner Republiken die militärische Konflikteskalation, begünstigte. Dass die wesentlichen Staaten zunehmend einseitig zu Ungunsten (Rest) Jugoslawiens Partei ergriffen, dürfte damit zusammenhängen, dass das Milosevic-Regime in Symbolik und Rhetorik die stärksten Anleihen beim alten Jugoslawien nahm und sich gegenüber dem Auslandskapital weniger stark öffnete. (Becker/Hödl/Steyrer 2005: 33 f.)

Nicht nur auf diplomatischen Parkett war die Anerkennung Sloweniens eingeleitet. Auch in handfesten Wirtschaftsbereich[...]. [So unterzeichneten] [...] der österreichische Wirtschaftsminister Schüssel und sein slowenischer Amtskollege Energieminister Tomsic ein Protokoll über eine enge Zusammenarbeit auf dem Energiesektor. Es ging dabei um die völlige „Neuordnung der Energiewirtschaft Sloweniens“, [...]. Der Ausbau der Kraftwerksprojekte an der Save stand im Mittelpunkt. Dafür wurde die Sava AG gegründet. Österreich sollte daran zu 60% beteiligt sein. [...]. Schon zuvor ging der konservative Abgeordnete Felix Ermacora, ein für die UNO arbeitender Völkerrechtsexperte, in Wien öffentlich mit der Idee hausieren, man möge Slowenien die Chance geben, sich als 10. österreichisches Bundesland der Donaurepublik anzuschließen. Ljubljana lehnte dankend ab. (Hofbauer 2001: 9 f.)

Nach der einseitigen Anerkennung der Teilrepubliken Sloweniens und Kroatiens durch die „politischen Vorreiter“ Österreich und Deutschland, verdeutlicht die Mahnung des damaligen UN-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar in einem Brief an den deutschen Außenminister Genscher [...]: Das verfrühte selektive Anerkennungen eine Erweiterung des Konfliktes in jenen empfindlichen Regionen nach ziehen würden. Solch eine Entwicklung könnte schwerwiegende Folgen für die ganze Balkanregion haben und würden meine eigenen Bemühungen [...], die notwendigen Bedingungen für die Anwendung von friedenserhaltenden Maßnahmen in Jugoslawien zu sichern, ernst gefährden. (Becker/Hödl/Steyrer 2005: 48, vgl. Hofbauer 2001: 10). „Doch Genscher“, schreibt Hoolbrook, der US-amerikanische Sonderbeauftragte für Bosnien, schlug die Warnungen seine alten Freunde in den Wind. [...] Auf dem entscheidenden Treffen der europäischen Außenminister Mitte Dezember des Jahres 1991 erklärte Genscher gegenüber seinen Kollegen, Deutschland werde, sollten die anderen EG-Staaten nicht mitziehen, Kroatien notfalls auch im Alleingang anerkennen. (ebd.: 10)

„Die einfache Formel von der Anerkennung neuer Nationalstaaten als Mittel zur Verhinderung von Bürgerkrieg in Jugoslawien hat sich – soviel kann nach der jugoslawischen Tragödie im Nachhinein niemand bestreiten – als kriegstreiberisch erwiesen.“ (ebd.: 7)

Es ging also um eine ökopolitische Neuordnung Südosteuropas. Aber wie sah diese Neuordnung nun aus? 1991 werden Slowenien, Kroatien und Mazedonien in die Unabhängigkeit entlassen. Bosnien-Herzegowina wird 1995 zum Quasi-Protectorat erklärt, 2001 wird Kosovo-Metochien protektoriert.

Um die gegenwärtige Wirtschaftslage in den ehemaligen Teilrepubliken ein wenig zu veranschaulichen, habe ich mich auf drei bedeutende Wirtschaftsindikatoren, nämlich den HDI, den BIP Pro-Kopf und den Korruptionsindex gestützt. Wohlstand wird heutzutage ausnahmslos mit wirtschaftlicher Entwicklung, also mit dem Bruttoinlandsprodukt Pro-Kopf verglichen (vgl. Fischer et al.:2004: 29). Die Weltbank benutzt hierbei einen Index, der die Länder nach ihren Einkommen staffelt und in vier Gruppen zusammenfasst: 1.) „High-income economies (\$ 12,276 und mehr), 2.) Upper-middle-income economies (\$ 3.976 bis \$ 12.275), 3.) Lower-middle-income economies (\$ 1.006 bis \$ 3.975), 4.) Low-income economies (\$ 1.005 oder weniger) (vgl. World Bank 2011, http://data.worldbank.org/about/country-classifications/country-and-lending-groups#Lower_middle_income).

Allerdings sagt das Pro-Kopf-Einkommen nichts über den Grad der Einkommensverteilung, also der Ungleichheit aus, die mit anderen Wohlstandsparametern berechnet, aufgrund der Kompliziertheit und seiner großen Aufwendung jedoch nicht behandelt werden konnte.

Im Gegensatz zu dem von der Weltbank propagierten Bruttoinlandsprodukt berücksichtigt der Human Development Index auch andere Indikatoren. Der HDI ist ein Wohlstandsindikator der Vereinten Nationen, der nicht nur ökonomische Aspekte berücksichtigt, sondern ebenfalls Gesundheit, Lebenserwartung, Bildung und Einkommen der Länder einschließt (vgl. Fischer et al. 2004: 31 f.). Es muss auch erwähnt werden, dass der HDI die Eigenschaft besitzt, unaufhörlich zu wachsen. Ein Rückgang des HDI kommt kaum vor. 169 Länder

werden in der HDI-Rangliste einbezogen, dabei weist Norwegen den höchsten Index mit 0.938 (Rank 1) auf, den niedrigsten Wert hat Zimbabwe mit 0.140 (Platz 169) (vgl. UNDP 2010, <http://hdr.undp.org/en/data/profiles/>).

Trotz schwieriger Ausgangssituation gelang es einzig Slowenien, sich wirtschaftlich rasch zu erholen. Das Land lag bei seiner Gründung beim Wirtschaftswachstum über dem EU-Durchschnitt. Aber auch in Slowenien stottert die Wirtschaft seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008. So wird für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von nur mehr 1,9 % des Bruttoinlandproduktes pro Kopf prognostiziert, andererseits ist das Land hoch verschuldet (vgl. Institut für Wirtschaftswachstum 2011, http://www.economic-growth.eu/Seiten/20-Jahres-Ueberblick/Wachstum-20_Jahre.html). Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug im Jahre 2010 € 17.560 (vgl. Auswärtiges Amt 2011, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laender_Uebersicht_node.html).

Dagegen kann Slowenien beim Human Development Index punkten. So lag der HDI Sloweniens 2010 bei 0,828, also am 29. Platz. Ein recht hoher Wert, wenn wir den HDI der EU-Staaten Bulgarien (0,743, Rank 58) und Rumänien (0,767, Rank 50) vergleichen (Österreichs HDI liegt bei 0,851, 25. Rank) (vgl. UNDP 2010, <http://hdr.undp.org/en/data/profiles/>). Gleichfalls gehört das Land zu den High-income economies (vgl. World Bank 2011, http://data.worldbank.org/about/country-classifications/country-and-lending-groups#Lower_middle_income).

Die Korruption befindet sich auf einem geringen Niveau. Im Korruptionsindex fließen 178 Länder ein, Slowenien liegt an 27. Stelle (6,4 von 10), der Vertrauensintervall beträgt 5,9-6,8 (vgl. Österreich; 7,9, Vertrauensintervall 7,4-8,4) (vgl. Transparency Deutschland 2010, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html>).

Obwohl das Land einige bedeutende Industrien aufweisen kann, ist Sloweniens Position als kapitalistisches Zentrum nicht zu erkennen. Eher könnte das Land als Semiperipherie interpretiert werden, das den Übergang zum Zentrum einfach nicht schafft.

Im Gegensatz zu Slowenien konnte sich Kroatien wirtschaftlich nicht so rasch erholen. Zwar verzeichnet das Land bedeutende Zuwächse im Tourismus und Fremdenverkehr, andererseits konnte Kroatien einige wichtige Investitionen an Land ziehen. Gesamt betrachtet steht der kroatische Staat allerdings wirtschaftlich und politisch desolat da. Kroatiens Staatsstrukturen gleichen nicht gerade jenen eines strong state; das Land produziert kaum Waren und exportiert daher kaum etwas, auf der anderen Seite werden nur Güter importiert, was zu einer

negativen Handelsbilanz führt. Neue Investitionen bleiben aufgrund der Weltwirtschaftskrise aus, ein nicht zu kleiner Teil der Steuern fließt vorbei am Staatsbudget, in den Taschen einiger weniger. Bestechlichkeit und Vetternwirtschaft stehen in Kroatien an der Tagesordnung. Tatsächlich konnte das Land stabile demokratische Staatsstrukturen etablieren, dennoch sind diese von Korruption gezeichnet. Im internationalen Korruptionsindex liegt Kroatien mit Mazedonien an 62. Stelle (4,1). Das Vertrauensintervall liegt bei 3,7-4,5 Punkten (vgl. Transparency Deutschland 2010, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html>).

Trotz augenscheinlich wachsendem HDI (0.767, Rank 51) verarmt die Bevölkerung zunehmend, da sich der Faktor „BIP pro Kopf“ des Indexes durch den Durchschnitt, aber nicht durch Faktoren der ungleichen Verteilung, errechnet (vgl. UNDP 2010, <http://hdr.undp.org/en/data/profiles/>). 2009 betrug das BIP pro Kopf € 10.232, das sind nur etwas mehr als die Hälfte des slowenischen BIP pro Kopf (vgl. Auswärtiges Amt 2011, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laender_Uebersicht_node.html). Trotzdem gehört Kroatien mit Slowenien zu den ehemaligen Republiken mit dem höchsten Einkommen (vgl. World Bank 2011, http://data.worldbank.org/about/country-classifications/country-and-lending-groups#Lower_middle_income). Ob sich Kroatiens wirtschaftliche Situation mit einem EU-Beitritt 2014 verbessern wird, sei dahingestellt. Denn ein EU-Beitritt bedeutet noch lange keine Garantie für Wohlstandswachstum, wie beispielsweise die aktuellen Entwicklungen in den jungen Mitgliedsländern Ungarn, Bulgarien oder Rumänien aufzeigen.

Obwohl auch Bosnien-Herzegowina ein Wachstum des HDIs (0.710, Rank 68) aufweisen kann, herrschen für das Land wenige Zukunftsperspektiven (vgl. UNDP 2010, <http://hdr.undp.org/en/data/profiles/>). Mit dem Friedensdiktat von Dayton wurde Bosnien zum europäischen Protektorat erklärt. Überwacht wird das Dayton-Abkommen vom „Hohen Repräsentanten Bosnien-Herzegowinas“. Bei Bedrohung europäischer oder amerikanischer Interessen sanktioniert oder blockiert dieser „Repräsentant“ politische und wirtschaftliche Entscheidungen der Volksgruppen. Der Entscheidungsträger verfügt über absolute Macht und ist niemanden, außer den Vereinten Nationen und der Europäischen Union, zur Rechenschaft verpflichtet. Sogar demokratisch gewählte Politiker und Staatsbedienstete kann er ohne ausführlichen Grund entlassen. Für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten, die zu jeder Zeit Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechte propagieren, sind die realpolitischen Verhältnisse in Bosnien also eine Farce.

Aufgrund des Abhängigkeits- und Protektoratsverhältnisses ist eine eigenständige sozioökonomische Entwicklung und politische Stabilisierung nicht möglich. Die Wirtschaft Bosniens bewegt sich nicht vom Fleck, die Handelsbilanz ist negativ. Es werden kaum Investitionen getätigt, denn wer investiert schon in eine Zukunft mit ungewissem Ausgang? Auch aufgrund der schweren Zugänglichkeit, die von natürlichen Grenzen gebildet werden, haben die Zentren wenig Interesse, in das Land zu investieren. Hingegen ist das Banken und Versicherungswesen, wie schon in der k. u. k. Zeit sowie in der Zeit des Königreichs Jugoslawien, fest in österreichischer Hand. Im Gegensatz zum Investitionskapital hat das Finanzkapital die fantastische Eigenschaft, bei Krisen per Knopfdruck abgezogen werden zu können. Daher ist diese Investitionsmethode effizienter und gewinnbringender.

Das Land ist von Patronatsbeziehungen und Vetternwirtschaft gezeichnet. Ohne gute Beziehungen zu Regionalpolitikern sind Unternehmungen und Investitionen zum Scheitern verurteilt. Gar die Eröffnung eines kleinen Kiosks wäre ohne Einverständnis der regionalen Eliten undenkbar. Von allen ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens ist die Korruption in Bosnien-Herzegowina am höchsten. Das Land liegt im Internationalen Korruptionsindex an 91. Stelle (3,2), der Vertrauensintervall liegt bei 2,8-3,5 Punkten (vgl. Transparency Deutschland 2010, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html>). Das BIP pro Kopf beträgt magere € 3.154 (stand 2009) (vgl. Auswärtiges Amt 2011, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laender_Uebersicht_node.html). Mit Mazedonien und Serbien gehört Bosnien somit zu den ehemaligen Republiken mit dem niedrigsten Einkommen (Upper-middle-income economies) (vgl. World Bank 2011, http://data.worldbank.org/about/country-classifications/country-and-lending-groups#Lower_middle_income).

Es wurde also ein labiler schwacher Staat geschaffen, der alleine nicht überlebensfähig wäre und ohne Druck der Zentren schon lange nicht mehr existieren würde. Allerdings ist nicht nur die Auslandsabhängigkeit an Bosniens Drama schuld. Denn auch zwei Jahrzehnte nach Kriegsende haben sich die Volksgruppen nicht versöhnen können und eine Verbesserung der Beziehungen ist ebenfalls nicht in Sicht. Im Gegenteil, eine Spaltung des Landes ist in Zukunft eine realistische Option.

Auch in der „Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien“ sieht es wirtschaftlich und politisch nicht positiv aus. Mazedoniens Wirtschaft bewegt sich nicht vom Fleck, Auslandsinvestitionen werden kaum getätigt, Finanzkapital wird einzig durch Schuldenaufnahmen erschlossen, von einem mazedonischen Exportmarkt kann nicht

gesprächen werden. Auch beim HDI (0.701, Platz 71) wurden seit dem Bestehen Mazedoniens keine nennenswerten Fortschritte erzielt (vgl. UNDP 2010, <http://hdr.undp.org/en/data/profiles/>). Das mazedonische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt € 3.075 (Stand 2009) und liegt damit gleich auf wie das bosnische BIP pro Kopf (vgl. Auswärtiges Amt 2011, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laender_Uebersicht_node.html).

Wie in den restlichen ehemaligen Teilrepubliken herrscht enorme Korruption. Wie erläutert wurde, liegt Mazedonien mit Kroatien an der 62. Stelle des Internationalen Korruptionsindexes (vgl. Transparency Deutschland 2010, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html>).

Neben den katastrophalen Wirtschaftsdaten leidet das Land unter ethnischen Spannungen. Im Gegensatz zu Bosnien, Kroatien und dem Kosovo konnte in Mazedonien ein Bürgerkrieg gerade noch rechtzeitig abgewendet werden. Die Sezessionsbestrebungen der albanischen Minderheit sind allerdings nicht verstummt.

Gleichzeitig gibt es Spannungen mit Griechenland. Griechenland blockiert die Aufnahme Mazedoniens in die NATO und EU, denn es gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Grund für die Blockade ist ein Namensstreit, wegen der Bezeichnung „Mazedonien“. Die mazedonische Regierung solle auf die Namensbezeichnung Republik Mazedonien verzichten, da Griechenland die Region Makedonien als historisches und kulturelles Erbe versteht. Neben der wirtschaftlichen Peripherisierung wird Mazedonien also auch politisch und kulturell seines hinteren Platzes verwiesen.

Separatistischen Bewegungen haben auch Montenegro erreicht – dort mehrten sich die Stimmen, man möge den Albanern (7 % der Bevölkerung), wie in Mazedonien, autonome Rechte gewähren. Dabei geht es um die Region Ulcinj, die mehrheitlich von ihnen bewohnt wird.

Obleich Montenegro formal eine Demokratie ist, hat seit 20 Jahren kein Regierungswechsel stattgefunden (vgl. Schneider 2012: 3). Im Gegensatz zu den restlichen ehemaligen Teilrepubliken, die durch kapitalistische Zentren ausgebeutet werden, wird Montenegro hauptsächlich von zwei Männern gelenkt, nämlich von Milo Djukanovic und Oleg Wladimirowitsch Deripaska.

Djukanovic, dreifacher Premier und einmaliger Präsident, wird wegen organisierten Zigarettenschmuggels von Inter- und Europol gesucht. Er hat den illegalen Zigarettenschmuggel bis an die Spitze Europas gebracht und dadurch Milliardenverluste für

Staaten und Zigarettenproduzenten verursacht. Ohne Djukanovic bewegt sich kaum etwas und auch nach seinem Rücktritt als Premier wird er die graue Eminenz im Hintergrund bleiben. Der Rücktritt ist wahrscheinlich einem Deal mit der EU vorausgegangen, Montenegro den Beitritt zur Union zu ermöglichen, wenn er im Gegenzug zurücktritt, was er auch tat (vgl. ebd.: 2 f.). Ein Deal, der Djukanovic von der judikativen Verfolgung befreien sollte? Derselbe Djukanovic war auch maßgeblich am Ende „Restjugoslawiens“ (Spaltung Montenegros von Serbien) verantwortlich, um möglicherweise vor nationaler Strafverfolgung geschützt zu sein.

Deripaska, ein russischer Oligarch, galt bis vor kurzer Zeit als größter Investor in Montenegro. Das größte Aluminiumwerk des Landes, als gleich viele Zulieferfirmen gehören dem russischen Oligarchen. Dazu gesellen sich unzählige Grundstücke und Liegenschaften hinzu. Deripaskas Strategie zur Ausbeutung der Peripherie Montenegro ist immer dieselbe; In einem ersten Schritt wird eine Fabrik zum Schleuderpreis aufgekauft, die auf der anderen Seite vom montenegrinischen Staat subventioniert wird. Im zweiten Schritt wird ein Großteil der Belegschaft entlassen. Bei ertragreichen Zeiten wird die Fabrik um einen überhöhten Preis verkauft, um diese zu einem späteren Zeitpunkt günstig wieder aufzukaufen - ein nicht endender Teufelskreislauf und eine teure Angelegenheit für den kleinen Staat Montenegro (vgl. APA 2010, <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/osteuropa/montenegro-hilft-deripaskas-alu-fabrik-kap-aus-der-patsche-444179/index.do>).

Das periphere Land erinnert an kleptokratische Zustände, wobei die Korruption an der Tagesordnung steht. Daher ist es kein Wunder, dass Montenegro den 69. Platz (3,7, Vertrauensintervall 3,1-4,3) im Internationalen Korruptionsindex einnimmt (vgl. Transparency Deutschland 2010, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html>).

Bis auf den Straßenausbau sind Investitionen in Montenegro ein Unikum und auch dieser wird bis 2013 mit etwa 104 Mio. Euro EU-Hilfsgeldern finanziert (vgl. Auswärtiges Amt 2012, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Erweiterung_Montenegro_node.html). Obwohl der Tourismus die Haupteinnahmequelle Montenegros bildet, wird dieser kaum gefördert und dem wirtschaftlichen Verfall preisgegeben. Andererseits hat die Regierung es bis heute nicht geschafft, den Bewohnern ausreichend Wasser und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Das Land produziert keine nennenswerten Güter, exportiert wird daher kaum etwas, die Handelsbilanz ist negativ. Wie in Bosnien, Mazedonien und Serbien beträgt der

montenegrinische Durchschnittslohn etwa € 100-300. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug für 2009 € 4.839 (vgl. Auswärtiges Amt 2011, http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laender_Uebersicht_node.html). Trotzdem kann Montenegro (0.769, 49 Platz) nach Slowenien den zweitbesten Wert im HDI unter den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken verbuchen (vgl. UNDP 2010, <http://hdr.undp.org/en/data/profiles/>). Allerdings sollte die Zahl vorsichtig betrachtet werden; denn wie bereits erwähnt, setzt sich der HDI auch aus dem Faktor BIP Pro-Kopf zusammen, und dieser sagt nichts über wirtschaftliche Ungleichheit aus. Und in Montenegro sind die Menschen alles andere als gleich.

Die serbische autonome Provinz Kosovo, gilt neben Albanien als Armenhaus Südosteuropas. Wie ich beschrieben habe, galt Kosovo-Metochien bereits während des Bestehens Jugoslawiens als wirtschaftliche Randzone. Neben wirtschaftlichen und sozialen Problemen ist die Provinz seit dem Bürgerkrieg 1999 militarisiert und protektoriert. Im Kosovo hat die NATO ihr größtes europäisches Militärlager – das „Camp Bondsteel“ - errichtet.

Welche Vorteile erhofften sich die Zentren von einem NATO-Protektorat Kosovo? Zum einen ist das Gebiet um den Kosovo von absoluter geostrategischer und geopolitischer Wichtigkeit. Sollte jedoch der Hauptgrund nicht im Ressourcenreichtum Kosovos liegen? Möglicherweise, denn die Region verfügt über alle erdenklichen Edelmetalle und Mineralien, die auf Hunderte von Milliarden Euro geschätzt werden. Ein Goldgrube für die Zentren, die ja den „monopolistischen Zugang auf natürliche Ressourcen der Erde“ (Fischer et al. 2004: 69) beanspruchen.

Die serbische autonome Provinz Kosovo-Metochien wird heute mehrheitlich von Albanern beheimatet. Waren vor dem Bürgerkrieg 20 % der Einwohner Minderheiten (bsp. Serben, Roma, Goranen, etc.) existent, so beläuft sich deren Zahl heute auf nur mehr 5 %. Die serbische Enklave Kosovska Mitrovica steht dabei heute als geopolitische und kulturelle Trennlinie zweier unterschiedlicher Entitäten.

Das periphere Serbien hat allerdings noch viele andere Probleme. Die Region Sandschak, die mehrheitlich von muslimischen Serben bewohnt ist, radikalisiert sich zunehmend. Hinzu kommen immer häufiger Forderungen nach Autonomie. Im Presevo-Tal, ebenso im Süden Serbiens liegend, gab es schon einmal Sezessionsbewegungen, als sich militante Gruppen formierten, um den Anschluss an den Kosovo, und in Folge den Anschluss an Albanien, zu erkämpfen. Auch im Norden Serbiens, in der Vojvodina, gibt es Separatisten, die eine Loslösung von Serbien anstreben. Hier sind es nicht ethische Spannungen, sondern kapitale

Interessen, die vorherrschen. So wie im damaligen Jugoslawien ist der reicher entwickelte Norden immer weniger bereit, den unterentwickelten Süden zu finanzieren.

Wirtschaftlich sieht das Bild ähnlich düster aus, denn Serbiens Ökonomie liegt am Boden. Wie der HDI von 0.735 (60. Platz) zustande kommt, ist mir ein Rätsel (vgl. UNDP 2010, <http://hdr.undp.org/en/data/profiles/>). Der Großteil der Bevölkerung lebt unter dem Existenzminimum. Wie kurz erwähnt, beträgt der Durchschnittslohn etwa € 100 - 300. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf für 2010 betrug für die serbische Autonomie Kosovo € 1.982 und für Serbien € 4.016 (vgl. Auswärtiges Amt 2011, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laender_Uebersicht_node.html).

Die Finanz- und Bankwelt ist größtenteils in ausländischer, vor allem aber in österreichischer Hand, wie es auch im Königreich Jugoslawien schon der Fall war (vgl. Veljkovic 2009: 65 ff.). Nur wenige Fabriken und Unternehmen gehören dem Land, Bauaufträge, die früher der Staat übernahm, wie etwa den Straßenbau, gehen ausschließlich zugunsten von Privaten über die Bühne. So wie der traditionelle Autobahnausbau vom österreichischen Bauunternehmen STRABAG übernommen.

Und auch die Staatsverschuldung ist enorm. So belief sich Serbiens Auslandsverschuldung 2010 auf 26 Mrd. US-\$, das sind 55% des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Veljkovic 2009: 56). Zusammenfassend betrachtet, kann also von einem Totalausfall der serbischen Wirtschaft gesprochen werden. Auch in Serbien wuchert die Korruption unaufhaltsam. Nicht umsonst liegt Serbien im Internationalen Korruptionsindex an 78. Stelle (3,5), der Vertrauensintervall liegt dabei bei 3,1 - 3,9 Punkten (vgl. Transparency Deutschland 2010, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html>).

Die ökonomische und geopolitische Neuordnung Südosteuropas schuf also labile, schwache, und scheiternde Staaten. Der neoliberale Plan, die Peripherisierung und zwangsweise Integration Jugoslawiens bzw. seiner ehemaligen Teilrepubliken in den Weltmarkt ging also tatsächlich auf.

Für die meisten ost- und südosteuropäischen Staaten stellte die „Rückkehr nach Europa“ nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus 1989 eine Rückkehr in eine abhängige Entwicklung, also in die Peripherisierung dar. In vieler Hinsicht ähneln sie Entwicklungsländern. Solange der RGW [...] existierte, überdeckte die politische Zugehörigkeit zur sowjetischen Einflussosphäre die periphere Rolle dieser Staaten in der kapitalistischen Weltwirtschaft, der der „Ostblock“ trotz seiner gesellschaftspolitischen Besonderheiten stets angehörte. Gleichzeitig erweckten die Erfolge nachholender Industrialisierung, die in der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg in den RGW-Staaten stattfand, den Eindruck, die ehemaligen Agrarperipherien des europäischen Ostens und Südostens hätten ihre historische Unterentwicklung überwunden. (Fischer et al. 2004: 61)

VII Rückblick, Ergebnisse und zukünftiger Ausblick

9.1 Rückblick und Zusammenfassung

Resultierend ergab die Untersuchung folgendes: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stand die überwältigende Idee eines gemeinsamen slawischen Vielvölkerstaates. Als bedeutende Ideale galten Fortschritt, Gleichheit und Solidarität.

Das Existenzrecht Jugoslawiens erwies sich allerdings von Beginn an als trügerisch. Denn den Volksgemeinschaften gelang es nicht, sich zu solidarisieren und unterschiedliche Interessen auf einem gemeinsamen Nenner zu bringen. Für Viele galt Jugoslawien gar nur als einfaches Staatsexperiment sozialistischer Prägung.

Die Integration Jugoslawiens in den kapitalistischen Markt basierte auf einer langen Vorgeschichte. Jugoslawien war außer zwei Jahrzehnte lang, zu keiner Zeit wirtschaftlich souverän, denn bereits mit der Gründung des Königreiches hatte das internationale, vor allem europäische Finanzkapital, die Wirtschaft durchdrungen und deformiert. Die Rohstoffe und die Unternehmerlandschaft des Landes wurden unter den kapitalistischen Zentren Europas aufgeteilt, das gesamte Wirtschaftsleben und die Außenpolitik auf den Prinzipien des modernen Weltsystems ausgerichtet. Dadurch konnte die jugoslawische Volkswirtschaft in der agrarischen und industriellen Produktion zu keiner Zeit genügend Anpassungen und Fortschritte erzielen, sondern das Land musste auf abwechslungsreiche Veränderungen in der internationalen Marktwirtschaft, auf Wirtschaftskrisen und auf Verordnungen des internationalen Finanzkapital reagieren, was zum Resultat hatte, dass die Stellung als wirtschaftliche Randzone mit den fortschreitenden Jahren nur gestärkt wurde.

Nach dem Bruch mit der Sowjetunion erfolgte Jugoslawiens Durchkapitalisierung auf globaler Ebene. Denn um sich wirtschaftlich weiter zu entwickeln, musste die SFRJ mit Ländern des Westens kooperieren, was zu einer immer intensiveren Exportorientierung führte. Industrialisierung, Modernisierung und Wohlstandshebung wurden anfangs durch die Erhöhung von Bildung und den massiven Einsatz von arbeitsintensivem Kapital vorangetrieben. Dabei erreichte das System der „sozialistischen Marktwirtschaft“ durchaus aufsehenerregende Wohlstandsgewinne. Zusätzlich konnte Jugoslawien aufgrund seiner Blockfreiheit die Vorzüge beider Weltsysteme genießen, wurde mit der Zeit allerdings immer tiefer in die Abhängigkeit gedrängt. Vielleicht erfolgte der wirtschaftliche Aufschwung gerade aufgrund dieser ökopolitischen Konstellation.

Dennoch brach mit dem Ende des fordistischen Akkumulationsregimes auch die expansive Phase der Konjunkturentwicklung Jugoslawiens Ende der sechziger Jahre ein. Zu dieser Zeit konnte das Land mit seinen Exportgütern schon lange nicht mehr am Weltmarkt mithalten. Investitionskapital wurde nicht produktiv eingesetzt, sondern in unrentable Betriebe gepumpt, es gab keine innovativen Anstrengungen und die Arbeitnehmerselbstverwaltung, die zwar die Möglichkeit einer lokalen Unabhängigkeit bot, war unproduktiv und nicht konkurrenzfähig. Überdies blockierten „alte Kommunisten“ demokratische Reformvorhaben. Es kann ruhig behauptet werden, dass das unreformierte politische Ordnungssystem Jugoslawiens 30 Jahre vor sich hin vegetierte.

Trotz größter Investitionen in Infrastruktur, Wirtschaft und Wohlfahrt erfassten die Anstrengungen nicht alle Bevölkerungsteile gleichermaßen. Der Süden blieb wirtschaftlich rückständig, das Entwicklungsgefälle verkleinerte sich trotz massiver Investitionen nicht. Zentralistische Staatsstrukturen, die die divergierenden Interessen und das wirtschaftliche Entwicklungsgefälle hätten vereinen und für ein starkes Jugoslawien hätten garantieren können, verloren immer mehr an Bedeutung.

Als die Finanzierung einer nachholenden Industrialisierung und die Wohlstandsverteilung immer kostspieliger wurde, Wirtschaftskrisen die Exportmärkte wegbrechen ließen, andererseits die terms of trade zu sinken begannen, fing das Land geradezu an, sich bei ausländischen Gläubigern zu verschulden. Mit der Knappheit des Dollarmarktes wurden Kredite nur mehr zu variablen Zinssätzen vergeben, was die Zinsen in die Höhe und Jugoslawien in den Staatsbankrott trieb. Die Aufnahme neuer Kredite bedeutete, die von der Weltbank und dem IWF auferlegten Konditionen zuzustimmen, die eine allumfassende Liberalisierung und den Abbau des Sozialstaates vorsahen. Im Sinne des modernen Weltsystems sind der Abbau des Wohlfahrtsstaates, die Desintegration der Gesellschaft und die strukturelle Abhängigkeit wichtige Voraussetzungen einer zu Wertabschöpfenden Peripherie und Jugoslawien erfüllte diese Voraussetzungen.

Ein schwacher Staat, wie erläutert wurde, ist Hauptcharakteristiken einer Peripherie und Jugoslawien war ein schwacher scheiternder Staat. Besonders mit der Verfassungsreform von 1974, die eine endgültige Zersplitterung des Landes vorsah, war das sozialistische Projekt Jugoslawien Geschichte. Bereits die Verfassungsänderungen von 1953 und 1963 höhlten die Staatsstrukturen und Staatsfunktionen auf. Mit der Verfassung von 1974 wurde allerdings endgültig die Dezentralisierung der ökonomischen und politischen Entscheidungen bewerkstelligt und auf regionale Ebene verlagert, wodurch der Staat bedeutende

Instrumentarien für die Gesamtregulierung der Ökonomie und des Bundeshaushalts verlor. Das Ergebnis war eine verlangsamte Produktion, hohe Staatsverschuldung, Hyperinflation, sinkende Lebensqualität und in der Folge die Nationalisierung von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Die immer folgenschwerere Dezentralisierung und Deformierung der Staatsfunktionen hemmten den Staat in seinen Aufgaben und Funktionen. Mit der Einstellung der Einzahlungen in den „Republikenausgleichsfond“ und der Forderung nach jurisdischer sowie ökonomischer Unabhängigkeit waren die ökonomischen und politischen Eliten befriedigt, als gleich der Weg für den Einfall des internationalen Finanzkapital geebnet. Mit nationalistischen Kampagnen musste es in einer schon immer differierenden Region wie Südosteuropa zu ökopolitischen Spannungen und in der Folge zu wirtschaftlichen Verteilungskämpfen kommen.

Das Problem der ethnischen, kulturellen, religiösen oder sprachlichen Heterogenität und Vielfalt war kein Problem der Gesellschaft, die das Absterben Jugoslawiens begünstigten, sondern die einiger Weniger, die ihre Interessen befriedigt sahen wollten; die sozialen Spannungen dienten den elitären Gruppen in den nördlichen Teilrepubliken lediglich nur als Vorwand, um eigene, vor allem kapitale, Interessen zu befrieden.

Auf der anderen Seite war mit einem sozialistischen Wirtschaftsmodell keine Akkumulation möglich. Dagegen waren die Eliten, vor allem jene in Slowenien und Kroatien, nicht mehr bereit, den entwicklungschwachen Süden zu finanzieren.

Um die Zerstörung Jugoslawiens in ihrer Gesamtheit zu begreifen, greift der Faktor der ökonomischen Verteilungskämpfe jedoch viel zu kurz. Denn die Auflösung der SFRJ war auch ein Ergebnis des sich in den siebziger Jahren etablierenden neoliberalen Wirtschaftsprogramms. Ziel des neoliberalen Paradigmas war die Unterwerfung und Einverleibung Jugoslawiens in das moderne Weltsystem. Im Gegensatz zu vielen anderen aufstrebenden Entwicklungsländern, die sich rasch den neoliberalen Paradigmen unterwarfen, weigerte sich die jugoslawische Regierung beharrlich, den Markt für ausländische Investoren zu öffnen. Die hartnäckige Ablehnung gegenüber der Privatisierung von Staatseigentum und die Zurückweisung der Aushöhlung des Sozialsystems zugunsten des internationalen Finanzkapitals führten letztendlich zum Ausschluss Jugoslawiens in Form von diplomatischen und wirtschaftlichen Sanktionen. Letztendlich kam es zur militärischen Intervention durch die so genannte „Internationale Gemeinschaft“. Dabei verstärkte das Agieren westlicher Staaten, mit ihrer Politik der frühzeitigen diplomatischen Anerkennung, die Aggressionsspirale in Jugoslawien.

Es existiert also nicht dieser oder jener ausschlaggebende endogene oder exogene Faktor, der für die Auflösung des Vielvölkerstaates verantwortlich gemacht werden kann. Denn der gescheiterte Staat Jugoslawien bedingt sich aus einem Zusammenspiel mehrerer Faktoren. Vor allem aber aus einer Wechselwirkung innerer Staatsschwäche, die durch ökonomische Verteilungskämpfe und Separatismus hervorgerufen wurde und der, mit der Zeit, wachsenden Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentren. Die Faktoren dieser sozioökonomischen Wechselwirkung und hierarchischen Verbindung, wie wir nun wissen, führten zum Absterben Jugoslawiens.

Hinzu kam ein Mix aus fortschreitendem Individualismus und sozioökonomischen Veränderungen, die mit dem Ende des bipolaren Kräftemessens zu verbinden sind. All diese Faktoren zogen eine Transformation mit sich, der Jugoslawien nicht gewachsen war. Mit einem Ende des Staatssozialismus war schlagartig ein unendlicher Raum für kapitalistische Kräfte frei, die diesen rasch mit ihren Interessen und Werten füllten.

Eine halbwegs in ruhige Bahnen lenkende „Alternativtransformation“ war aufgrund der schon sehr fortgeschrittenen Dezentralisierungsschritte nicht mehr möglich. Wie die Historie zeigt, verliefen ähnliche Prozesse auch in der ehemaligen Sowjetunion und in der Tschechoslowakei.

Durch die vergleichende Literaranalyse habe ich bedeutende Ereignisse dokumentiert, als gleich bestimmte Auswirkungen ermittelt, die helfen sollten, Jugoslawiens Absterben auch durch die Theorie zu verstehen. Es wurde angestrebt, den ehemaligen Vielvölkerstaat mit dem Konzept des failed state zu konfrontieren, wobei ich mich auf die Variablen: Staatsordnung und Staatsstruktur, Eliten, Korruption, Handlungsschwäche, Staatsicherheit sowie externe Akteure eingelassen habe. Anhand eines Vergleichs und Abwiegens der Kennzahlen eines schwachen und gescheiterten Staates mit der jugoslawischen Historie habe ich bestimmte qualitative Ergebnisse gewonnen, nämlich, dass alle Faktoren eines schwachen scheiternden Staates erfüllt waren. Sozioökonomische Dimensionen (Sprache, Kultur, Ethnizität und Religion) streiften dabei nur den Verfallsprozess des Landes und waren nicht Auslöser.

Das Zusammenführen und Aneinanderketten des theoretischen Konzepts des failed state mit den jugoslawischen Realitäten brachte ganz Erstaunliches zu Tage; tatsächlich könnte der nahe Schluss gezogen werden, dass der theoretische Rahmen mit Faktoren des jugoslawischen Staatszerfalls angereichert wurde. Vielleicht diene das Absterben Jugoslawiens den Konstrukteuren des failed state gar als Basis für die Konzipierung dieser Theorie.

Wie schematisch aufgezeigt wurde, bestand (und besteht) eine hierarchische Weltordnung, die von den kapitalistischen Zentren ausgeht. Auch habe ich angeregt, wie diese abhängige Wechselwirkung zwischen Zentrum und Peripherie, in unserem Fall zwischen Zentren und Jugoslawien, reagierte.

Anhand von fünf bedeutenden Staatsmonopolen und anhand der Funktionsweise des ökonomischen Wertetransfers von der Peripherie ins Zentrum, habe ich versucht, Jugoslawien in die Theorie des „modernen Weltsystems“ einfließen zu lassen, um zu überprüfen, ob sich diese Faktoren auch tatsächlich in Anwendung bringen ließen. Hierbei bin ich zum Entschluss gekommen, dass sich dieses Konzept, bei ausreichendem Datenmaterial und Einbeziehung aller relevanten Faktoren, sich sehr wohl als sozioökonomisches Analyseinstrument benutzen ließe und von Gebrauch sein könnte.

Ganz im Gegenteil, wie auch bei der Theorie des failed state, lässt sich Jugoslawien ohne große Komplikationen auf Wallersteins modernes Weltsystem projizieren. Um jedoch einen exakteren Vergleich zwischen Zentrum und Jugoslawien bewerkstelligen zu können, bedarf es allerdings noch vieler anderer sozioökonomischer Faktoren, die aufgrund ihrer Komplexität, des fehlenden Datenmaterials und des enormen Zeitaufwandes nicht in die Arbeit einfließen konnten und daher ausgeblendet bleiben.

Zugegeben, die Untersuchung war nicht gerade eine einfache Aufgabe - zwei unterschiedliche Theorien, mit dem scheiternden peripheren Jugoslawien in Einklang zu bringen und ein Konstrukt zu schaffen, das einerseits Realitäten schafft, deutlich zu erkennen, aber auch logisch nachvollziehbar ist. Es hat auch größte geistige Anstrengung abgefordert, bestimmte Faktoren zu filtern, die für meine Untersuchung bedeutend erschienen.

Was blieb also vom jugoslawischen Vielvölkerstaat übrig? De facto entstanden aus dem ehemaligen Jugoslawien sechs neue Staaten. Mehr als 4 Mio. Menschen wurden zu Flüchtlingen, dauerhaft verließen 2 Mio. Menschen ihre Heimat, Kroatien, Bosnien und die serbische Provinz Kosovo wurden „ethnisch gesäubert“. Gerade das Hauptmerkmal Südosteuropas, die ethnische, religiöse und kulturelle Pluralität, wurde mit einem Schlag für immer der Inexistenz preisgegeben. Die Verantwortlichen zerschlugen ein funktionierendes Ordnungs- und Sozialsystem, ohne ein Neues aufzubauen. An Stelle eines starken zentralistischen Staates wurde ein Schwacher implementiert und Jugoslawien den freien Marktkräften überlassen. Der Übergang vom Staatssozialismus zum Staatskapitalismus, noch nie da gewesenem Ausmaßes, erfolgte ohne Konzeption einer gesellschaftlichen Neuordnung

und in einem Zeitraum, wofür die alten kapitalistischen Zentren mindestens 100 Jahre benötigten.

Kroatien fristet sein Dasein als schwacher peripherer Staat, Bosnien, Mazedonien, Montenegro und Serbien gelten als failed states. Von allen ehemaligen Teilrepubliken gelang es einzig Slowenien, seine Wirtschaftsposition zu halten, nämlich die Position einer Semiperipherie.

9.2 Zukünftige Aussichten der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken mit Hinblick auf die soziale Stabilität sowie des wirtschaftlichen Wachstums

Die Transition hat ihren Preis. Betrachtet man die sozioökonomische Lage der nun unabhängigen Teilrepubliken, so muss man ein düsteres Bild zeichnen. Vom Parademodell eines sozialistischen Vielvölkerstaates sind nicht mal mehr die Denkmäler übrig geblieben. Geringes Wirtschaftswachstum und Ausverkauf des Landes, fehlende soziale Sicherheit, große Armut und hohe Arbeitslosigkeit sowie mafiöse Staatsstrukturen prägen die ehemaligen Republiken Jugoslawiens und eine Besserung ist nicht in Sicht.

Um eine Verelendung der Massen in den Regionen des ehemaligen Jugoslawien auszumachen, sind keine komplizierten wissenschaftlichen Verfahren und Analysen notwendig. Eine Reise genügt, um die katastrophalen Zustände, die in den ehemaligen Teilrepubliken herrschen, festzustellen. Wenn ich durch das ehemalige Jugoslawien reise, erschrecken mich diese Zustände zunehmend. Ich lerne immer wieder Menschen kennen, die es zwar nicht zugeben, die aber an immer größerer wirtschaftlicher Not leiden. Denn Arbeit gibt es so gut wie keine. Und wenn es eine gibt, ist sie so schlecht bezahlt, dass kaum einer davon leben kann. Das Ersparte ist schon lange weg und verschuldet ist bereits fast jeder.

Und doch erstaunt es mich immer wieder, woher diese Menschen weiterhin den Mut nehmen, auf Zeiten zu hoffen, die eines Tages vielleicht besser werden könnten.

Inwiefern die ehemaligen Teilrepubliken von einem EU-Beitritt profitieren werden, wird sich zeigen. Ob die hierarchisch eingemauerte Position einer Peripherie abgeschüttelt werden kann, sei dahingestellt. Denn die divergierenden historischen Ereignisse und Lehren zeichnen ein anderes Bild, nämlich jenes eines auch in Zukunft peripheren Südosteuropa.

Eine Rückkehr zu einem uns bekannten Jugoslawien wird es nie mehr wieder geben.

Bibliographie

Bücher

Becker/Hödl/Steyrer (2005): Krieg an den Rändern. Von Sarajevo bis Kuito. Wien

Becker, Joachim (et al.) (2007): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien

Becker, Joachim; Komlosy, Andrea (2004): Grenzen Weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich. Wien

Becker, Joachim; Weissenbacher, Rudy (2009): Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere. Wien

Billing, Peter (1992): Der Bürgerkrieg in Jugoslawien. Ursachen – Hintergründe – Perspektiven. Frankfurt am Main

Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft (1967): Österreichs Handelspartner [Länderlexikon 37]. Jugoslawien. Wien – Oberösterreich

Calic, Marie-Janine (2010): Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München

Despot, Andreas (2010): Amerikas Weg auf dem Balkan. Zur Genese der Beziehungen zwischen den USA und Südosteuropa 1820-1920. Wiesbaden

Etzersdorfer, Irene (2007): Krieg. Eine Einführung in die Theorien bewaffneter Konflikte. Wien – Köln – Weimar

Faschingeder, Gerald (2004): Kultur und Entwicklung. Zur Relevanz soziokultureller Faktoren in hundert Jahren Entwicklungstheorie. Wien

Faschingeder, Gerald; Six, Clemens (2007): Religion und Entwicklung. Wechselwirkungen in Staat und Gesellschaft. Wien

Fässler, Peter E. (2007): Globalisierung. Ein historisches Kompendium. Köln – Weimar – Wien

Fischer, Karin (et al.) (2004): Entwicklung und Unterentwicklung. Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien

Furtak, Robert K (1975): Jugoslawien. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. Hamburg

Gelhard, Susanne (1992): Ab heute ist Krieg. Der blutige Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Frankfurt am Main

Hofbauer, Hannes (2001): Die Zerstörung Jugoslawiens. Wirtschaftliche, soziale und politische Hintergründe der Balkankriege 1991 – 2001. Wien

Hornberg, Ursula (1964): Das Spiel der Finanzpolitik auf dem Balkan 1900 – 1914. Wien

Kirsten/Stier/Wühr (1991): Der große Atlas Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis zur Gegenwart. München

Kuderer, Agnes (2010): Staatszerfall vs. Räume begrenzter Staatlichkeit. Wien

Marx, Karl (2004): das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Köln

Neubauer, Roland (2008): Das Konzept des „failed state“ und die unilaterale humanitäre Intervention als Konfliktlösungsmodell anhand des Beispiels der Salomonen Inseln. Diplomarbeit, Universität Wien

Novy, Andreas (2004): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderungen in der Einen Welt. Frankfurt am Main

Nuscheler, Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. Bonn

Roth, Harald (2009): Studienhandbuch Östliches Europa. Band 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas. Köln – Weimar – Wien

Ruppert, Karl; Haas, Hans-Dieter (1981): Industrialisierung und Urbanisierung in sozialistischen Staaten Südosteuropas. Kallmünz – Regensburg

Schubert, Ulf-Manuel (2005): Staatszerfall als Problem des internationalen Systems. Marburg

Suppan, Arnold (1996): Jugoslawien und Österreich 1918-1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld. Wien

Wallerstein, Immanuel (2004): Das moderne Weltsystem I. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert, New York – San Francisco – London

Walter, Rolf (2006): Geschichte der Weltwirtschaft. Eine Einführung. Köln – Weimar – Wien

Weissenbacher, Rudy (2005): Jugoslawien - politische Ökonomie einer Desintegration. Wien

Woodward, S.L (2003): Fighting Identities. Race, religion and ethno-nationalism. The Political Economy of Ethno-Nationalism in Yugoslavia. In: Socialist Register. London

Internetquellen

Anonymus (o. J.): Josip Brosz Tito – Zitate und Zusammenfassung

<http://www.pageballs.com/josip-broz-tito> [letzter Zugriff am 12.08.2011]

APA (2010): Montenegro hilft Deripaskas Alu-Fabrik KAP aus der Patsche. Wien

<http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/osteuropa/montenegro-hilft-deripaskas-alu-fabrik-kap-aus-der-patsche-444179/index.do> [letzter Zugriff am 15.02.2012]

Auswärtiges Amt (2011): Außen- und Europapolitik. Länderinformationen. Berlin

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laender_Uebersicht_node.html

[letzter Zugriff am 20.10.2011]

Auswärtiges Amt (2012): EU-Erweiterung: Montenegro. Berlin

<http://www.auswaertiges->

[amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Erweiterung_Montenegro_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Erweiterung_Montenegro_node.html) [letzter Zugriff am 19.06.2012]

BBC - ORF (1996): Bruderkrieg in Jugoslawien – Kampf um Titos Erbe. Wien – Köln, TV-Dokumentation, 6 Serien (30 Abschnitte)

<http://www.youtube.com/watch?v=pY813POvJzc&playnext=1&list=PLAA4E59B929E9DFAA> [letzter Zugriff am 05.02.2011]

Chossudovsky, Michel (1999): Wie Jugoslawien zerstört wurde. Berlin

<http://www.cityinfony.de/homepages/hammerschmitt/bosnien.html> [letzter Zugriff am 12.9.2011]

Gruber, Agnes (2007): Staatsbildung und Staatszerfall. Ausgewählte theoretische Ansätze. Staatszerfall als globales Sicherheitsrisiko. Oder: Veränderte Sicherheitskonzepte als Legitimation externen Staaten-(Wiederaufbau-) Bauens und Rechtfertigung von Interventionen. Wien

http://evakreisky.at/onlinetexte/Gruber_Staatszerfall.pdf [letzter Zugriff am 23.04.2011]

Huntington, Samuel P. (1993): The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs, Volume 72 Nr. 3, 22-50. The next pattern of conflict. <http://edvardas.home.mruni.eu/wp-content/uploads/2008/10/huntington.pdf> [letzter Zugriff am 15.02.2011]

Institut für Wirtschaftswachstum (2011): Überblick zur Wirtschaftskraft der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Gießen
http://www.economic-growth.eu/Seiten/20-Jahres-Ueberblick/Wachstum-20_Jahre.html
[letzter Zugriff am 28.9.2011]

Lenin, Wladimir Iljitsch (1917): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. St. Petersburg
<http://www.internationalesozialisten.de/Buecher/Klassiker/Lenin%20u.a/Der%20Imperialismus%20als%20hoechstes%20Stadium%20des%20Kapitalismus.pdf> [letzter Zugriff am 12.9.2011]

Lipke, Jürgen (2010): Ungleiche Arbeitsteilung und Entwicklung im Weltsystem. Quantifizierung von ungleichem Tausch in monetärer und ökologischer Dimension. Dissertation, Universität Berlin
http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000007214/Lipke_Unequal_Exchange.pdf;jsessionid=1744E485D523C1366783F833ECC18F22?hosts= [letzter Zugriff am 19.6.2012]

Narodna Skupstina (1945): Zakon o Agrarnoj reformi i kolonizaciji. Službeni list DF Jugoslavije br. 64/10. Belgrad
[http://www.direkcijazarestituciju.org/vlado/wpcontent/uploads/2008/08/ZAKON%20O%20AGRARNOJ%20REFORMI%20I%20KOLONIZACIJI%20\(1945\)_lat.pdf](http://www.direkcijazarestituciju.org/vlado/wpcontent/uploads/2008/08/ZAKON%20O%20AGRARNOJ%20REFORMI%20I%20KOLONIZACIJI%20(1945)_lat.pdf) [letzter Zugriff am 15.8.2011]

Ronald Reagan Library (1984): U.S. Policy toward Yugoslavia (NSC-NSDD-133). Washington <http://www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/nsdd-133.htm> [letzter Zugriff am 15.8.2011]

Rostow, W.W. (1960) The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto. Cambridge

<http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/ipe/rostow.htm> [letzter Zugriff am 05.05.2011]

Schneider, Marcus (2012): Montenegro vor den Beitrittsverhandlungen. Mehr Schein als Sein im schönen Kleinstaat an der Adria. Berlin

<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/08919.pdf> [letzter Zugriff am 25.5.2012]

SpiegelTV (o. J.): Wahabiten in Bosnien. Hamburg

<http://www.youtube.com/watch?v=SHCPVGu0GQo> [letzter Zugriff am 12.3.2012]

Statistik Austria (2012): Bevölkerungsstruktur. Wien

http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/032181 [letzter Zugriff am 19.6.2012]

Transparency Deutschland (2010): Internationaler Korruptionsindex 2010. Berlin
<http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html> [letzter Zugriff am 12.9.2011]

Troy, Jodok (2007): Staatszerfall: Ursachen – Charakteristika – Auswirkungen. Berlin – Wien
http://books.google.at/books?id=ayr2oE6lt5oC&pg=PA40&lpg=PA40&dq=%22failed+state%22+definition+pdf&source=bl&ots=mm8MJcyd7A&sig=Ep0KgelouSxavANWXMtOFVEvyV4&hl=de&ei=kEZ1TsOAPMfMtAaoqcyUCw&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=8&ved=0CGAQ6AEwBzgK#v=onepage&q&f=false [letzter Zugriff am 15.8.2011]

United Nations Development Programme (2010): Human Development Report. New York

<http://hdr.undp.org/en/data/profiles/> [letzter Zugriff am 12.08.2011]

Veljkovic, Slavica (2009): Expansion österreichischer Banken am Beispiel Serbien. Diplomarbeit, Universität Wien

http://othes.univie.ac.at/4247/1/2009-03-23_9804516.pdf [letzter Zugriff am 18.06.2012]

Völkl, Darinka Sigrid (2002): Bosnisch. In: Wieser Enzyklopädie des europäischen Ostens. Bd. 10. Klagenfurt – Celovec

<http://wwwg.uni-klu.ac.at/eo/Bosnisch.pdf> [letzter Zugriff am 18.06.2012]

World Bank (2011): Country classifications of income. New York

http://data.worldbank.org/about/country-classifications/country-and-lending-groups#Lower_middle_income [letzter Zugriff am 12.08.2011]

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Flagge Jugoslawiens

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_SFR_Yugoslavia.svg&filetimestamp=20090912211604 [letzter Zugriff am 12.08.2011]

Abbildung 2: Karte Jugoslawiens

http://de.academic.ru/pictures/dewiki/70/Former_Yugoslavia_Map.png [letzter Zugriff am 12.08.2011]

Abbildung 3: Funktionsweise des Zentrum-Peripherie-Modells

Glossar

APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DM	Deutsche Mark
EFTA	Europäischer Freihandel
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
G-77	Gruppe der 77
HDI	Human Development Index
IBRD	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
IWF	Internationaler Währungsfond
JKP	Jugoslawische Kommunistische Partei
k. u. k.	kaiserlich und königlich
KomInform	Kommunistisches Informationsbüro
KP	Kommunistische Partei
MNC	Multinationale Unternehmen
NAFTA	North American Free Trade Agreement
Narodna Skupstina	Volksparlament
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
OPEC	Organisation Erdöl exportierender Länder
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON)
SAP	Strukturanpassungsprogramm
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SRS	Srpska Radikalna Stranka
TOT	Terms of Trade (Realaustauschverhältnis)
UDSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization
US	United States
USA	United Nations of America
WIPO	Weltorganisation für geistiges Eigentum
WTO	World Trade Organization

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name: Zoran Gajic
Geburtsdatum: 4. September 1977
Geburtsort: Wien
Staatsangehörigkeit: Österreich

Bildungsweg

2004 - 2012 Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung
Wahlfächer: Entwicklungsökonomie (Mikroökonomik), Politologie,
Global- und Wirtschaftsgeschichte
2004 – 2005 Diplomstudium Slawistik am Institut der Slawistik, 1090 Wien
Schwerpunktsetzung: Serbisch/Kroatisch/Bosnisch
Wahlfach: Osteuropäische Geschichte
1999 – 2004 Wirtschaftskundliches Bundesrealgymnasium für Berufstätige, 1150
Wien
1993 – 1994 Berufsschule für Gastgewerbe, 1120 Wien
1992 – 1993 Polytechnischer Lehrgang, 1100 Wien
1988 – 1992 Hauptschule, 1100 Wien
1984 – 1988 Volksschule, 1100 Wien

Berufsweg

2010 – bis heute Bioökonom
Okrug Kolubara, Mittelserbien
1995 – 2010 Frontoffice, 1010 Wien
1993 – 1994 Ausbildung zum Restaurantfachmann, 1150 Wien

Präsenzdienst

1998 – 1999 Gruppenführer, Dienstgrad Gefreiter, Erzherzog Carls Kaserne, 1220
Wien, ABC Abweherschule, Erzherzog Wilhelm-Kaserne, 1020 Wien

Abstract

There is a stunning idea of a multi-ethnic state at the inception of the 20th century. The right of Yugoslavia's existence seems to be trappy from its very beginning, since the ethnical groups fail to succeed to accord their particular interests. The end of Yugoslavia's existence starts with the proclamation of independence of Slovenia and Croatia. The output is an embittered war, which kills tens of thousands of people and forces millions to leave their homes making them refugees. The culprits were quickly found. Hence, these are the ex-presidents of the ex-Yugoslav republics, who are responsible for the Yugoslav drama. Furthermore, there are other endogenous factors, such as religion, culture, ethnicity and the subsequent nationalism, to be pulled up to explain the end of this multi-ethnic state.

Could there possibly be another version of the collapse of the Yugoslav state? Is the failed state of Yugoslavia really a single output of a weak state? Or, could it be that the collapse perhaps happened due to the annexation of the Yugoslav state as the periphery of the „modern world system“? The exerted interdisciplinary basic research should give proper answers for these two main subjects. This research should reflect on possible backgrounds and sources of the peripherisation of the multi-ethnic state, which are assumed to be found in the dependence from the capitalistic centres of power. Therefore, the „modern world system theory“ of Immanuel Wallerstein and the conception of the „failed state“ should be used as the main explanation approach for the collapse of the state of Yugoslavia.

A weak state is the main trait of a periphery and Yugoslavia is a weak collapsing state. After just one decade of economic growth is the sobering what follows with the end of the consensual fordism: The decrease of the terms of trade, falling produktivity, missing innovation as well as the breakdown of the export markets. With the economical crisis came the struggle for economic resources as well as the question about the prospective form of the government. The elite of the ex-Yugoslav republics played an essential role in weakening the state. These pushed on the decentralisation of the institutions of the state and tried to establish a more dominant national policies due to achieve more profit which, indeed, was incompatible within a socialistic system. Especially the reformation of the Yugoslav constitution in 1974 advanced the definitely fragmentation of the state and its socialistic project of Yugoslavia. One of the further reasons of the collapse of Yugoslavia was the establishment of the neoliberal economic programe during the 1970's. The annexation of Yugoslavia into the modern world system thus became even more easy. The existence of the socialistic republic was addicted to the international political and economic frame conditions. After the break between Tito and Stalin, Yugoslavia was financially dependent on the capitalistic centres, which actually led to a more intensive export orientation of the state. The economic break down of Yugoslavia led to draw on credits during the 1970's. The capitalistic centres used this situation to force an all-embracing liberalisation of the Yugoslav economic system. Drawing on credits means to agree with the conditions of the financial organisations, which then made Yugoslavia a fringe zone of the centres.